

engagement

macht stark!



**ZEHN JAHRE WOCHE DES BÜRGER-
SCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS**

12. BIS 21. SEPTEMBER 2014



**RÜCK- UND AUSBLICKE – DISKUSSIONSBEITRÄGE
UND BILDSTRECKEN**

KAMPAGNEN FÜR ENGAGEMENT

PARTNERSCHAFTEN UND NETZWERKE

INKLUSIVE GESELLSCHAFT

engagement macht stark!

Magazin des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement

4. Jahrgang, Ausgabe 2/2014



engagement macht stark!

Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2014



Aktion Mensch – engagement macht stark! © Kolja Matzke, Aktion Mensch e.V.

Die Aktion Mensch e.V.
– hier MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle in Bonn –
unterstützt die 10. Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2014

INHALT

EDITORIAL

Seite 4–5

VORWORT

PROF. DR. THOMAS OLK
PD DR. ANSGAR KLEIN
Seite 6–8

ZEHN JAHRE WOCHE DES BÜRGER- SCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Zehn Jahre „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“. Deutschlands größte Engagementkampagne: Bilanz und Ausblick
PD DR. ANSGAR KLEIN
DIETER REHWINKEL
Seite 10–15

Begeisterung säen – Vom Mehrwert der Engagement-Kampagnen
CAROLA SCHAAF-DERICHES
Seite 16–20

Wen interessiert's? Zehn Jahre Woche des bürgerschaftlichen Engagements – Zehn Jahre Öffentlichkeitsarbeit
CLAUDIA LEITZMANN
Seite 21–24

Mitmach-Netz: Bürgerinnen und Bürger online aktivieren und mobilisieren
THOMAS KRÜGER
Seite 25–28

Zivilgesellschaft und die Massenmedien – Eine verbesserungsbedürftige Beziehung und die Zwecke des Bürgerengagements
PROF. DR. THOMAS MEYER
Seite 29–33

Die Chorgesänge der „vitalen Zivilgesellschaft“ mit dem Dauer-Refrain des „blühenden Ehrenamtes“ bilden den Klangteppich für eine sedierte Gesellschaft, die unter Debatten-Allergie leidet
PROF. DR. THOMAS LEIF
Seite 34–39

Die Bedeutung von Kampagnen für die Entwicklung des Engagements
DR. RUDOLF SPETH
Seite 41–43

Das erste deutsche Politikfestival – Politisches Engagement im Wandel
DR. JOHANNES BOHNEN
Seite 44–47

Anzeigenblätter bringen Botschaften des bürgerschaftlichen Engagements zu den Menschen
ALEXANDER LENDERS
Seite 48–50

Online und offline: engagiert mobilisiert!
DANIEL MONTUA
Seite 51–54

Bürger-Engagement über das Internet: Klicken ist nur der Einstieg
DR. GÜNTER METZGES
JÖRG HAAS
Seite 55–58

ENGAGIERT FÜR INKLUSION

Was ist freiwilliges Engagement? Und wie finde ich ein freiwilliges Engagement?
BRITTA HABENICHT
Seite 60–63

50 JAHRE AKTION MENSCH
Seite 64–65

Inklusion im Alltag
CHRISTINA MARX
Seite 66–68

Mit Behinderung selbstbestimmt und engagiert leben
ALEXANDER WESTHEIDE
Seite 69–71

Behinderte Menschen mitten ins Leben! Die Vorbereitungen für ein Bundesteilhabegesetz laufen auf Hochtouren
INTERVIEW MIT OTTMAR MILES-PAUL
MARION THEISEN
Seite 72–76

Ein Projekt der Diakonie Hamburg macht Schule: „Selbstverständlich Freiwillig“
CAROLINA BONTÁ
Seite 77–80

Mikroförderung von Aktion Mensch „Noch viel mehr vor“: Engagement braucht Unterstützung
EROL CELIK
Seite 81–84

Inklusion statt Exklusion – Plädoyer für klare Botschaften
SERGE EMBACHER
Seite 85–87

Zum Begriff der Inklusion: Eine menschenrechtliche Perspektive
DR. SANDRA REITZ
Seite 88–91

Die Exkludierten und die Versprechen der Inklusion
DR. THORSTEN HINZ
Seite 92–95

Resozialisierung der Gesellschaft durch Inklusion?
DR. FRANZ FINK
Seite 96–98

Jahresmotto der Diakonie 2013/2014: „Was willst Du, dass ich Dir tun soll? – Inklusion verwirklichen!“
RAINER HUB
Seite 99–100

Inklusion und Engagement aus Sicht der Selbsthilfe
WOLFGANG THIEL
Seite 101–105

Inklusion als Bestandteil des unternehmerischen Diversity Management
BRIGITTA WORTMANN
Seite 106–109

Wie Nebeneinander zum Miteinander wird. Inklusion durch Corporate Volunteering
MARTINA SCHWEBE-ECKSTEIN
Seite 110–113

Verbarrikadierte Gesellschaft – Gedanken zur Inklusionsdebatte
PETER KUSTERER
Seite 114–117

Vermeintliche Schwächen als Stärken sehen
TILMAN HÖFFKEN
Seite 118–121

Engagement inklusiv gestalten: Das Forum Inklusive Gesellschaft
TOBIAS QUEDNAU
Seite 122–125

AUTORINNEN UND AUTOREN
Seite 126–127

IMPRESSUM
Seite 128

EDITORIAL

BILDSTRECKE(N)

Die inklusive Gesellschaft, diese bewusst unscharf gehaltene politische Leitidee, ist eine große Augenwischerei. Sie hantiert mit Erwartungen, die man seinen eigenen Kindern nicht früh genug ausreden kann. Vielfalt bedeutet, das Individuelle zuzulassen, statt es per Etikettenschwindel abzuschaffen.
(Christian Geyer, Eine unglaubliche Gleichmacherei, in: FAZ vom 22.07.2014)

Unser Magazin ist zweifellos nicht das Organ, in dem die vielstimmige, stärker werdende und z.T. erbittert geführte Debatte um die Verwirklichung von Inklusion und einer inklusiven Gesellschaft ausgetragen werden könnte. Doch es nimmt sich merkwürdig aus, dass gegen die „Erlösungsstrategie“ der Inklusion, in deren Zentrum, so Christian Geyer in dem oben zitierten Artikel, die „Verabsolutierung des Prinzips der sozialen Partizipation“ stehen soll, mit dem Argument gefochten wird, sie strebe die Einebnung natürlicher Ungleichheit und Individualität an. Teilhabe und Selbstverwirklichung als überzogene Ansprüche? Eine höchst ideologische Schlachtordnung! Dies sei dieser Ausgabe von „engagement macht stark!“ vorausgeschickt.

Das Magazin ist einem der Schwerpunktthemen der diesjährigen zehnten Aktionswoche des bürgerschaftlichen Engagements – Engagement für Inklusion – gewidmet. Dieses Thema bildet sich auch in den Illustrationen ab: Die

„Aktion Mensch“, hervorgegangen aus der vor 50 Jahren gegründeten „Aktion Sorgenkind“, hat uns Bildmaterial zur Verfügung gestellt, das ihren Wandel von einer karitativen, der Behindertenfürsorge verpflichteten Organisation zu einer der stärksten der Inklusion gewidmeten Engagementbewegungen in der Bundesrepublik (wenn nicht in ganz Europa) dokumentiert. Dieses aussagestarke Material, für das wir unserem Partner und nicht zuletzt den dortigen Kolleginnen und Kollegen der Öffentlichkeitsarbeit, die die Auswahl getroffen haben, herzlich danken, zeigt eindrucksvoll die Entwicklung von Appellen an Mitleid und Barmherzigkeit hin zur Orientierung auf Inklusion, Partizipation und Engagement der Betroffenen selbst – und deren gezielte Förderung. Das dahinterstehende gesellschaftliche Ideal würdigt selbstbewusste Besonderheit als tragendes Element von Vielfalt. Wir freuen uns über die Bilder und darüber, was sie uns erzählen.



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2007 © BBE

Aus Anlass des zehnten Jubiläums der „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ haben wir für die erste Hälfte des Heftes aus dem Archiv der Aktionswoche die Plakatmotive der früheren Jahre zusammengestellt und fügen einige besonders wichtige oder schöne Bildmotive aus der Geschichte der Kampagne hinzu.

Wir wünschen uns und Ihnen eine hoffentlich ertragreiche Lektüre!

Dieter Rehwinkel
Kampagnenleiter

Henning Fülle
Redakteur

VORWORT

DIE WOCHE DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS 2014

Die Herbstausgabe des Magazins erscheint nun zum vierten Male zur Auftaktveranstaltung der Woche des bürgerschaftlichen Engagements (am 12. September 2014). Das kann damit schon fast als Tradition gelten.

Im Heft finden Sie ausnahmsweise eine größere Anzahl von Autorinnen und Autoren, die direkt mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und seiner Geschäftsstelle verbunden sind. Grund hierfür ist die nunmehr zehnte Ausgabe der Kampagne: ein kleines Jubiläum also, dessen *Würdigung* nicht so sehr unsere Sache ist (da freuen wir uns z.B. sehr über die lobenden und unterstützenden Worte der Ministerpräsidenten aller Bundesländer, unter www.engagement-macht-stark.de/engagement/ministerpraesidenten/), das aber Anlass zu *Bilanz* und *Ausblick* gibt. BBE-Geschäftsführer Ansgar Klein und der Kampagnenleiter der Aktionswoche, Dieter Rehwinkel, haben Bilanz gezogen, begleitet von Kommentierungen der Aktionswoche durch das Sprecherratsmitglied Carola Schaaf-Derichs und Claudia Leitzmann als Vertreterin des bayerischen Landesnetzwerkes.

Wir haben das Jubiläum aber auch gerne zum Anlass genommen, weitere Erfahrungen und Positionen zur Organisation und zur Führung von Kampagnen und Netzwerken einzuholen: Von der Bundeszentrale für politische Bildung (Thomas Krüger) und „Engagement global“ bis zur NGO „Campact“ reicht das Spektrum der praktisch-konzeptionellen Erfahrungen und Perspektiven, das in Beiträgen von Prof. Thomas Meyer und Prof. Rudolf Speth verallgemeinernd beleuchtet wird – und als Kontrapunkt dazu eine Polemik von Prof. Thomas Leif, der seine heftige Skepsis gegenüber den Erfolgsbilanzen von Zivilgesellschaft und Engagement mit der generellen Beobachtung der Abwesenheit von Streit in der politischen Kultur der Gegenwart begründet. Wir sind gespannt auf Reaktionen!

Thematischer Schwerpunkt des Magazins ist das bedeutsame (und zunehmend kontrovers diskutierte) Themenfeld „Inklusion und Engagement“. An dieser Schnittstelle feiert die „Aktion Mensch“ ein weit bedeutsameres Jubiläum: Fünfzig Jahre sind seit ihrer Gründung als „Aktion Sorgenkind“ vergangen und uns haben ihre Aktionen und Kampagnen allgegenwärtig begleitet. Von Anfang an wurde hier die

Sabine Christiansen: Spenderherz gesucht!

Sabine Christiansen organisiert Spendenaktionen für Kinder in Not. Sie appelliert an das Herz eines reichen Landes für seine armen Kinder. Eine von 23 Millionen für alle.

engagement-macht-stark.de

Logo: Woche des bürgerschaftlichen Engagements vom 2. bis 11. Oktober 2009

DEUTSCHER ENGAGEMENTPREIS
Verleihung am 21. Dezember 2009

Logos der Partnerorganisationen: BBE, ZDF, etc.

Plakatmotiv zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2009 © BBE

Notwendigkeit von zivilgesellschaftlichem Engagement hervorgehoben – sei es nun durch Spenden oder durch praktische Aktion.

Anlässlich ihres Jubiläums ist die „Aktion Mensch“ einer der Hauptpartner der diesjährigen Aktionswoche (neben dem ZDF und dem Bundesverband der Anzeigenblätter als Medienpartner) und damit auch in diesem Magazin mit mehreren Beiträgen sehr prominent vertreten. Texte von Alexander West-

heide, Carolina Bontá, Erol Celik und ein Interview mit Ottmar Milles-Paul konkretisieren die enge Verbindung von Engagement und Inklusion und deren Förderung durch die „Aktion Mensch“. Die Bildstrecke des vorliegenden Magazins dokumentiert zudem über fünfzig Jahre Engagement-Geschichte und den Wandel von der Behindertenfürsorge zur modernen Form der Förderung von Inklusion. Hierfür und für die Beiträge zu diesem Heft bedanken wir uns im Namen des gesamten BBE sehr.

Tobias Quednau berichtet über ein Diskursprojekt des BBE zum Themenfeld „Inklusion und Engagement“. Brigitta Wortmann, Mitglied des BBE-Sprecherrates, schreibt über den Umgang mit Inklusion aus ihrer beruflichen Perspektive als Senior Political Advisor bei BP Europa SE. Das Unternehmensengagement auf diesem Gebiet wird auch von Peter Kusterer (IBM), Martina Schwebel-Eckstein (Deutsche Telekom) und von Tilman Höffken von der Firma Auticon beleuchtet. Prominent zu Wort kommen natürlich auch zivilgesellschaftliche Organisationen: Caritas, Diakonie und NAKOS.

Wir bedanken uns sehr herzlich bei allen Autorinnen und Autoren, bei der Redaktion und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BBE-Geschäftsstelle für ihre engagierte Arbeit. Doch letztlich entscheiden natürlich Sie, unsere Leserinnen und Leser, über die Qualität des Heftes. Wenn wir den erfreulichen Erfolg der Frühjahrsausgabe, deren Druckfassung rasch vergriffen war, zum Maßstab nehmen, sind wir hier offenbar auf sehr gutem Wege.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre

Prof. Dr. Thomas Olk
Vorsitzender des BBE-Sprecherrats

PD Dr. Ansgar Klein
Geschäftsführer des BBE



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2004 © BBE

ZEHN JAHRE WOCHE DES BÜRGERSCHAFT- LICHEN ENGAGEMENTS

Zehn Jahre „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“. Deutschlands größte Engagementkampagne: Bilanz und Ausblick

Von PD Dr. Ansgar Klein und Dieter Rehwinkel

Der Geschäftsführer des BBE und der Leiter der Woche des bürgerschaftlichen Engagements erinnern und bilanzieren die noch junge aber rasante Geschichte dieses Kampagnenformates: Die Verbindung von privater und öffentlicher Förderung mit Tausenden von Freiwilligen und Engagierten hat dem früheren Schattenthema zu starker Aufmerksamkeit verholfen. Gleichwohl ist es alles andere als ausgereizt – im Gegenteil: Es kann und muss noch mehr geschehen! Und da sind vor allem die „big players“ in Politik und Wirtschaft gefragt. Die Potenziale der Engagierten stehen bereit!

Das BBE wurde von den Mitgliedsorganisationen des nationalen Beirats für das „Internationale Jahr der Freiwilligen 2001“ gegründet. Im Gründungsjahr hat eine zehnköpfige sogenannte Steuerungsgruppe die Statuten und Spielregeln des Netzwerks festgelegt. Der Vorsitzende dieser Steuerungsgruppe, der Direktor des Deutschen Jugendinstituts Prof. Thomas Rauschenbach, hatte kurz vor Beendigung der Aufbauphase des BBE darauf hingewiesen, dass das BBE neben seinen fachlichen Strukturen und künftigen Medien, neben seinen Gremien und Arbeitsgruppen unbedingt ein öffentlichkeitsstarkes Anerkennungsformat für das Engagement in seiner bunten Vielfalt entwickeln müsse.

Das haben wir dann auch getan – und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat die von uns vorgestellten Ideen



Logo der Aktionswoche 2004 bis 2010 © BBE

aufgegriffen. So kam es vor genau zehn Jahren zur ersten Aktionswoche des BBE. Von Anfang an hat übrigens der jeweils amtierende Bundespräsident, damals Horst Köhler, die Schirmherrschaft übernommen. Heute ist Bundespräsident Joachim Gauck Schirmherr der Kampagne.

Von Anfang an war das ZDF als Gründungsmitglied des BBE auch zentraler Medienpartner der Kampagne. Heute sind mit dem Bundesverband der Anzeigenblätter (BVDA), den Bürgermedien und der Jugendpresse weitere Medienpartner dazugekommen, die vor allem eine deutliche Verstärkung

der regionalen und lokalen Medienresonanz ermöglicht haben.



Das ZDF war Gründungsmitglied des BBE und von Beginn an Medienpartner der Kampagne © BBE

Damals wie heute eröffnen wir die Aktionswoche mit einer prominenten Auftaktveranstaltung in Berlin und begleiten sie medial. Die Kampagne ist übrigens auch schon von Anfang an länger als eine Woche: Es sind immer zwei Wochenenden dabei, um möglichst vielen Engagierten das Mitmachen zu ermöglichen, die sich wegen ihrer beruflichen Tätigkeiten oft nur abends und am Wochenende engagieren können.

Highlights aus 10 Jahren

Als wir mit unserem ersten Kampagnenleiter Erik Rahn und einem kleinen Team (Ute Wiepel und später auch Diana Ali, Sandra Schlee, Sabine Wolf) gestartet sind, haben wir mit bundesweit verbreiteten Plakaten und einer Menge Giveaways für die Aktionen vor Ort geworben. Die finanzielle Ausstattung der Kampagne erlaubte damals die Herstellung dieser Medien, und wir haben die Plakate mit Unterstützung des Fachverbandes Außenwerbung bundesweit kostenfrei hängen können. Wir hatten im Netzwerk intensive Debatten über die Auswahl der Plakatmotive und ihre Botschaften. Im Magazin findet sich eine schöne Auswahl der Motive, die wir im Laufe der Jahre – übrigens mit Hilfe von pro bono für uns arbeitenden Agenturen wie „conteam“ aus Groß Gerau, später dann der KOM aus Stuttgart – erarbeitet haben. Besonders intensiv wurde die provokative Plakatstrecke der Jahre 2007–2009 im Netzwerk erörtert. Unsere Medienberater waren damals der Meinung, man müsse für das Engagement aus der Ecke der „guten Tat“ heraus und könne so auch einmal andere Menschen auf das Thema in seiner Vielfalt aufmerksam machen. Wir haben 2007 für diese Plakatstrecke den Preis „Politikaward“ in der Kategorie „Kampagne von gesellschaftlichen Organisationen“ bekommen – was uns im

Nachhinein natürlich in unserer Konzeption sehr bestätigt hat.

„Heute sind es über 3.000 Mitmachaktionen aller Art, die die Kampagne zur größten Engagementkampagne der Republik machen.“

Was uns besonders freut ist die stetig wachsende Zahl der an der „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ beteiligten Akteure und Aktionen in Dörfern und Städten, in allen Formaten und Themen. Heute sind es über 3.000 Mitmachaktionen aller Art, die die Aktionswoche zur größten Engagementkampagne der Republik machen. Durch das Festhalten an einem weitgehend stabilen Zeitraum im Spätsommer sind auch noch Outdoor-Aktivitäten möglich, die ja immer vom Wetter abhängen. Das hilft uns aber auch zu einer Planungssicherheit: Viele Akteure aus der großen Engagementsszene haben den Termin mittlerweile fest im Kalender. Diese Institutionalisierung ist für uns ein großer Schatz! Die Aktionswoche bietet vielen Akteuren so die Möglichkeit, ihr Engagement öffentlich zu zeigen und schafft ihnen eine gute Medienresonanz. Immer wieder waren bei den Beteiligungsaktionen, die das

Besondere des Formats ausmachen, auch bundesweit ausstrahlende Veranstaltungen dabei, etwa von einzelnen Bundesländern oder Verbänden organisiert.

Konzeptionelle Fortentwicklung

Als wir Plakate und Giveaways nicht mehr produzieren konnten, haben wir – seit 2011 mit Dieter Rehwinkel als neuem Kampagnenleiter – das Konzept grundlegend überarbeitet. Der Auftakt sowie der Terminkorridor und die Ansprache der ganzen Breite des Engagements sind dabei erhalten geblieben. Jedoch haben wir neue



Die erste Ausgabe des neuen Magazins „engagement macht stark!“, September 2011 © BBE



Auftaktveranstaltung zur Aktionswoche 2013 in der Mainzer Staatskanzlei. V.l.n.r.: Brigitta Wortmann, MP Malu Dreyer, Parl. StS Dr. Hermann Kues, Carola Schaaf-Derichs, Michael Bergmann © BBE

Kampagnenelemente eingeführt, wie ein zweimal im Jahr erscheinendes, fachlich-diskursives Magazin mit gehaltvollen Beiträgen (früher hatten wir eine Hochglanzbroschüre mit prominenten Stimmen zum Engagement). Das Magazin „engagement macht stark!“ greift dabei auf ein ebenfalls neu eingeführtes Element der Kampagnenführung zurück: das Konzept von jeweils drei „Thementagen“.

Über drei spezielle Thementage ist es jetzt möglich, einzelne Bereiche und Felder des bürgerschaftlichen Engagements fachlich differenzierter auszuloten. Einer der drei Thementage soll

dabei jedes Jahr Themen des Engagements von Unternehmen beleuchten und die neuesten Entwicklungstrends sowie beispielhafte Projekte und Aktionen vorstellen. Das vertiefte Verständnis der Anliegen, Themen und auch der gegebenen Probleme und Herausforderungen erweitert das Anerkennungskonzept des BBE auf der Ebene der diskursiven Würdigung und Informationsvermittlung insbesondere in Richtung der wichtigen Fachöffentlichkeit. Begleitend haben wir zudem für jeden Thementag eine spezifische Fachveranstaltung in unterschiedlichen Formaten (Mittagsgespräch, interne Workshops u.a.) realisieren können.



Gruppenbild mit Ministerpräsidentin – Auftaktveranstaltung zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2013 – Botschafter und RednerInnen © BBE

Das Magazin hat sich seitdem zu einem wirklich bedeutenden Diskursorgan entwickelt, und die drei Thementage, die wir jetzt zunehmend mittelfristig vorplanen, ermöglichen es dem großen Netzwerk BBE, kooperationsinteressierte Akteure zu vertieftem Austausch von gemeinsamen Erfahrungen und auch zu besonderen Formaten der Kooperation von Zivilgesellschaft, Staat und Kommunen sowie Unternehmen zu motivieren. Für einige der Thementage finden sich zudem „Themenpartner“, die die Vorbereitung und Durchführung mit ihren Kompetenzen, Kontakten und Ressourcen unterstützen. So ist etwa der Generali Zukunftsfonds Themenpartner beim Thementag „Demografischer Wandel“, oder die Aktion Mensch e.V.

beim Thementag „Inklusion“. Für 2015 ist bereits eine enge Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie dem BBE-Mitglied „Engagement Global“ zu internationalem Engagement ins Auge gefasst. Das Interesse an solchen Netzwerkpartnerschaften wächst erkennbar.

2013 haben wir zudem erstmals, ange-regt durch das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dann auch unterstützt von den Ländern als eine Ausnahme den Kampagnenauf-takt in einer Landeshauptstadt durch-geführt: in Mainz. Ministerpräsidentin Malu Dreyer konnte dort vor vielen rheinland-pfälzischen Akteuren auch die Engagementpolitik ihres Landes

erläutern. Zur kampagnenbezogenen Vorstellung von guten Beispielen der Engagementförderung der Bundesländer könnte das durchaus wiederholt werden; grundsätzlich aber, darin sind sich BBE, Bund und Länder einig, bleibt der Auftakt der Kampagne in Berlin.

„Die absehbare weitere Entwicklung betrifft den stärkeren Einsatz der Social Media und die Umsetzung von Formaten des ‚Grassroot Campaigning‘.“

Zudem würden wir gerne die Fachformate fortentwickeln, die die Thementage der Kampagne begleiten und vertiefen – mit Formaten des systematischen Wissenstransfers, aber auch durch Fortbildungsangebote (etwa für Journalisten) ergänzen. Darüber hinaus wollen wir die Kommunikationsstrategie des BBE noch stärker mit der Kampagne verknüpfen, auch wenn wir dies in den letzten Jahren immer besser haben verwirklichen können. Es gibt aber noch deutlich größeres Potenzial!

Perspektiven und Fortentwicklung der Kampagne

Die Überarbeitung des Konzepts hat dazu beigetragen, dass das BBE als Träger der Kampagne seine Potenziale noch besser einbringen kann. Wir werden diese neue Kampagnenlinie sicherlich weiter verfolgen, aber die absehbare Entwicklung betrifft den stärkeren Einsatz der Social Media und die Umsetzung von Formaten des „Grassroot Campaigning“, d.h. die thematisch und regional differenzierte Ansprache von Zielgruppen. Dazu müssen wir unsere Datenverarbeitung und Kommunikationskapazität unbedingt ausbauen.

PD Dr. Ansgar Klein
© PD Dr. Ansgar Klein



Dieter Rehwinkel
© Amelie Losier



Begeisterung säen – Vom Mehrwert der Engagement-Kampagnen

Von Carola Schaaf-Derichs

Ansprache, Beteiligung, engagierte Gesellschaft: Als langjähriges Mitglied des BBE-Sprecherrats weiß unsere Autorin, worauf es bei der Kampagnenführung ankommt. Außerdem wirft sie einen Blick zurück zu den Anfängen der Aktionswoche und stellt die derzeitigen Methoden der Kampagnenführung vor.

„Medien transportieren nicht, sie schaffen Wirklichkeit!“ Dies war nur einer von vielen interessanten Anstößen, welche die TeilnehmerInnen des zweiten Hintergrundgesprächs der AG Kommunikation des BBE am

21.8.2012 in der ZDF-Konferenzzone mit auf den Weg bekamen.

Als sich diese Arbeitsgruppe – damals noch unter dem Titel „Öffentlichkeitsarbeit und Anerkennungskultur“ – im Jahr



Kati Witt führt Freudenhaus im Osten!

Die zweifache Olympiasiegerin und die Katarina Witt-Stiftung unterstützen Projekte wie den Bau einer Sporteinrichtung für Kinder mit Behinderung in Bautzen. So schenkt sie Spaß und Lebensfreude. Eine von 23 Millionen für alle.

engagement-macht-stark.de

DEUTSCHER ENGAGEMENTPREIS
Verleihung am 5. Dezember 2009

Woche des bürgerschaftlichen Engagements
vom 2. bis 11. Oktober 2009

Plakatmotiv zur Aktionswoche 2009 © BBE

2003 gründete, waren ihre Anliegen ausgesprochen vielfältig: Es ging um die Sichtbarkeit von bürgerschaftlichem Engagement, darum, dass der Beitrag von über 23 Millionen Menschen in Deutschland – laut Freiwilligensurvey der Bundesregierung – noch mehr öffentliche Aufmerksamkeit, Anerkennung und letztlich auch Unterstützung erfahren könne. Bürgerschaftliches Engagement als der vielzitierte „Kitt“ im Bauwerk der Zivilgesellschaft in Deutschland sollte mehr mediale Präsenz und inhaltliches Verständnis erhalten.

Vor dem Hintergrund dieser langjährigen Erfahrungen und aus meiner heutigen Sicht würde ich die Ziele von Engagement-Kampagnen auf folgende drei Hauptaspekte konzentrieren.

Ansprache:

Kommunikation zu leisten bedeutet im Bereich bürgerschaftlichen Engagements zunächst, Informationen zu vermitteln und Transparenz herzustellen zu Ereignissen, Aktivitäten, Zielsetzungen und Zielgruppen, die von engagierten BürgerInnen angestoßen werden. Die Ansprache breiter Bevölkerungsgruppen ist daher dem Ausdruck von Wertschätzung und Anerkennung für zivilgesellschaftliche Beiträge geschuldet und stellt eine Einladung zur Teilhabe aus Interesse dar (die es dann auch zu ermöglichen gilt, ohne Hürden oder Barrieren jedweder Art).

Beteiligung:

Gerade massenmediale Beiträge können leicht zu einem distanzierten „Zuschauen“ oder „Anhören“ führen, womit keinerlei Identifikation oder Handlungsstimulation erreicht wird. Neben dem Interesse via Ansprache ist diese Transfer-Ebene ausschlaggebend für eine Wahrnehmung bürgerschaftlichen Engagements: Bin ich hier gemeint? Geht dies überhaupt mich an? Es ist immer wieder das unmittelbar demokratisches Element der praktischen Teilhabe, des Mitmachens und Mitwirkens, das die Kampagnen zum bürgerschaftlichen Engagement in ihrer Wirkung als besonders eindrucksvoll und nachhaltig ausmacht. In kleinen, lokalen Bezügen die Erfahrung machen zu können, globale Zusammenhänge mitzugestalten, hinterlässt ein inspirierendes, begeisterndes Gefühl und Verbundenheit zu einer Gemeinschaft.

„Gerade massenmediale Beiträge können leicht zu einem distanzierten „Zuschauen“ oder „Anhören“ führen.“

Beteiligung im Sinne gesellschaftlicher Vielfalt („Diversity“) zu ermöglichen heißt, niedragschwellige Zugänge für In-

teressierte vorzubereiten, ein „machbares und effektives“ Ereignis für alle anzubieten, unabhängig von persönlichen Voraussetzungen.

Engagierte (Stadt-) Gesellschaft als Ziel:

Bei den meisten Engagement-Kampagnen ist die offene (Stadt-) Gesellschaft die ausgemachte Zielgruppe. Neben einem Projektteam, das die vielfältigen Perspektiven einer lokalen Gesellschaft spiegeln kann, braucht es sowohl einen Kreis von Partnern, die zu einer Netzwerkarbeit bereit sind, als auch eine mehrjährige Kampagnen-Zeit. Nur langfristig vorhersehbare Kampagnentermine sind geeignet, immer mehr Partnerorganisationen sowie die lokale Bürgergesellschaft mitzunehmen.

„Nur langfristig vorhersehbare Kampagnentermine sind geeignet, immer mehr Partnerorganisationen sowie die lokale Bürgergesellschaft mitzunehmen.“

History – Es begann mit den „New York Cares Days“¹

Im Jahr 2000 hatten wir Kontakt mit New York Cares, den Initiatoren einer US-weiten Bewegung, dem „City Cares Movement“ aufgenommen. Bis zu vier-



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2004 © BBE

mal im Jahr rief diese Organisation zu „Days of Caring“ in New York auf, an denen sich alle BürgerInnen beteiligen und ihren persönlichen Beitrag für die Stadt leisten können sollten. Die dazu nötigen Voraussetzungen gingen über das übliche Freiwilligenmanagement hinaus, da eine kampagnenfähige Netzwerkorganisation zu gründen war. Ausgehend vom Gedanken dieser Bewegung eines „Active Citizenship“, das sowohl einzelne BürgerInnen wie auch Unternehmen, zivilgesellschaftliche und staatliche Organisationen ansprach, war es auch für uns in Berlin vorstellbar, anlässlich des UNO-Jahres der Freiwilligen 2001, die bundesweit erste Engagement-Kampagne zu starten, den „Berliner Freiwilligentag“.²



Cherno Jobatey moderierte die Auftaktveranstaltungen zur Aktionswoche von 2005 bis 2012 © BBE

Das Berliner Beispiel machte Schule: Im November 2003 tauschten sich auf unsere Einladung hin in Berlin Freiwilligenagenturen aus sechs Bundesländern über diese ersten Kampagnenerfahrungen aus. Über 100 Aktionen kamen 2007 im Rahmen des Berliner Freiwilligentages zusammen. Eine Vernetzung geschah jährlich durch die vor- und nachbereitenden Workshops und Dankes-Feiern für die VeranstalterInnen der Aktionen. Bereits 2008 konnte in über 100 Kommunen im deutschsprachigen Bereich die Durchführung eines Freiwilligentages festgestellt werden. Nach dem zehnten seiner Art in Berlin, 2010, haben wir das Tagesformat verlassen, um noch flexibler für die unter-

schiedlichen Vorstellungen der mitwirkenden Akteure zu werden, und rufen seither die „Berliner Engagementwoche“, terminlich verbunden mit der Aktionswoche des BBE, aus. Mit über 350 Einzelaktionen sowie vielen Tages- und Wochenformaten auf Bundes- und Landesebene hat die Berliner Engagementwoche im Jahr 2013 ihren bisherigen Höhepunkt erreicht.³

„Mit über 350 Einzelaktionen sowie vielen Tages- und Wochenformaten hat die Berliner Engagementwoche im Jahr 2013 ihren bisherigen Höhepunkt erreicht.“

Kampagnen zum bürgerschaftlichen Engagement – ein eigenes Methodenfeld

Engagement-Kampagnen zeitgemäß zu entfachen bedeutet, Aktivierungsstrategien zu entwickeln und web-basiertes Community Building⁴ zu betreiben. Neben dem Thema oder Fokus ist es oft die Qualität der Kampagne, ihre Ausstrahlung wie ihre Botschaften, die die Menschen begeistern. Engagement-Kampagnen sind insofern Teil einer lokalen Lebenskultur und Ausdruck des interaktiven Gemeinschaftslebens, geprägt von ihrer

Veranstaltungsform und ihren Medien. Als konkretes Beispiel hier ein kurzer Überblick zur Berliner Engagementwoche⁵.

„Engagement-Kampagnen zeitgemäß zu entfachen bedeutet, Aktivierungsstrategien zu entwickeln und web-basiertes Community Building zu betreiben.“

Der Ansatz fußt auf **Social Media plus Präsenz**. Mit multimedialen Präsentationsformen für die Aktionen im BLOG, dem Wochenkalender, bezirklichem und alphabetischem Überblick zu den Veranstaltungen, dem Tagebuch und einer informativen Sidebar hat die Berliner Engagementwoche als Social-Media-Ereignis eine große, generationsübergreifende Resonanz gefunden und kann sowohl auf Facebook als auch bei Twitter gefunden werden. Zur Auswertung, Dokumentation und kreativen Anregung werden jährliche Kataloge der Berliner Engagementwoche erzeugt und als Download bereitgestellt.

Begleitende Präsenzveranstaltungen mit den NetzwerkpartnerInnen haben zu weiteren Synergie-Verbänden ge-

führt. Der Newsletter kündigt das „Annual Event“ an, begleitet und profiliert es. Der BLOG der Berliner Engagementwoche ist das einzige Stadt-Medium, das alle Engagement-Aktivitäten in diesem Zeitraum für BürgerInnen, Medien, Politik und Verbände präsentieren kann.

Fazit: Engagement-Kampagnen sind ein „Fest der Demokratie“ – wie das erste deutsche Politikfestival gezeigt hat. Eine Kultur, die wir gerne weitertragen werden.

¹ http://en.wikipedia.org/wiki/New_York_Cares

² www.berliner-freiwilligen-tag.de und <http://de.wikipedia.org/wiki/Freiwilligentag>

³ <http://berliner-engagement-woche.de/aktivitaeten-berliner-engagement-woche/>

⁴ <http://www.nieman.harvard.edu/reports/article/100284/Community-Building-on-the-Web-Implications-for-Journalism.aspx>

⁵ www.berliner-engagementwoche.de

Carola Schaaf-Derichs
© Carola Schaaf-Derichs



Wen interessiert's?

Zehn Jahre Woche des bürgerschaftlichen Engagements – Zehn Jahre Öffentlichkeitsarbeit

Von Claudia Leitzmann

Wen interessiert das bürgerschaftliche Engagement? Auf einem Podium zum Thema „Engagement in den Medien“ beim Ehrenamtskongress 2014 in Bayern wurde wieder einmal deutlich: Engagement allein weckt noch nicht das Interesse der Journalisten.

Aktionen, die jeder uneingeschränkt gut und richtig findet, sind weniger interessant als diejenigen, die man kontrovers diskutieren kann, wie z.B. zahlreiche Artikel zur Tafelbewegung zeigen. Und: Je spektakulärer die Aktionen, desto höher ist die Chance, die mediale Aufmerksamkeit zu erregen, wie das Beispiel der Hilfsaktionen der Passauer Studentinnen und Studenten nach der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2013 zeigt. Damals waren über Facebook spontan mehrere tausend Helfer organisiert worden.

Warum sollte auch das alltägliche Engagement mehr Aufmerksamkeit erhalten? Die Antworten sind einfach: Es geht um die öffentliche Anerkennung und Wertschätzung für die vielen ehrenamtlich Engagierten, es geht um die Gewinnung von Mitstreitern und Förderern und um die nachhaltige und immer wieder neu einzufordernde Unterstützung durch Politik und Verwaltung. Und da muss man leider – auch fünf Jahre nach der ARD-Themenwoche zum Ehrenamt – immer noch



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2006 © BBE

konstatieren: Dem bürgerschaftlichen Engagement wird nach wie vor nicht die Aufmerksamkeit zuteil, die es aufgrund seiner gesellschaftlichen Relevanz verdient hätte.



Weltrekordaktion „Größte tanzende Jugendfeuerwehr“ im Bundeszeltlager der Deutschen Jugendfeuerwehr in Königsdorf (Bayern) am 7. August 2014 © Presse Deutsche Jugendfeuerwehr (DJF), Foto: Christian Rottenberger

Hat sich in den vergangenen zehn Jahren also nichts bewegt? Als das Landesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement Bayern kürzlich anlässlich des Bürorumzugs sein Archiv durchforstete, zeigte sich ein ganz anderes Bild: Hatten wir in der Gründungsphase unseres Netzwerks im Jahr 2003 noch jedes Papier zum bürgerschaftlichen Engagement abgeheftet, jeden aktuellen Vortrag, jeden neuen Newsletter zum Thema gesammelt, jeden Wettbewerb und jedes Fortbildungsangebot gelistet, so waren im Laufe der Jahre sämtliche Ordner aus allen Nähten geplatzt und ein unübersichtlicher Berg an noch einzusortierendem Material entstanden: Die Zahl der Newsletter, Magazine, Veröffentlichungen, Informations- und Fortbildungsangebote zum Thema ist in den vergangenen zehn

Jahren gewaltig angestiegen. Auch die Zahl der Wettbewerbe und Preise auf Bundes-, Länder- und regionaler Ebene hat deutlich zugenommen.

Für Bayern haben sich im Laufe der abgelaufenen Dekade die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement durchaus verbessert: So hat das Bayerische Sozialministerium mit dem Abschluss der Ehrenamtsversicherung im Jahr 2007 vor allem kleinere Initiativen entlastet, seit 2009 werden jährlich neue Koordinierungszentren für das bürgerschaftliche Engagement finanziell unterstützt. Die Einführung des Ehrenamtsnachweises 2009 sowie der bayernweiten Ehrenamtskarte im Jahr 2012 waren weitere Schritte, die auch in den Medien Niederschlag fanden.

Städte haben zusätzlich zu bereits vorhandenen Ehrungen neue Formen der Anerkennung entwickelt, die Landeshauptstadt München beispielsweise 2008 die Auszeichnung „München dankt!“, die Stadt Nürnberg die „Aktion Ehrenwert“: Dort kürt die Universa Versicherung in Kooperation mit der Stadt und den „Nürnberger Nachrichten“ jeden Monat einen Preisträger. Er erhält 1.000 Euro und wird in der Zeitung mit seinem Projekt oder Einsatzgebiet ausführlich vorgestellt. Hier geht es tatsächlich um das normale alltägliche Engagement in seiner ganzen Bandbreite. Die Serie in der Zeitung läuft seit fünf Jahren und soll auch in Zukunft weitergeführt werden.

„Hier geht es tatsächlich um das normale alltägliche Engagement in seiner ganzen Bandbreite.“

Zwar wurde die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Januar 2014 sogar als Staatsziel in die Bayerische Verfassung aufgenommen. Auf die mediale Aufmerksamkeit hat sich das jedoch kaum ausgewirkt. Sicherlich ist dies zum Teil in der Sache selbst begründet: Engagierte sind keine Verkäufer, Eigenwerbung

fällt schwer. Dass Initiativen, Vereine und Verbände an dieser Stelle selbst ein Defizit sehen, zeigt die Nachfrage nach entsprechenden Fortbildungsangeboten: Themen wie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Vereine oder die gewinnbringende Nutzung von Social Media sind schnell ausgebucht.



Gewichtheber Matthias Steiner bei der Auftaktveranstaltung zur Aktionswoche 2008 © BBE

Ein Format wie die Aktionswoche kann ein guter Anlass für Werbung in eigener Sache sein. Die praktische Durchführung gestaltet sich in Bayern allerdings schwierig: Der Termin am Ende der bayerischen Sommerferien erschwert vielen die Beteiligung. Die Berichterstattung geht über das lokale Feld kaum hinaus. Wenn man auf der Internetseite der „Süddeutschen Zeitung“ den Suchbegriff „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ eingibt, erhält man keinen einzigen Treffer. Lediglich der „Münchner Merkur“

zitiert im Jahr 2006 eine Veranstalterin, die sich enttäuscht zeigt von der geringen Resonanz auf ihre Aktion in der Woche des bürgerschaftlichen Engagements.

Städte und Gemeinden bemühen sich, trotz des ungünstigen Zeitpunkts im Jahr, ein umfangreiches Programm zusammenzustellen. Vielerorts behilft man sich – wie etwa in der Stadt Augsburg –, indem man die Aktionswoche bis Ende September ausdehnt. Auch Vereine und Verbände nutzen den Zeitraum zunehmend für ihre Veranstaltungen zum Thema. So nahm der Paritätische in Bayern im Jahr 2013 die Woche des bürgerschaftlichen Engagements erstmals zum Anlass, um seinen ehrenamtlich Engagierten in einer öffentlichen Veranstaltung den jährlichen Luise Kiesselbach Preis in feierlichem Rahmen zu überreichen.

Immerhin wurde 2013 im Bayerischen Rundfunk über die Auftaktveranstaltung zur Aktionswoche in Rheinland-Pfalz berichtet. Vielleicht ist Berlin einfach ein bisschen zu weit weg, vielleicht wäre eine Auftaktveranstaltung in Bayern eine gute Idee. Zumindest aber wäre es wünschenswert, einen Termin für diese Woche zu finden, der es auch den bayerischen Initiativen, Projekten, Vereinen und Verbänden ermöglicht, sich stärker zu präsentieren.



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2004 © BBE

Claudia Leitzmann
© Peter Roggenthin



Mitmach-Netz: Bürgerinnen und Bürger online aktivieren und mobilisieren

Von Thomas Krüger

Die Praxis der Partizipation hat sich erweitert: Neue Formen von Partizipation haben sich online entwickelt und „klassische“ Verfahren haben Ergänzungen und Erweiterungen erfahren. Soziale Medien oder Online-Plattformen eröffnen neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und können zu einer weiteren Aktivierung und Mobilisierung politischen Engagements beitragen.

Beim Bau des virtuellen Hauses gibt es nicht nur einen Architekten, sondern derer viele, und noch mehr Bauherrinnen und Handwerker, erste Bewohner und Bastlerinnen. Der Rohbau wurde bereits bezogen, mit tragenden und mit versetzbaren Wänden, mit Türen, die in neue Räume führen und solchen, die ins Leere stolpern lassen. Politische Bildung hat die Aufgabe, die Reflexion

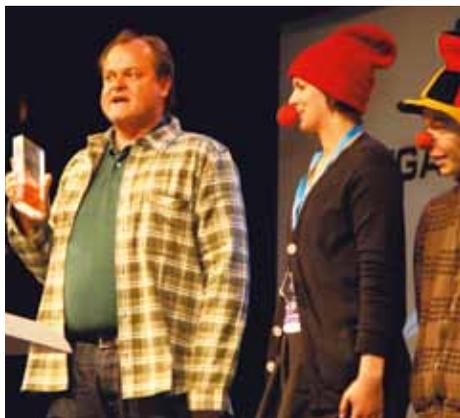
über Möglichkeiten und Grenzen der nächsten Bauabschnitte im „Mitmach-Netz“ zu unterstützen. Sie hat aber auch das Ziel, Bürgerinnen und Bürger darin zu stärken, die Partizipationsinstrumente zu nutzen, die sie letztlich für sich als zweckmäßig erachten.

Wo hier die Grenzen besonders einer der politischen Ausgewogenheit ver-



Auftaktveranstaltung 2008 © BBE

pflichteten staatlichen politischen Bildung liegen, muss immer wieder neu verhandelt werden. Die grundsätzliche Richtung ist aber klar: Wir wollen Teilhabe ermöglichen, keinesfalls verhindern. Ein Beispiel: Der Bürgerhaushalt gehört sicherlich zu den Methoden der Bürgerbeteiligung, die zwischen den Wahlen den weitestgehenden Einfluss von Bürgerinnen und Bürgern auf die Politikgestaltung eröffnen können. Ihre virtuelle Erweiterung im Netz birgt die Chance, Beteiligungshürden weiter zu senken und Transparenz über Verfahren und Argumente zu verbessern.



Markus Majowski bei der Auftaktveranstaltung 2008
© BBE

Auf der Basis von mittlerweile zehn Jahren Verfahrenspraxis in Deutschland wird weiter kontrovers über Vor- und Nachteile des Verfahrens und seiner unterschiedlichen Varianten politisch diskutiert. 237 Kommunen nutzen dieses Instrument zur systematischen Beteiligung von Bürgern

an der Haushaltsplanung bereits. Unter www.buergerhaushalt.org wird seit 2007, unterstützt durch die politische Bildung, ein Online-Portal betrieben, auf dem Nutzerinnen und Nutzer den Bürgerhaushalt ihrer Stadt – erstmalig standardisiert – transparent und einfach bewerten, Feedback geben und Ideen zur Verbesserung des Verfahrens einbringen können. Die Plattform ermöglicht hierbei eine offene, partizipative und vergleichbare Evaluation – und damit Reflexion über das Verfahren.

„Partizipation von vielen in einer pluralen Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle laufend darum bemühen, die Distanz zwischen ExpertInnen und Laien möglichst gering zu halten.“

Partizipation von vielen in einer pluralen Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle laufend darum bemühen, die Distanz zwischen ExpertInnen und Laien in politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsverfahren möglichst gering zu halten. Weit verbreitete Haltungen, wie „die da oben machen die Politik und wir haben nichts zu sagen“ oder „wir machen die Politik und die

draußen sollen lieber schweigen“, sind allerdings Signale dafür, dass die Distanz eher wächst, nicht zuletzt bei den jüngeren Generationen.

Politische Bildung kann hier nur Übersetzerin sein, wenn sie in einer verständlichen Sprache über die richtigen Kanäle kommuniziert. Will sie junge Menschen erreichen, bedeutet dies: online und mehr in audiovisuellen Formaten. Ein Projekt der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, bei dem wir versuchen, diesen neuen Weg zu gehen, ist die Kampagne „YouTuber gegen Nazis“ (YGN). Sie wurde 2013 gestartet und steht für den Einsatz für

Toleranz und gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und alle Formen von Diskriminierung. Als Hauptmedium der Kampagne wurde die Videoplattform YouTube genutzt und die sozialen Kanäle wie Twitter und Facebook. 2013 nahmen mehrere YouTube-Stars den Hit von Blumio „Hey Mr. Nazi“ auf. Im Mitmach-Bereich der Homepage von „YouTuber gegen Nazis“ kann jeder selbst ein Song-Cover von „Hey Mr. Nazi“ hochladen und teilen. Bei der „SummerRoadTour 2014“ kommt die Kampagne „YouTuber gegen Nazis“ auf die Festivals und verbindet so die virtuelle mit der realen Welt. Das Engagement im Web



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2009 © BBE

wird in die Realität übertragen und junge Menschen werden zu tagtäglichem Engagement für mehr Toleranz motiviert. Die bpb unterstützt ebenso den YouTube-Jugendwettbewerb „361 Grad“, bei dem junge Menschen sich mit ihrem Video stark machen können: für mehr Respekt und gegen Ausgrenzung und Mobbing.

„Demokratie, Frieden und respektvolles, tolerantes Miteinander sind nicht selbstverständlich.“

Das Netz ist unkontrollierbar. Es braucht daher das Engagement von vielen, um es nicht denen zu überlassen, die den virtuellen Raum für Mobbing oder Ausgrenzung missbrauchen. „YouTuber gegen Nazis“ und „361 Grad“ sind Beispiele dafür, wie politische Bildung das Social Web nutzen kann, um politisches Engagement von jungen Menschen zu fördern, auch um das Netz nicht extremistischen Strömungen zu überlassen. Aber auch hier ist es mit „online“ nicht getan. Nicht ohne Grund fördern Bundesprogramme und die bpb unter anderem zahlreiche Projekte, die Sportvereine gegen das Eindringen rechtsextremistischer Ideologien und Personen in das Vereinsleben wappnen sollen.

Diese Angebote politischer Bildung setzen sich dafür ein, bürgerschaftliches Engagement im Sinne einer Stärkung demokratischer Partizipation zu fördern und aufbauend auf sozialem Engagement politisches Engagement zu initiieren. Denn: Demokratie, Frieden und respektvolles, tolerantes Miteinander sind nicht selbstverständlich – das zeigen die aktuellen Konflikte in Europa und der Welt; das zeigt das Erstarken rechtsextremer Parteien nach der Europawahl 2014. Wir brauchen daher das bürgerschaftliche Engagement jedes Einzelnen für eine inklusive, vielfältige und offene Gesellschaft – online wie offline.

Thomas Krüger © Ulf Dahl,
Bundeszentrale für politische Bildung



Zivilgesellschaft und die Massenmedien – Eine verbesserungsbedürftige Beziehung und die Zwecke des Bürgerengagements

Von Prof. Dr. Thomas Meyer

Eine vielgestaltige und lebendige Zivilgesellschaft ist die unverzichtbare Grundlage für eine starke und wirkungsvolle Demokratie. Darum haben Diktaturen, wenn sie eine Demokratie zerschlagen, stets als erstes das Bestreben, das Leben der Zivilgesellschaft rasch zu regulieren oder ganz zu ersticken. Auch das Vorhandensein mehrerer Parteien führt ohne aktive Zivilgesellschaft von sich aus noch nicht zu einer lebendigen Demokratie.

Gemessen an dieser Schlüsselbedeutung ist die vergleichsweise geringe Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure, Aktionen und Erfolge – das ganze Leben der Zivilgesellschaft – für unsere mediatisierte Öffentlichkeit nicht nur erstaunlich, sondern vor allem auch aus demokratiepolitischer Perspektive hochgradig bedenklich.

Was ist die Zivilgesellschaft? Sie ist, kurz gesagt, die Gesamtheit all der Initiativen, Zusammenschlüsse, Assoziationen, Vereine und Netzwerke, in denen Menschen freiwillig engagiert sind, aber dabei auch Interessen des Gemeinwesens verfolgen. Das Handeln in der Zivilgesellschaft, in einer Nachbarschaftsinitiative, in einer Menschenrechtsgruppe, in einer Umweltschutzinitiative, in einem Bürgerverein, in einer religiösen oder sozial orientierten Gruppe ist in dieser Hinsicht dem freiwilligen Handeln von Marktteilnehmern entgegengesetzt und gleicht eher dem am Gemeinwohl orientierten Handeln des Staates. Seine

Ergebnisse kommen nicht nur den Beteiligten selbst zugute, sondern einem weiteren gesellschaftlichen Kreis oder allen Menschen; und im Gegensatz zum Staat erreicht das zivilgesellschaftliche Engagement seine Ziele ohne Zwang, allein auf dem Wege selbstbestimmter Bürgersolidarität.

Die Demokratie verfügt über drei Wege – oder Steuerungsmethoden – um die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu befriedigen:

- den Markt, soweit es um Güter und Dienste geht, die gegen Bezahlung zu erwerben sein sollen,
- den Staat, soweit es um öffentliche Güter geht, die allen zugute kommen sollen, und
- die Zivilgesellschaft, die kollektive Güter hervorbringt, die durch die spontane Solidarität von Bürgerinnen und Bürgern geschaffen werden.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist für die demokratische Gesellschaft ein wertvolles Gut, denn es erfüllt mehrere unverzichtbare Zwecke. Neben der Bewältigung naheliegender sozialer, kultureller, lebensweltlicher und politischer Aufgaben, verbessert es die politische Kontrollfähigkeit der Gesellschaft und schafft sozial-moralisches Kapital. In der Bundesrepublik engagiert sich nahezu die Hälfte der Bevölkerung zivilgesellschaftlich. Dass wir davon im Normalgeschäft der Massenmedien kaum etwas erfahren, verzerrt nicht nur unser Bild von der sozialen und politischen Welt, es mindert auch die Chance für die Zivilgesellschaft selbst, den nötigen „Nachwuchs“ für ihre sich überall ergebenden Aufgaben immer wieder neu zu gewinnen, indem auf vielfältige Weise erkennbar wird, wo und wie sich bürgerschaftliches Engagement für die unterschiedlichsten Werte und Interessen



Engagementbotschafter Peter Maffay und Ministerin Kristina Schröder bei der Auftaktveranstaltung 2010 © BBE

lohen kann und wo es für verantwortungsbereite Bürgerinnen und Bürger geboten ist.

„Bürgerschaftliches Engagement weist keine einzige der Eigenschaften auf, die es für Massenmedien auf Anhieb interessant machen könnte.“

Die Logik der Massenmedien

Zwischen der Logik der Massenmedien und des Journalismus auf der einen Seite und der Arbeitsweise sowie dem Erscheinungsbild des bürgerschaftlichen Engagements auf der anderen besteht ein „natürliches“ Spannungsverhältnis, das im Interesse beider Bereiche verringert werden kann und muss. Wie zahlreiche empirische Untersuchungen belegen, geht die journalistische Arbeitsweise bei der Wahrnehmung dessen, was aus der gesellschaftlichen und politischen Realität als interessant und daher auch als berichtenswert erscheint, von sogenannten „Nachrichtenfaktoren“ aus, die fast lückenlos bestimmen, was aus der Wirklichkeit der Gesellschaft in das Bild der Medien von ihr Eingang finden kann und was nicht. Die Nachrichtenfaktoren wirken als eine Art hermetisches Filtersystem. Zu ihnen gehören: Personalisierung und Promi-

nenz, Konflikt und Schaden, Rekordleistungen und kurze, abgeschlossene Ereignisperioden sowie soziale und kulturelle Vertrautheit.

Es ist naheliegend, dass ein solches Filtersystem, das auch breit interessierte und sozial besonders sensible Journalisten bei der Füllung ihrer verfügbaren, stets knappen Veröffentlichungszeiten und -plätze anwenden, neben der großen Politik mit ihren Spitzenakteuren und den Krisen und Katastrophen dieser Welt für die „normalen“ Abläufe des politischen und gesellschaftlichen Lebens so gut wie keinen Raum mehr offen lässt.

Im Kontrast dazu ist das zivilgesellschaftliche Engagement – außer in den seltenen Momenten spektakulären Protesthandelns – einer der stillen, unauffälligen Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Geschehens. Es fällt auf diese Weise fast völlig aus dem Blickfeld der medial vermittelten Öffentlichkeit. Es folgt in seinen Handlungsformen und Abläufen einem Modell, das fast wie im Lehrbuch dazu angetan ist, im Aufmerksamkeitsschatten der Medien zu verharren. Bürgerschaftliches Engagement wird nicht von prominenten Einzelnen geprägt, es vollzieht sich meist nicht in erster Linie im offenen Konflikt



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2006 © BBE

mit anderen Interessen, kreist nicht um Rekorde oder unmittelbare Gefahren, bietet zumeist nichts Spektakuläres und konzentriert sich fast nie auf kurze, abgeschlossene Ereignisperioden. Es weist also keine einzige der Eigenschaften auf, die es für Massenmedien auf Anhieb interessant machen könnte.

Im Gegensatz zu dieser fast vollständigen medialen Ausblendung eignen dem bürgerschaftlichen Engagement aber zwei Qualitäten, die es gesellschaftlich und politisch nicht nur einzigartig, sondern auch von herausragender Wichtigkeit erscheinen lassen: Bürgerschaftliches Engagement ist zum einen ein im Verborgenen sich vollziehendes Massenphänomen mit nahezu der Hälfte der Bevölkerung als aktiv mitwirkenden Bürgerinnen und Bürgern in zahlreichen, für das Leben von Gesellschaft und Demokratie entscheidenden Handlungsbereichen. Und es ist zum anderen die Alltagswirklichkeit der Demokratie in der Lebenswelt der Menschen, die ganz anders ist als das auf Elite und Skandal zentrierte Bild von der Gesellschaft in den Medien.

Es liegt auf der Hand, dass eine deutlich stärkere und bessere Berücksichtigung dieses Handlungsbereichs in den Medien zwei für den Bestand und das Funktionieren der Demokratie bedeutsame Funktionen erfüllen könnte. Sie würde das heute vorherrschende, die Politikverdrossenheit dauernd näh-



Cherno Jobatey interviewt Markus Peters, Malteser Hilfsdienst e. V. bei der Auftaktveranstaltung 2010 © BBE

rende, auf Negativeffekte, Elitepersonal und Konflikte konzentrierte Bild erheblich korrigieren. Solche stärkere Berücksichtigung des Themas könnte die Bereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger, sich selbst zivilgesellschaftlich zu engagieren, deutlich erhöhen. Denn das Potenzial dazu ist laut einschlägiger Forschung in unserem Land noch beträchtlich. Darüber hinaus würde sie auch als ein Beitrag zur Qualitätsverbesserung der Politik insgesamt wirken, da sie die Wahrnehmung der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit durch die politischen Eliten und Profis bereichern und verbessern würde.

Was tun?

Journalisten sind natürlich – und in besonderer Weise auch in diesem Falle – die Gatekeeper für den Zugang zur medialen Öffentlichkeit. Es ist wahrscheinlich – und einzelne erfolgreiche Beispiele sprechen dafür – dass unter bestimmten Voraus-

setzungen das Interesse von Journalisten an der Berichterstattung über die Welt des ehrenamtlichen Bürgerengagements erheblich gesteigert werden kann. So sind etwa bei der Verleihung des renommierten Theodor-Wolff-Preises an Journalisten für beispielgebende Berichte im Jahr 2011 auch Preise für in dieser Hinsicht einschlägige Arbeiten verliehen worden, die weit am Rande des in den Medien Gängigen angesiedelt waren. Die Robert Bosch Stiftung vergibt schon seit Längerem einen Journalistenpreis für Berichterstattungen zum bürgerschaftlichen Engagement. Entstehung, Qualität und Format der prämierten Arbeiten enthalten zugleich auch Hinweise auf die Voraussetzungen, unter denen sie begünstigt werden und zu erwarten sind.

Zu diesen Voraussetzungen gehören vor allem einnahes und genaues Verständnis der Arbeitsweise von Initiativen und Akteuren der Zivilgesellschaft und insbesondere auch die Möglichkeit intensiver und hautnaher Erfahrungen mit ihnen und ihren beispielgebenden Protagonisten. Mit einem solchen Hintergrund erkennen und erleben anfänglich zurückhaltende oder skeptische Journalisten (im Hinblick auf die Relevanz und die Publikums-Attraktivität dieses Themenfelds), wo genau die Anknüpfungspunkte der gesellschaftlichen und politischen Relevanz zu finden sind und wie sich die Ereignisse und Akteure dieses Feldes auf die journalistischen Selektionskriterien und Darstellungsformen beziehen lassen.

Was wir brauchen, um die große Lücke zwischen dem demokratischen Schwerkgewicht des bürgerschaftlichen Engagements in der Realität und seiner Behandlung als Ultraleichtgewicht in den Massenmedien zu schließen – Schritt für Schritt – sind nicht nur eine größere Rolle für das Thema in der Journalistenausbildung und den Redaktionskonferenzen. Es bedarf einer Vielzahl an maßgeschneiderten Weiterbildungsangeboten für alle Arten von Journalisten – der unterschiedlichen Themenbereiche und Mediengattungen – um deren Interesse am Thema zu wecken und den Zugang zu dessen journalistischen Darstellungsmöglichkeiten wesentlich zu erleichtern. Nur so kann dieses vernachlässigte Thema die Aufmerksamkeit finden, die es verdient – und wegen seiner bisherigen Vernachlässigung vielleicht sogar zu einem neuen, attraktiven Arbeitsfeld werden. Das wäre ein großer Gewinn für alle: die Gesellschaft, die Politik und sogar die Journalisten selbst.

Prof. Dr. Thomas Meyer
© Friedrich Ebert Stiftung



Die Chorgesänge der „vitalen Zivilgesellschaft“ mit dem Dauer-Refrain des „blühenden Ehrenamtes“ bilden den Klangteppich für eine sedierte Gesellschaft, die unter Debatten-Allergie leidet

Von Prof. Dr. Thomas Leif

„In der Öffentlichkeit wird die Wahrheit unterdrückt.“

(Ex-Verfassungsrichter Paul Kirchhof,

Mitglied im Schattenkabinett von Angela Merkel zur Bundestagswahl 2005)

Eine dösende Generation hat sich bequem in der Y-Idylle (Y=Why) eingerichtet; ihre Konflikt-Abstinenz stabilisiert die „marktkonforme Demokratie“ und demontiert die Chorgesänge einer „vitalen Zivilgesellschaft“ und den Dauer-Refrain des „blühenden Ehrenamtes“. Für den Autor verdecken die „Erfolgsbilanzen“ des Engagements das Fortschreiten der Erosion demokratischer Teilhabe – zumal bei den nachwachsenden Generationen.

Carsten Linnemann und Jens Spahn gelten in der CDU als Hoffnungsträger, als Politiker der jüngeren Generation von Abgeordneten, die sich jenseits der entkernten Union noch eine „zukunftsgerichtete“ Politik vorstellen können. Die (interne) Beschäftigung mit Alternativen zur jüngst beschlossenen Rentenpolitik macht die leisen Opponenten in der gesamten Union bereits zu Ausnahme-Erscheinungen. Kürzlich haben der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung (MIT), Linnemann, und der ambitionierte Gesundheitspolitiker Spahn sogar ein paar (wachsweiche) Thesen als Gegenentwurf zum Großen Koalitionsvertrag veröffentlicht. Damit war aber ihre Konfliktbereitschaft zur scheinbar allmächtigen Kanzlerin ausgeglichen. Sie empfinden zwar Merckels kalkulierte Klientelpolitik für die älteren Wähler als eine Art Hypothek, die

sie als politische Erben teuer bezahlen müssen; aber sie wollen nur „kontrolliert anecken, ohne sich in einer rituellen Fundamentalopposition zu vernörgeln“ (DIE ZEIT, 18.6.2014). Dabei gehören Linnemann und Spahn schon zu den „mutigsten“ Nachwuchskräften der Bundestagsfraktion. Von den 25 MdB-Aufsteigern – 21 sind neu im Parlament – ist sonst niemand mit Gegenentwürfen oder gar Gegenkonzepten aufgefallen. Und dies, obwohl nicht nur Linnemann eine große Sehnsucht nach „Debatte und nach Zukunft“ in der Merkel-CDU spürt.

Von der jüngeren Generation auch aus anderen Parteien sind ebenfalls kaum Aufbruchsignale oder Gegenentwürfe zur „Rentenpolitik für die ältere Generation“ zu vernehmen. Der Anteil der Parlamentarier unter 40 Jahren ist noch



Ministerin Manuela Schwesig und BBE-Sprecherrats-Vorsitzender Prof. Thomas Olk mit den Botschaftern der Aktionswoche 2013 und 2014. V.l.n.r.: Erdogan Dikmenli, Türkisches Forum bei Bosch (Stuttgart), Prof. Olk, Jacob Przemus, Storch Heinar (Schwerin), Marita Gerwin, Fachstelle „Zukunft Alter“ (Stadt Arnberg), Wolfgang Roszkopf, Alfred Kiess GmbH (Stuttgart), Prof. Dr. Ulrich Hegerl, Bündnis gegen Depressionen e.V. (Leipzig), Dr. Bernhard Matheis, Pakt für Pirmansens (Pirmasens). © BBE

einmal geschrumpft – auf heute 17,91 Prozent (in der Legislaturperiode davor knapp 21 Prozent). In den Länderparlamenten ist die Vergreisung noch wesentlich weiter fortgeschritten. All diese Trends folgen einer unaufhaltbaren demografischen Logik: Bei der Bundestagswahl 2017 wird die Generation 55 plus die Mehrzahl der Wähler stellen. Schon heute gibt die Generation 55 plus in SPD und Union den Ton an. Und weil die Jüngeren tendenziell wahlmüder und gleichgültiger sind, wird sich dieser „Rentnereffekt“ noch verschärfen. Es ist absehbar, dass diese Generation die Agenda der Wahlversprechen bestimmen wird.

Von der gebetsmühlenartig zitierten „Zivilgesellschaft“ war in der Debatte um die künftige Rentenpolitik eben-

falls wenig zu hören. Zu weiteren politischen Konfliktthemen – von der Pflege-reform bis zum Bologna-Flop – ist die Stimme der „Engagierten“ leise, kaum vernehmbar. Obwohl die Aktiven die Auswirkungen dieser Politik durchaus aus der Praxis kennen.

Eine fatale Arbeitsteilung zwischen „Staat“ und „Zivilgesellschaft“ hat sich eingeschlichen. Die „Freiwilligen“ – die frisierten Statistiken wachsen von Jahr zu Jahr – werden in ein Schaumbad der Anerkennung getunkt; im Gegenzug sollen sie abseits der politischen Debatte ihre Rolle wahrnehmen und Leistungen kompensieren, die der „Staat“ nicht mehr zahlen will. Sie sollen Defizite ausgleichen, die nicht nur von Migrations-Experten und Pflege-Insidern als hausgemacht eingeschätzt werden.

Die „verratene Generation“ toleriert den Verrat

Dabei sind die Kennziffern der strapazierten Haushalte allen bekannt: Ein Schuldenberg von zwei Billionen Euro, jeder vierte Steuer-Euro wird von Zinsen verschlungen und allein die Mütterrente schlägt mit 6,6 Milliarden Euro jährlich zu Buche. Wie sich die Rente mit 63 Jahren am Ende auf die ramponierten Haushalte auswirken wird, ist noch nicht genau zu beziffern. Klar ist aber schon heute, dass die Jüngeren mehr in die Rentenkassen zahlen müssen, um am Ende (jenseits von 63 Jahren) weniger zu bekommen. Die Autorinnen Christina Bylow und Kristina Vaillant haben jüngst in ihrem Buch „Die verratene Generation“ kalt nachgerechnet und für die Generation der Baby-Boomer (Frauen der Jahrgänge '58 – '68) eine schockierende Prognose präsentiert: Diese Generation – Erziehungszeiten, Ausbildung und Berufswechsel einbezogen – kann nach Berechnung der Autorinnen mit einer Rente von 600 Euro rechnen.

Die rückwärtsgewandte Renten-Politik ist absehbar ein langsam wirkendes Vertrauens-Vernichtungsprogramm – nicht nur das Vertrauen in die Tauglichkeit und „Fairness“ der Rentenversicherung mit der Signatur eines verlässlichen Generationenvertrages. Sie treibt auch einen Keil zwischen die Jüngeren und die Älteren.

Kein Thema für die „Zivilgesellschaft“? Aber die „Generation Y“ (Y=Why), das Fundament einer stabilen Zivilgesellschaft, die angeblich alles hinterfragt und nicht nur die digitale Welt für sich erobert hat, scheinen diese Erosionen nicht zu interessieren. Sie will eine harmonische Work-Life-Balance, in der Freunde, Freizeit und Familie Vorrang haben. Die Untersuchungsergebnisse der Personalberatung Kienbaum, die auch als eine leise Auswanderung aus der Leistungsgesellschaft gelesen werden können, haben viele „Personaler“ irritiert. Eine verschärfte Krisenlage und eine zukunftsvergessene Politik werden also mit einer zunehmenden Gleichgültigkeit der Betroffenen und ihrer politischen Repräsentanten beantwortet.

„Eine verschärfte Krisenlage und eine zukunftsvergessene Politik werden mit einer zunehmenden Gleichgültigkeit der Betroffenen und ihrer politischen Repräsentanten beantwortet.“

Heiner Geißlers Credo, dass man in wichtigen Sachen stets Streit anfangen müsse, wird nicht nur im konservativen Milieu nicht mehr gefolgt. Die belgische

Philosophin Chantal Mouffe (70) fordert in ihrem aktuellen Titel „Agonistik“ (Suhrkamp) ebenfalls einen Wettstreit der politischen Akteure um Positionen und Argumente; sie plädiert für weniger Konsens, weil dieser die Nivellierung politischer Unterschiede fördere und schließlich zu Apathie und Entfremdung der Bürger führe. Studien des Kölner Rheingold-Instituts und des Berliner Wissenschaftlers Byung-Chul Han belegen eindrücklich, dass die „ermüdete Gesellschaft“ den Zustand der sogenannten „Zivilgesellschaft“ beschreibt. Dies gilt nicht nur für das Feld der Rentenpolitik, sondern für fast alle Politikfelder, in der die Freiwilligen gebraucht werden.

Mustert man aber das Feld der sogenannten „Engagementpolitik“, muss man bilanzieren, dass Absichtserklärungen, Ankündigungen, Vertröstungen und der Verweis auf „leere Kassen“ den Kommunikationsbetrieb prägen. Garniert mit einer Anerkennungs-Wortwolke, die die strategisch ausgerichtete Politik des Nichtstuns kaschieren und dekorieren soll.

Realitätsblindheit und Politikverachtung zehren die Demokratie aus
Christian Wulff wollte seine Amtszeit als Bundespräsident dem Thema „Zukunft der Demokratie“ widmen. Er sorgte sich vor allem um das „mangelnde Interesse vieler Bürger, sich in den Kommunen zu engagieren.“ Auch das schlechte Image der Politiker motivierte ihn zu sei-

ner ungewöhnlichen programmatischen Schwerpunktsetzung. „Heute begleitet die Politiker viel Häme, viel Spott und viel Misstrauen – mehr als früher.“ Ungewöhnlich klar analysierte er schon vor seinem Fall: „Der Graben zwischen Wählern und Gewählten wird größer“. Vertrauensverlust und Wahlverweigerung gegenüber Politik und Parlament einerseits, Passivität, Beteiligungs-Abstinenz und Desinteresse der Bürger andererseits. Die Kerze der Demokratie brennt also von zwei Seiten und niemand kann – jenseits wohlmeinender Appelle – eine überzeugende Perspektive zur Stabilisierung und Revitalisierung demokratischer Strukturen bieten.



Wunschbaum-Aktion beim Auftakt 2010 © BBE

Zum Lagebild gehört auch, dass Wulffs Entscheidung, die Bedrohung der Demokratie in Deutschland zu „seinem“ Thema zu machen, kaum öffentliche Resonanz fand, unabhängig von seiner kurzen Amtszeit bis Ende 2012. Die Idee für dieses Demokratie-Projekt stammte von der Bertelsmann-Stiftung, die mit hohem Aufwand engagierte Bürger zu Demokratieforen versammelte.

Tausende Bürger wurden eingeladen, ihre politischen Zielvorstellungen in Groß-Kongressen zu bündeln, „Demokratie zu spielen“. Doch auch dieses Großprojekt versandete. Die etablierte Politik spürt offenbar, dass die Abkopplung von Bürgern und Regierenden eine gefährliche Intensität erreicht hat. Mit der Diagnose dieses heiklen Zustands hat sich flächendeckend Ratlosigkeit in der politischen Klasse verbreitet, Therapie-Ansätze, wie der Demokratie-Sklerose begegnet werden könnte, zeichnen sich jedoch nicht ab. Die Organisationen, die sich dem bürgerschaftlichen Engagement verschrieben haben, müssten hier ansetzen. Ohne die Bereitschaft zum begrenzten Konflikt reagieren Ministeriale, Abgeordnete und Funktionäre jedoch nicht.

„Argumentationsarmut“ oder Diskurs-Verweigerung?

Jürgen Habermas' lebendiges Vermächtnis, „der zwanglose Zwang des besseren Arguments“, hat schon lange keine Konjunktur mehr. Vordergründig

sehen alle Akteure, die einen öffentlichen Diskurs zu wichtigen Fragen pflegen könnten, im Streit um die besseren Argumente keinen Nutzen:

„Die Kerze der Demokratie brennt also von zwei Seiten und niemand kann – jenseits wohlmeinender Appelle – eine überzeugende Perspektive zur Stabilisierung und Revitalisierung demokratischer Strukturen bieten.“

- Wer argumentiert, muss Prioritäten setzen und für seine Position streiten. Daraus erwächst Polarisierung. Das Gros der amtierenden Klasse will aber beruhigenden Konsens und die „sorgenvolle Zufriedenheit“ der Bürger nicht stören.
- Die Medien bevorzugen den rasch wechselnden Empörungsausbruch, der angezettelt und bald wieder von einer neuen Welle abgelöst werden soll. Schon Luhmann analysierte, dass die Medien an Neuigkeiten, nicht aber an Wichtigkeiten interessiert sind.
- Die Bürger vermuten im Streit um Argumente zu oft folgenlose Kulissen-

schieberei und mangelnden Ernst. Das Credo: „Wer seine Meinung sagt, kann etwas ändern“ (Memo auf dem Schreibtisch des VW-Konzernbetriebsratsvorsitzenden) taugt nur für Poesiealben. Die in Deutschland grassierende Debatten-Allergie zum Krisen- und Chancenpotenzial der Zivilgesellschaft darf auch von trimedialen Netzwerken nicht länger verschleppt werden.



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2010 © BBE

Frank Schirmmacher, der nun nach seinem plötzlichen Tod als argumentierende Lichtgestalt und Projektionsfläche für ein Defizit diskursiver Politik gefeiert wird, hat mit seinen Impulsen und Anstößen eine Blaupause für mehr Ar-

gumente im öffentlichen Raum hinterlassen. Schirmmacher wollte den Streit und den Bruch mit Denkmustern. Konfliktbereitschaft war sein Katalysator für herausfordernde Beachtung von verborgenen Themen und Argumentations-Animation für relevante Streitthemen. Er war ein risikobereiter Musterbrecher. In diesem Sinne könnte er auch ein Leitbild für heutige Akteure in der sogenannten „Zivilgesellschaft“ sein, die mehr wollen, als den Zeitpunkt abzuwarten, wann ihre Zeit gekommen ist.

Fazit: „Engagementpolitik“ und die Verwaltung des bürgerschaftlichen Ehrenamtes werden von den Themenverwaltern gern als keimfreie Konsens-Themen verkauft. Dabei handelt es sich in der Praxis um harte Konflikt-Themen. Die Diktion der auf Konservierung angelegten Ministerien entspricht nicht der Lebenswelt der wirklich Engagierten. Gestaltungsfreiräume, echte Beteiligung, Mitwirkung: All das lässt sich nicht verordnen. Es muss erstritten werden.

Prof. Dr. Thomas Leif
© Hoffotografen



ENGAGEMENT ERGREIFEN

ENGAGEMENT GLOBAL unterstützt das entwicklungspolitische Engagement von Einzelnen und von Gruppen, von Kommunen und Organisationen.



**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



0800 188 7 188 gebührenfrei
Infotelefon: Montag bis Freitag von 8 bis 20 Uhr

www.engagement-global.de
www.facebook.com/engagement.global
www.twitter.com/EngGlobal



Die Bedeutung von Kampagnen für die Entwicklung des Engagements

Von Dr. Rudolf Speth

Vergleicht man Stellenwert und Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements vor zwei Jahrzehnten mit heute, zeigt sich klar eine positive Entwicklung. Was davon geht eigentlich auf die Leistung von Kampagnen zurück, welche Entwicklungsfaktoren waren noch im Spiel?

Jede Kommune, die etwas auf sich hält, fördert das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Für viele Unternehmen, Universitäten und Förderinstitutionen ist die Unterstützung des Engagements der Mitarbeiter und Studierenden zur Selbstverständlichkeit geworden. Wer sich heute um ein Stipendium bewirbt, muss zwingend ein dauerhaftes und einschlägiges gesellschaftspolitisches Engagement nachweisen. Dies war früher, vor zwei Jahrzehnten noch nicht so, auch wenn es damals schon das Ehrenamt und vielfältiges Engagement gegeben hat.

Zweifellos, die bundesrepublikanische Gesellschaft ist in den letzten zwei Jahrzehnten liberaler, reicher, bunter und internationaler geworden. Einen wichtigen Baustein in dieser Entwicklung stellt die Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements in vielen gesellschaftlichen Bereichen und auf fast allen politischen Ebenen dar.

Kann man das, was heute an Engagementkultur vorzufinden ist, als das Ergebnis einer Kampagne begreifen?

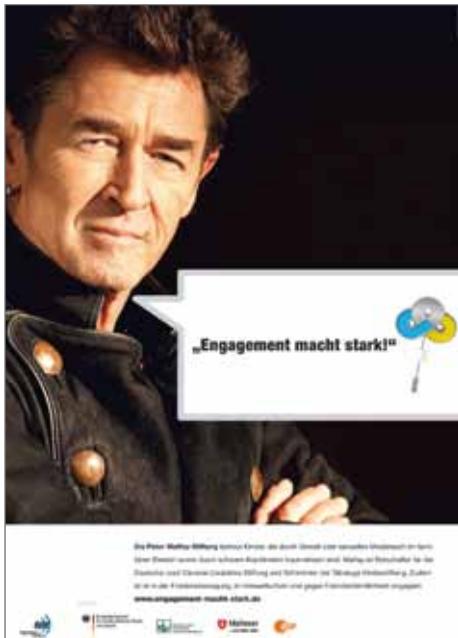
Ein Kennzeichen einer Kampagne sind Kommunikation und das Bemühen, sich auf ein Thema zu konzentrieren. Zunächst ist erst einmal positiv festzustellen, dass die Engagementzahlen beachtlich und die Engagementformen und -gelegenheiten vielfältig sind. Gleichwohl gibt es auch Stimmen, die auf ernstzunehmende Gefahren, auf den stagnierenden Spendenmarkt, die Tendenz der Monetarisierung, auf unsteady Engagement und viele andere Bedenken hinweisen.

„Kann man das, was heute an Engagementkultur vorzufinden ist, als das Ergebnis einer Kampagne begreifen?“

In den letzten 15 Jahren ist es allerdings gelungen, das Themengebiet des Engagements – oder etwas alt-

backen ausgedrückt, des Ehrenamtes – positiv zu besetzen und damit ein Stück weit zu gesellschaftlichen Veränderungen beizutragen. Es ging vor allem darum, Bürgerinnen und Bürgern Mut zu machen, mit anderen für andere unentgeltlich etwas zu tun. Und es ging darum, Politikern und Verantwortlichen in Organisationen klarzumachen, dass die Förderung von Ehrenamt und Engagement unverzichtbar ist und die eigene Attraktivität steigert.

Da viele dieser Dinge eher Angebote waren und nicht im Gewand strenger Vorschriften daher kamen – es geht ja um Freiwilligkeit –, konnte das Ziel nur mit kommunikativen Mitteln (und viel-



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2010 © BBE



Dr. Hermann Kues, seinerzeit parlamentarischer Staatssekretär im Familienministerium, beim Auftakt 2011 © BBE

leicht auch mit ein wenig Geld) erreicht werden. In diesem etwas weiteren Sinne kann man durchaus von einer Kampagne sprechen.

Damit enden die Gemeinsamkeiten aber auch schon. Denn eine Kampagne hat ein Steuerungszentrum, und dies gab es bei der Engagementpolitik sicher nicht. Vielmehr gab es eine Vielzahl von Gruppen, die durchaus unterschiedliche Ziele hatten. Und es ging immer auch um Machtpositionen, um Einflusskanäle und etablierte Beziehungsstrukturen, die niemand ohne Not bereit war, aufzugeben.

Es gab in den letzten 15 Jahren so etwas wie Engagementpolitik. Allerdings muss man die Besonderheiten beachten: Es ging darum, das Verhalten von vielen, ihr Denken und Handeln, und das Selbstverständnis von Organisationen zu verändern. Die autoritativen Mittel des Staates – Steuern, Ge- und Verbote, finanzielle Anreize – standen kaum zur Verfügung. Hier kam den vielen

Gruppen und auch dem Staat eine Tendenz entgegen, die sich auch in vielen anderen Politikbereichen zeigt: Verhalten wird mit Kommunikation beeinflusst. Diese Form der „weichen Steuerung“ arbeitet mit Angeboten, Vorbildern und Best Practices im Gegensatz zu den harten Formen des Rechts.

„Engagement geschieht zu 80 Prozent vor Ort und muss deshalb dort mobilisiert werden.“

Hinzu kommt, dass die Mobilisierung für freiwilliges Engagement von einer Vielzahl von Gruppen und Organisationen betrieben wurde; es war nicht die alleinige und primäre Aufgabe des Staates. In einem föderalen System wie der Bundesrepublik sind es eher die Kommunen, die Landkreise und die Bundesländer, die für die Förderung des Engagements zuständig sind. Engagement geschieht zu 80 Prozent vor Ort und deshalb muss auch dort mobilisiert werden. Der Bund hat hier wenig zu sagen.

Die Engagementpolitik der letzten 15 Jahre setzte nicht an einem Nullpunkt an. Es existierten eine Fülle von mächtigen Organisationen – der Sport, die Kirchen, die Stiftungen, die Gewerk-

schaften, die Wohlfahrtsverbände, der Bereich der Kultur –, die alle eigene Vorstellungen hatten und über viele Mitglieder verfügten, die mit ihren freiwilligen Beiträgen die Organisationen lebendig hielten.

Es gibt heute kaum mehr Kommunen, die keine Engagementförderung betreiben. Auch bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen sind die Forderungen und Wünsche angekommen. Wir erleben heute, wie ein Zyklus der Engagementpolitik zu Ende geht. Einiges ist erreicht worden, vieles ist ein Traum geblieben. Zu bedenken ist auch, dass zivilgesellschaftliche Organisationen auch ökonomische Ziele verfolgen und sich in einer Umwelt zurechtfinden müssen, die sich rasant wandelt. In den letzten 15 Jahren wurde auch deutlich, dass mit freiwilligem Engagement die Welt nicht grundlegend verändert werden kann. Es gibt Grenzen des Engagements und nicht jede Form des Engagements ist auch erwünscht.

Dr. Rudolf Speth
© Bernd Hartung



Das erste deutsche Politikfestival – Politisches Engagement im Wandel

Von Dr. Johannes Bohnen

Mit dem gemeinnützigen Respublica e.V. wurde 2012 von 20 Gründungsmitgliedern der Versuch unternommen, ein neues bürgerschaftliches Engagement zu befeuern und die offensichtliche Beteiligungslücke zwischen Politikern und Bürgern ein Stück zu schließen. Dieser Anspruch, die Auffrischung und Neubelebung unserer Demokratie, lag dem von Respublica initiierten ersten deutschen Politikfestival zugrunde.

Begonnen hatte alles vor knapp zehn Jahren: Eine Handvoll engagierter Bürger fand sich zusammen, um den Aufbau einer neuen Plattform für politische Partizipation anzustoßen. Im Bewusst-

sein um die Fragilität unserer Demokratie und Freiheit sollte dieses neue Format vor allem eins sein: ein Angebot von Bürgern für Bürger. Hauptantrieb war der Wille, der ausgreifenden Poli-



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2008 © BBE

tikverdrossenheit mit neuen Ideen und konkreten Maßnahmen entgegenzutreten – und zwar aus der Mitte der Gesellschaft. Die Grundidee: Indem Bürger sich Methoden und Instrumente aneignen, die normalerweise nur finanzkräftigen Unternehmen und Organisationen zur Verfügung stehen, bringen sie sich endlich auf Augenhöhe mit der Politik. Das Ziel: Durch die Professionalisierung von Engagement bildet sich eine schlagkräftige „Bürger-Lobby“ und damit ein Beitrag zu einer wohlverstandenen Politisierung, die unsere Gesellschaft stärkt. Im Zentrum der Arbeit stehen motivierende Angebote an Bürger, ihre Kompetenz für die öffentlichen Belange – die res publica – einzubringen.

„Hauptantrieb war der Wille, der ausgreifenden Politikverdrossenheit mit neuen Ideen und konkreten Maßnahmen entgegenzutreten.“

Respublica – Politik gelingt

Der Verein versteht sich als Gastgeber und Plattform für alle im öffentlichen Raum engagierten Akteure. Gleichzeitig könnte Respublica in die Rolle eines konstruktiven Partners und „Tempomachers“ für politische Entscheidungsträger hineinwachsen. Die Kluft zwischen

Regierenden und Regierten soll durch neue Formen der Partizipation verringert werden. Dadurch verspricht sich der Verein eine Stärkung unserer repräsentativen Demokratie.

„Politik gelingt“ ist der Claim des Vereins und gleichzeitig sein Versprechen. Wer mit Respublica zusammenarbeitet, soll spannende und begeisterungsfähige Menschen kennenlernen, die kompetent, kreativ und erfolgreich an der Zukunft unserer Demokratie arbeiten. Dieser ambitionierte Anspruch, den Brückenschlag zwischen Politik und engagierter Bürgergesellschaft zu organisieren und partizipatorisches Neuland zu betreten, wurde am 3. und 4. Oktober 2013 mit Leben erfüllt – durch das erste Großprojekt des Vereins, das Politikfestival.

Das Politikfestival – Demokratie feiern und erneuern

Zum Tag der Deutschen Einheit organisierte Respublica – nach skandinavischem Vorbild – das erste deutsche Politikfestival in Paretz bei Berlin. Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten wurden 77 Veranstaltungen mit 150 direkt Beteiligten ausgerichtet. Innovative Formate luden zum „Demokratie feiern“ ein, beispielsweise durch Kabarett, Musik und Slams, sowie zum „Demokratie erneuern“ in Form von intensiven Workshops oder kontroversen Panels. Vor allem mit der Unterstützung der Helga Breuninger- und der BMW-Stiftung, aber auch der Bundeszentrale für politische Bil-

dung (bpb) und des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) wurde eine breite Plattform wichtiger gesellschaftlicher Akteure geschaffen. Das starke Medienecho, die durchweg positive Resonanz der Teilnehmer und die 1.500 Besucher sind Ansporn, das Politikfestival fest in der politischen Kultur unseres Landes zu etablieren.

„Das Politikfestival ist ein Angebot an eine sich professionalisierende Bürgergesellschaft, demokratische Innovationen zu initiieren, also eine „lernende Demokratie“ zu leben.“

Das Politikfestival ist ein Angebot an eine sich professionalisierende Bürgergesellschaft, demokratische Innovationen zu initiieren, also eine „lernende Demokratie“ zu leben. Es ist ein Impulsort, wo die Kommunikation zwischen aktiven Bürgern und politischen Entscheidungsträgern nachhaltig gelingen kann. Besonders erfreulich war, dass bereits bei seiner ersten Durchführung alle etablierten politischen Parteien aktiv nach den von engagierten Bürgern festgelegten Spielregeln des Festivals mitgewirkt haben.

Engagement wirkt – jedoch nicht ohne Anstrengungen

Respublica als gemeinnütziger, unabhängiger und vor allem überparteilicher Gründer und Träger des Politikfestivals hat sein Handeln stets an einer Maxime ausgerichtet: wirkungs- und nicht profitorientiert, praxisnah, flexibel und nicht bürokratisch zu sein. Dieser Ansatz hat die ehrenamtliche Organisation des Großprojektes Politikfestival erst ermöglicht. Es ist deutlich geworden, dass ein solches Konzept, das die Menschen als Bürger und die Politiker als Vertreter und Aktivisten – und nicht Lobby-, Wirtschafts- oder Parteiinteressen – in den Mittelpunkt stellt, Früchte tragen kann. Und es ist hoffentlich auch Motivation für andere, ehrgeizige ehrenamtliche Projekte.

Auf der anderen Seite hat die Organisation des Politikfestivals aber auch gezeigt, dass einem Träger wie Respublica Belastungsgrenzen gesetzt sind, auch wenn die Zahl der operativen Mitglieder mittlerweile auf 30 gewachsen ist. So lässt sich ohne ein gewisses Maß an „Selbstausschöpfung“ der Macher hinter dem Projekt kein umfassender Erfolg erzielen. Ab einer bestimmten Komplexität und Projektgröße ist ehrenamtliches Engagement ohne professionelle Strukturen nicht mehr möglich. Viele ehrenamtliche Projekte scheitern an dieser Realität und auch Respublica musste das anerkennen. Für das nächste Politikfestival ist daher auch der Aufbau einer professionellen Plattform mit sicherer Finanzie-

rung, operativem Team und starken Unterstützern eine absolute Voraussetzung.

Neue Chancen – durch neue Technologien

Diese Hürden sollten jedoch keine Abschreckung sein – im Gegenteil. Mehr Engagement ist nötig und möglich. Insbesondere die modernen Kommunikationstechnologien haben neue Chancen und „Neuland für Engagement“ geschaffen – um an die Worte von Bundeskanzlerin Angela Merkel anzuknüpfen.

Die Neue Züricher Zeitung schrieb vor einigen Jahren treffend, dass „das Internet [...] mehr Wettbewerb und mehr Demokratie [erlaubt]. Mehr Wettbewerb darum, weil es mehr Produzenten gibt. Mehr Demokratie darum, weil alle ihren Einfluss geltend machen können, unabhängig von Herkunft, Kontostand, Beziehungsnetz.“ Die zahlreichen Partizipationsmöglichkeiten des Internets sind dabei ideale Instrumente, Politik und Staat durch neuartig organisierte Mitsprache der Bürger stärker zu legitimieren sowie Politik- und Demokratieverdrossenheit entgegenzuwirken.

Wir sind auf dem Weg, uns mit Hilfe des Internets einen Marktplatz zu schaffen, auf dem wir auf neue, demokratischere Weise unsere gesellschaftlichen Probleme, die immer öfter die nationalen Grenzen überschreiten, besser lösen können. Jetzt kommt es vor allem darauf an, diese Möglichkeiten seriös

und methodisch klug zu nutzen, z.B. durch die Entwicklung von sinnvollen Filtern, die ein Optimum an demokratischer Legitimation und Problemlösung ermöglichen. Zwar werden damit auch vollkommen neue Anforderungen gestellt, doch diese sind, einmal eingeübt, für den Einzelnen durchaus umsetzbar. Online-Engagement hat das Potenzial, politisches Engagement deutlich wirksamer zu machen.

Respublica, als Hybrid für weitere Brückenbauprojekte konzipiert, wird bei entsprechender Finanzierung seine Online-Komponenten konsequent ausbauen. Auch das bislang vor allem analoge Format Politikfestival wird sich entsprechend weiterentwickeln. Wichtig bleibt in jedem Fall die richtige Balance zwischen sich ergänzenden Online- und Offline-Maßnahmen. Denn nur wenn Altes und Neues Hand in Hand wirken und alle Kommunikationskanäle genutzt werden, kann politische Partizipation erfolgreich sein. Respublica mit seiner Flaggschiff-Veranstaltung Politikfestival möchte dazu einen Beitrag leisten.

Dr. Johannes Bohnen
© Dr. Johannes Bohnen



Anzeigenblätter bringen Botschaften des bürgerschaftlichen Engagements zu den Menschen

Von Alexander Lenders

Warum sind die Woche des bürgerschaftlichen Engagements und der Bundesverband Deutscher Anzeigenblätter (BVDA) ideale Kooperationspartner? Die Antwort liegt auf der Hand: Beide bündeln Akteure, die im Lokalen wirken. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement vernetzt mit der jährlichen Aktionswoche tausende Initiativen und Projekte, die sich vor Ort engagieren. Der BVDA vertritt mehr als 200 Anzeigenblattverlage in Deutschland – und auch diese wirken im lokalen Bereich.

Welche Rolle spielen Anzeigenblätter als sublokale Informationsmedien? Ist es für gemeinnützige Initiativen und Organisationen sinnvoll, mit dieser Mediengattung zu arbeiten? Welche Zielgruppen lassen sich damit erreichen? Für die Beantwortung dieser Fragen können Marktforschungsergebnisse stichhaltige Argumente liefern. Der BVDA veröffentlichte im März 2014 seine Studie „Anzeigenblatt Qualität 2013/2014“. Dort wurde gefragt, wer Anzeigenblätter liest – und warum.

eindruckender Wert, doch für gemeinnützige Organisationen und Initiativen, die Mitstreiter vor Ort suchen und ihre Themen bekannt machen wollen, reicht die bloße Zahl noch nicht. Sie brauchen für ihre Botschaften nicht nur möglichst viele Empfänger, sondern auch eine Zielgruppe, die an lokalen und regionalen Themen interessiert ist. Genau das trifft für die Leser von Anzeigenblättern ganz besonders zu. Während sich 78 Prozent der deutschsprachigen Gesamtbevölkerung ab 14 Jahren für Lokalberichterstattung interessieren, liegt dieser Wert unter den Lesern von Anzeigenblättern sogar bei 84 Prozent. Auf die Frage, warum diese Menschen ihr Anzeigenblatt lesen, steht ganz oben auf der Liste der Gründe mit 93 Prozent die lokale Berichterstattung. Hiervon können insbesondere solche Initiativen profitieren, die sich konkret vor Ort engagieren – für die Nachbarschaftshilfe, das städtische Tierheim, für den Erhalt kultureller

„47 Millionen Menschen in Deutschland lesen Anzeigenblätter.“

47 Millionen Menschen in Deutschland lesen Anzeigenblätter.¹ Das ist ein be-



Cherno Jobatey mit den „Kingz of Kiez“ bei der Auftaktveranstaltung 2012 © BBE

Besonderheiten oder für die Unterstützung sozial benachteiligter Menschen im eigenen Umfeld.

Wer sich mit freiwilligem Engagement und der Forschung zu diesem Thema beschäftigt, erkennt schnell, dass es zwei besonders wichtige Altersgruppen gibt, die gemeinnützige Organisationen für eine Mitgliedschaft gewinnen möchten. Zum einen sehen wir, bedingt durch den demografischen Wandel, eine immer größer werdende Zahl älterer Menschen, die nach dem Ende ihrer Berufstätigkeit den Wunsch haben, sich aktiv für gute Zwecke zu engagieren. Sie möchten ihr Wissen und ihre Erfahrungen weitergeben und einen Teil ihrer gewonnenen freien Zeit für andere investieren. In dieser Altersgruppe erzielt unsere Mediengattung eine besonders hohe Reichweite: In Deutschland lesen 74 Prozent der Menschen über 60 Jahre Anzeigenblätter.

Die zweite, aktuell besonders bedeutende Altersgruppe sind die jungen Menschen. Wer kennt nicht die Sorgen der Organisationen, insbesondere von traditionellen Vereinen wie den Freiwilligen Feuerwehren, über fehlende Nachwuchskräfte? Jungen Frauen und Männern Möglichkeiten zu zeigen, wie und wo sie sich konkret ins gesellschaftliche Leben einbringen können, ist auch eine Aufgabe der Medien. In der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen liest jeder Zweite Anzeigenblätter.

„Jungen Frauen und Männern Möglichkeiten zu zeigen, wie und wo sie sich konkret ins gesellschaftliche Leben einbringen können, ist auch eine Aufgabe der Medien.“

Dieser Wert ist zwar niedriger als bei der älteren Generation, jedoch angesichts des stark online-orientierten Mediennutzungsverhaltens der jungen Altersgruppe immer noch äußerst überzeugend. Zudem sehen wir in der Studie, dass fast zwei Drittel der Menschen, die das Internet sowohl beruflich als auch privat nutzen, auch Anzeigenblätter lesen – print und online

schließen sich also nicht gegenseitig aus, sondern werden durchaus parallel genutzt.

Die Ergebnisse der Studie „Anzeigenblatt Qualität“ zeigen, dass lokale Initiativen über Berichte und Anzeigen in Wochenblättern alle Altersgruppen erreichen können – auf dem Land und auch in der Stadt. Während sich in Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern 55 Prozent der Menschen über Anzeigenblätter informieren, tun das in kleinen Orten mit bis zu 2.000 Einwohnern sogar fast drei Viertel der Bevölkerung. Und die Wochenblätter werden nicht nur kurz angeschaut, sondern intensiv genutzt: Die Leser verbringen im Durchschnitt fast eine halbe Stunde mit der Lektüre.

Als Präsident des BVDA und engagierter Bürger in meiner Heimatstadt Monschau freue ich mich ganz besonders darüber, dass 59 Prozent der Leser ihr Anzeigenblatt als „ein Sprachrohr für die Menschen in der Region“ ansehen. Das wollen wir auch weiterhin bleiben und gemeinnützige Organisationen vor Ort dabei unterstützen, ihre Botschaften zu den Menschen zu bringen.



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2007 © BBE

Alexander Lenders
© BVDA



¹ Mit „Leser“ sind in diesem Artikel „Leser pro Ausgabe“ gemeint, d.h. die Anzahl der Menschen, die mit einer durchschnittlichen Ausgabe eines Anzeigenblattes erreicht werden.

Online und offline: engagiert mobilisiert!

Von Daniel Montua

Für reale Veränderungen erweisen sich Facebook-Likes und digitale Petitionen allein selten als ausreichend. Die Engagement Global gGmbH stellt mit „Socialbar“, „Engagiert“-Button und dem Twitterprojekt „Engagiert rotiert!“ einige weiterführende Ideen zur Mobilisierung von Freiwilligen per Internet vor.

Engagement entspringt oft aus einer Idee, einer Betroffenheit oder der Motivation, etwas ändern zu wollen. Die Umsetzung ist vielfältig und es gibt viele Formen von Engagement: Sei es der Verkauf von fair gehandelten Produkten auf dem Schulfest – ein Projekt, das Lebensumstände und Zusammenhänge in anderen Ländern vermittelt – oder die Gründung eines eigenen Vereins, der sich für Menschenrechte einsetzt. Unterstützung finden diese unterschiedlichen Initiativen in ihrer Arbeit bei Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen. Die Organisation berät Interessierte und Fachleute und unterstützt Projekte durch konkrete Förderung. Einzelpersonen, Vereine, Stiftungen, Kommunen und Organisationen können sich an Engagement Global wenden, wenn sie sich entwicklungspolitisch oder anderweitig engagieren möchten.

Vom Klick zum Engagement

Es gibt viele Möglichkeiten, sich für die gute Sache einzusetzen – auch im virtuellen Raum. Aufrufe, die auf Facebook gestartet werden, werden durch

„Zwischen dem Klick für die gute Sache und dem aktiven Engagement ist es ein weiter Weg.“

die Community geteilt und erzielen so eine hohe Reichweite. Elektronische Petitionen (E-Petition oder Online-Petition) werden mit einem Klick digital mitgezeichnet und finden häufig auch ihren Weg in die politischen Gremien. Auf der Internetseite des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestags können derzeit ca. 3.000 Petitionen (seit 2008) eingesehen werden. Dennoch, zwischen dem Klick für die gute Sache und dem aktiven Engagement ist es ein weiter Weg. Gerne wird in diesem Zusammenhang auch von „Slackivism“, also unverbindlichem Aktivismus gesprochen. Unicef reagierte auf das Phänomen in einer Anzeigenkampagne mit



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2007 © BBE

dem Text: „Like us on Facebook, and we will vaccinate zero children against polio. We have nothing against likes, but vaccine costs money ...“

Beispiele für digitale Mobilisierung Socialbar

Die Socialbar ist ein Veranstaltungsformat, bei dem die digitale Mobilisierung von Menschen funktioniert – insbesondere deshalb, weil sie mit einer Aktion in der realen Welt verbunden ist. Mit der Socialbar vernetzen sich Interessierte online und offline. Als Lern- und Austauschort zu digitalen Themen begann die Socialbar in Berlin und fin-

det mittlerweile in vielen Städten in Deutschland statt. Regelmäßig treffen sich digital Engagierte, um sich über unterschiedliche Themen auszutauschen. Drei ReferentInnen halten dabei je einen zehnminütigen Vortrag mit anschließendem Austausch. Inhaltlich geht es um Nachhaltigkeit, Kampagnen und Projekte, die kreativ und spannend sind und zum Nachahmen einladen. Engagement Global veranstaltet gemeinsam mit der Deutschen Welle seit vier Jahren die Socialbar in Bonn. Etwa sechs Mal im Jahr wird eingeladen, Referentinnen und Referenten zuzuhören, die beispielsweise von nachhaltigen

Open-Air Festivals berichten oder wie es ist, eine Woche ohne Verpackungsmaterialien auszukommen.

„Als Lern- und Austauschort zu digitalen Themen begann die Socialbar in Berlin und findet mittlerweile in vielen Städten in Deutschland statt.“

Welche Wirkung hat die Socialbar? Engagement Global konnte sich über die Socialbar sehr gut in Bonn vernetzen und darauf aufbauend einige Kooperationen durchführen. Im Laufe der Jahre hat sich ein großer Verteiler mit Interessierten entwickelt, denen zum Beispiel neue Ideen vorgestellt werden können, um sich direkt Feedback einzuholen.

Engagement ist ansteckend

Häufig sind es andere, die einen selbst inspirieren, tätig zu werden. Erzählungen von Projekten und den damit verbundenen Erlebnissen und Erfahrungen von engagierten Menschen wecken das Interesse und motivieren auch andere dazu, sich aktiv einzubringen. Diese Idee hat Engagement Global auch mit der Kampagne „Engagiert!“ umgesetzt. Den „Engagiert!“-Button darf man sich so-

wohl offline als auch online anheften, um zu zeigen: „Ich bin engagiert! Sei Du es doch auch!“ Virtuell gibt es eine freizugängliche Landkarte auf Facebook. Hier können sich Engagierte auf der ganzen Welt eintragen und sich anbieten, für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Geschichten zu Engagement in 140 Zeichen

Seit Juni 2014 stellt Engagement Global in Kooperation mit dem BBE engagierten Menschen den zentralen Twitteraccount @meinEngagement zur Verfügung. Jede Woche wird der Account wie ein Staffeltab weitergereicht. Seit dem Aufruf zur Beteiligung haben sich innerhalb weniger Wochen über 50 Einzelpersonen und Organisationen gemeldet, die mitmachen möchten. Über @meinEngagement werden die unterschiedlichen Perspektiven des Engagements sichtbar. Berichtet wird zum Beispiel vom Pfadfinderlager in den Sommerferien oder von der Weltwärts-Freiwilligen Tiffany Jenkins, die gerade an einem Projekt



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2007 © BBE

zur Verteidigung von Menschenrechten teilnimmt. Ein Tweet von Tiffany Jenkins: „Besuch bei #Menschenrechtsverteidigerin #zara#Alvares, Menschenrechtsaktivistin, nun im Gefängnis wegen fadenscheiniger Anklagen“.

„Die Erfahrung von Engagement Global ist, dass letztlich keine digitale Kampagne ohne direkte Ansprache außerhalb der Netze funktioniert.“

Darüber hinaus unterstützt das Projekt auch Teilnehmende mit wenig Twitter-Erfahrung darin, das Medium einmal auszuprobieren. Hierfür gibt es auf der Aktionsseite www.engagiert-rotiert.de nützliche Tipps.

Erfahrungen in der digitalen Mobilisierung

Welche kommunikativen Maßnahmen zu einer tatsächlichen Mobilisierung von Engagierten führen, ist nur schwer plan- und absehbar. Die Erfahrung von Engagement Global ist, dass letztlich keine digitale Kampagne ohne direkte Ansprache außerhalb der Netze funktioniert. Das flächendeckende Versenden von Pressemitteilungen erreicht in der Regel weniger Effekte als der gezielte Kontakt, zum Beispiel über the-

matische Newsletter. Im Rahmen von Kampagnen sollten zudem Verteiler aufgebaut werden, die zum einen Kontakte abbilden, aber auch Multiplikatoren sichtbar machen, die eine wichtige Rolle spielen. Es gilt: Ausprobieren, entsprechend den Rückmeldungen und Erfahrungen stets flexibel sein und die Kampagne regelmäßig anpassen.

<http://socialbar.de/wiki/Bonn>
https://www.facebook.com/engagement.global/app_208858935914103

Daniel Montua
© Engagement Global



Bürger-Engagement über das Internet: Klicken ist nur der Einstieg

Von Dr. Günter Metzges und Jörg Haas

Anfang 2014 haben Online-Petitionen gegen Markus Lanz und Justin Bieber eine Debatte über den Sinn und Unsinn von Unterschriftensammlungen im Internet ausgelöst. Die meisten Beiträge gehen dabei von einer fragwürdigen These aus. Sie lautet: Online-Petitionen sind für sich politisch unwirksam und werden von Politikern überhört. Dieses Urteil ist politischen Eliten recht - und es ist ungefähr so absurd wie der Vorwurf, ein Schraubenzieher eigne sich nicht dazu, einen Nagel in die Wand zu schlagen.

Online-Petitionen zeigen, dass Bürgerinnen und Bürger längst nicht so politikverdrossen sind wie häufig angenommen. Mit Unterschriften, etwa gegen das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment-Partnership – TTIP), für die Energiewende oder gegen die Zulassung von Genmais durch die Europäische Union, beziehen sie poli-

tisch Stellung. Bürgerinnen und Bürger werden vom reinen Konsumenten politischer Nachrichten zu politischen Beteiligten, zum Citoyen.

Bei Campact ist der Klick auf einen Online-Appell nicht das Ende des Engagements. Im Gegenteil: Er ist für viele Menschen der niedrighschwellige Einstieg, dem weitere Schritte fol-



Gesprächsrunde bei der Auftaktveranstaltung 2013 in Mainz: Sibylle Anhorn, Douglas Graf v. Saurma-Jeltsch, Barbara Hahlweg, Pia Schellhammer MdL, Dr. Thomas Röbbke (v.l.n.r.) © BBE

gen. Über Campact machen sie sich auffindbar als Unterstützer eines Anliegens. Campact vernetzt dessen Unterstützer und bietet ihnen weitere Möglichkeiten, sich politische Wirkung zu verschaffen. Campact recherchiert die Adressaten, entwickelt politische Strategien und bietet den Bürgern die Möglichkeit, ihrem Anliegen durch medienwirksame Aktionen ein größeres Echo zu verleihen.



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2008 © BBE

kern, Fachleuten und Lobbyisten interessiert hatte.

Natürlich gibt es auch die vielen anderen Petitionen und Petitionchen. Sie fallen kaum auf. Und sie finden als reine Klick-Aktionen keine mediale oder politische Resonanz – das Engagement der Unterzeichnenden droht in einem schwarzen Loch zu verschwinden. Der Mausclick ist hier das Ende des politischen Engagements. Solche Petitionen sind belanglos bis schädlich, wenn sie das Engagement der Bürger in wirkungslosen Klicks verpuffen lassen.

Doch selbst bei kleinen Teilnehmerzahlen werden Petitionen interessant, die weiter gehen. Solche, bei denen die Teilnehmer eingeladen werden, die gesammelten Unterschriften gemeinsam auch außerhalb des Internets für Politiker sichtbar zu machen. Dass dies funktioniert, zeigt auch der Erfolg von Campact. Wir vernetzen online bereits über 1,4 Millionen Menschen, von denen viele

„Die Online-Petitionen zu Acta, zur Wasserprivatisierung in der EU oder zum TTIP Freihandelsabkommen mit den USA haben wichtige gesellschaftliche Debatten angestoßen.“

Seriösen Online-Petitionen geht es um politische Beteiligung und Veränderungen, nicht darum, ob man Prominente mag oder nicht. Einigen Online-Appellen ist es gelungen, breite öffentliche Debatten zu entfachen. Die Online-Petitionen zu Acta, zur Wasserprivatisierung in der EU oder zum TTIP Freihandelsabkommen mit den USA sind solche Fälle. Sie haben wichtige gesellschaftliche Debatten über Themen angestoßen, für die sich zuvor nur ein kleiner Kreis von Politi-

mehr tun, als nur einen Online-Appell zu unterzeichnen: Sie nehmen an kreativen Aktionen teil, laden Freunde zu Filmabenden ein, rufen in Abgeordnetenbüros an oder gehen bei Demonstrationen auf die Straße. 25.000 Bürger haben vor der EU-Wahl 6,5 Millionen Türhänger an den Türen ihrer Nachbarn verteilt, um sie über die Positionen der Parteien zum TTIP-Abkommen zu informieren. 40.000 Menschen zeigen durch ein Türschild „Ein Bett für Snowden“, dass sie im Gegensatz zur Bundesregierung bereit wären, den Whistleblower Edward Snowden bei sich aufzunehmen.

Petitionsplattformen und Kampagnenorganisationen sollten vor allem nach zwei Kriterien beurteilt werden: Erstens, ob die Anliegen gut recherchiert sind und nicht einfach nur irgendwelche wilden Behauptungen verbreitet werden. Und zweitens, ob sie die Teilnehmer

dazu ermuntern, sich auch nach der Unterschrift weiter an der politischen Debatte zu beteiligen.

„Wir vernetzen online bereits über 1,4 Millionen Menschen, von denen viele mehr tun, als nur einen Online-Appell zu unterzeichnen.“

Wie jedes Werkzeug können auch Online-Appelle missbraucht werden. Man kann damit auch den digitalen Mob organisieren, der gegen Minderheiten hetzt. Hier braucht es Wachsamkeit und die Bereitschaft, solchen Tendenzen frühzeitig entgegenzutreten. Trotz der



Aktion der Malteser beim Auftakt 2013 in Mainz © BBE

Gefahr des Missbrauchs ist die wachsende Beteiligung an Online-Petitionen eine Gegenbewegung zur allseits beklagten Politikverdrossenheit.

Es ist ein Unterschied, ob Bürgerinnen und Bürger den politischen Debatten nur zuhören oder ob sie selbst Position beziehen und so zu Beteiligten werden. Online-Appelle können unsere Demokratie stärken, wenn sie den Einstiegspunkt und nicht das Ende des Engagements bilden. Sie ermöglichen die Organisation von Bürgerinteressen über das Internet, welche so ein notwendiges Korrektiv zu den einflussreichen Lobbys von Wirtschaftsverbänden bilden. Mit Klicken allein ist es nicht getan, doch es ist immer öfter der Einstieg in ein umfassenderes Bürger-Engagement.



Plakatmotiv zur Aktionswoche 2007 © BBE

Dr. Günter Metzges
© Dr. Günter Metzges



Jörg Haas
© Jörg Haas



*Engagiert
für Inklusion*

Was ist freiwilliges Engagement? Und wie finde ich ein freiwilliges Engagement?

Eine Erklärung in Leichter Sprache, von Britta Habenicht

Herr Müller möchte etwas Gutes für andere Menschen tun.
Weil es ihm Spaß macht.

Herr Müller möchte anderen Menschen helfen.
Er bekommt kein Geld für diese Arbeit.
Aber die Arbeit macht ihm Freude.

Man sagt dazu: **Freiwilliges Engagement**.
Das wird so gesprochen: An-gah-sche-mong.
Ehren-amtliche Arbeit ist das gleiche.

Herr Müller ist ein **Freiwilliger**.
Er **engagiert** sich **freiwillig**.
Das spricht man so: an-gah-schiert.

Freiwillige können viele Dinge machen.

Zum Beispiel:

- Mit Kindern spielen
- Kaffee ausschenken
- Im Alten-Heim vorlesen
- Mit Hunden spazieren gehen
- Bei einem Fest mithelfen
- In einem Park Müll einsammeln
- Für jemanden einkaufen gehen

Freiwillige helfen anderen.

Weil sie Spaß dabei haben.
Freiwillige bekommen kein Geld dafür.
Sie machen das in ihrer Frei-Zeit.
Aber Freiwillige haben Spaß und Freude.
Und sie lernen andere nette Menschen kennen.



Menschen mit Behinderungen können auch Freiwillige werden.

Zum Beispiel:

- Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Menschen mit psychischen Erkrankungen
- Rollstuhl-Fahrer und Rollstuhl-Fahrerinnen



Einschränkungen sind normal

Auch mit Einschränkungen kann man anderen helfen.
Jeder Mensch kann etwas gut.
Auch Menschen mit Behinderung.
Das soll noch viel selbstverständlicher werden.



Manchmal braucht jemand Unterstützung.
Zum Beispiel jemand mit Lernschwierigkeiten.
Wenn man einen Weg erst neu lernen muss.
Mit Bus und Bahn.



Jeder soll helfen können.

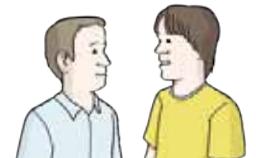
Wenn Menschen mit Behinderungen anderen helfen möchten.
Dann soll das möglich sein.

Freiwilliges Engagement – Ist das was für mich?

Zuerst muss man sich selbst fragen:

- Möchte ich gern anderen helfen?
- Was mache ich gern?
- Was passt zu mir?
- Was mache ich nicht gern?

Darüber können Sie mit Freunden reden.
Oder auch mit einer Assistentin.



Wie finde ich ein freiwilliges Engagement?

Dafür gibt es bestimmte Büros.
Das Büro heißt: **Freiwilligen-Agentur**.

Dort kann man hingehen.
Wenn man ein Freiwilliger werden möchte.
Das Büro hilft bei der Suche.



Die Freiwilligen-Agentur weiß:

- Wo Hilfe gebraucht wird.
Diese Orte heißen: **Einsatz-Orte**.
- Und sie kennt die Freiwilligen.

Die Freiwilligen-Agentur kennt Einsatz-Orte und Freiwillige.
Die Freiwilligen-Agentur bringt beide zusammen.
In der Freiwilligen-Agentur sprechen Sie mit einem Mitarbeiter.
Oder einer Mitarbeiterin.
Der Mitarbeiter beantwortet Ihre Fragen.

Und der Mitarbeiter stellt Ihnen Fragen.
Er hilft Ihnen bei den Antworten.
So finden Sie ein gutes freiwilliges Engagement.
Zusammen suchen sie einen passenden Einsatz-Ort.
Dieses Gespräch heißt auch: **Erst-Gespräch**.



Suchen Sie sich Hilfe

Wenn Sie keine Freiwilligen-Agentur kennen:
Dann bitten Sie jemanden um Hilfe.
Sie können auch bei einer Kirchen-Gemeinde nachfragen.
Dort kennt man bestimmt eine Adresse.



Sie können sich Hilfe holen.

Sie können auch eine Assistentin fragen.
Oder bei Ihrer Arbeit.
Sie müssen nicht alles allein machen.

Hier finden Sie Adressen von Freiwilligen-Agenturen:

Die Adressen stehen zum Beispiel im Internet.
Für das Internet braucht man einen Computer.
Im Internet sind alle Computer miteinander verbunden.
Auf der ganzen Welt.



Freiwilligen-Agenturen in Hamburg:

So heißt die Internet-Seite: www.aktivoli.de
Die Adressen stehen dort bei den Worten:
Engagement finden

Freiwilligen-Agenturen in Deutschland:

So heißt die Internet-Seite: www.bagfa.de
Die Adressen stehen dort bei dem Wort:
Freiwilligen-Agenturen



Vielleicht kann Ihnen jemand dabei helfen.
Vielleicht rufen Sie gleich gemeinsam an.
Sie können auch bei einer Kirchen-Gemeinde fragen.



Viel Spaß bei Ihrem freiwilligen Engagement!

Diakonie 
Deutschland

Britta Habenicht
© Britta Habenicht



Leichte Sprache:
K Produktion
Prüferin: Monika Jaekel

Bilder:
© Lebenshilfe für Menschen
mit geistiger Behinderung
Bremen e.V.

Illustrator: Stefan Albers
Atelier Fleetinsel, 2013.

© Symbol Leichte Sprache:
Inclusion europe

50 JAHRE AKTION MENSCH

Menschen mit Behinderung zu fördern und ihnen Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen – das sind seit einem halben Jahrhundert die Ziele der Aktion Mensch. Wir haben schon viel erreicht, und haben noch viel mehr vor. Nehmen wir uns aber einmal die Zeit, den Blick in die Vergangenheit zu richten. Dazu finden Sie in diesem Heft Bilder, die sicherlich die eine oder andere Erinnerung aus Kindheitstagen hervorrufen werden.

Startschuss – die 60er

Der Contergan-Skandal bewegt die Menschen in Deutschland – 5.000 Babys waren mit Fehlbildungen geboren worden, weil ihre Mütter in der Schwangerschaft das Schlafmittel Contergan genommen haben. Der Moderator Peter Frankenfeld nimmt sich des Themas in seiner Fernsehshow „Vergissmeinnicht“ an, im Anschluss zeigt der Medizin-Journalist Hans Mohl drastische Bilder aus Behinderten-Heimen. Das Konzept geht auf: Die Zuschauer spenden. Das ZDF gründet daraufhin gemeinsam mit den sechs Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege die „Aktion Sorgenkind“.

Beginn der Behindertenförderung – die 70er

1970 unterstützt die Aktion Sorgenkind mit gut 10 Millionen DM Projekte zur „angemessenen Förderung behinderter Kinder in Heimen und Förderschulen“. Das erste Monatslos wird verkauft, einige Jahre später das erste Jahreslos.

Dadurch wachsen die Einnahmen der Lotterie sprunghaft um 60 Prozent. Der Moderator Wim Thoelke trägt mit seinen Sendungen „3x9“ und „Der Große Preis“ sowie den eigens von Loriot entworfenen Figuren Wum und Wendelin das Anliegen der Aktion Sorgenkind in die Wohnzimmer.

Perspektivwechsel – die 80er

Das Bundessozialhilfegesetz definiert das Recht auf Arbeit als Teil des Rechts auf ein menschenwürdiges Leben, unabhängig von der Erwerbsfähigkeit des Einzelnen. Dadurch vollzieht sich ein Perspektivwechsel: Menschen mit Behinderung sind nicht nur „hilfsbedürftig“ und Bittsteller – sie haben klare Rechtsansprüche und können etwas leisten. Seit 1984 fördert die Soziallotterie auch behinderte Menschen, die älter als 35 Jahre sind.

Respekt statt Mitleid – die 90er

Der Gedanke der Teilhabe tritt nun



Ulla Schmidt und Rudi Cerne anlässlich der Auftaktveranstaltung „50 Jahre Aktion Mensch“ am 7. April 2014 © Aktion Mensch e. V.

immer stärker hervor: 1994 wird im Grundgesetz der Passus „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ ergänzt. Die Aktion Sorgenkind bringt das mit dem Slogan „Ich will kein Mitleid. Ich will Respekt“ auf den Punkt. Gleichzeitig baut sie ein Netzwerk aus Verbänden, Vereinen und Initiativen auf, um das Thema Teilhabe aktiv voranzubringen. Mit der Kampagne „Aktion Grundgesetz“ unterstützt sie seit 1997 die Aktivitäten zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai.

Aus „Aktion Sorgenkind“ wird „Aktion Mensch“ – die 2000er

Am 1. März ändert die Aktion Sorgenkind ihren Namen in Aktion Mensch. Der Vereinsname soll nicht länger das Mitleid

und die Behinderung in den Vordergrund stellen, sondern den Menschen an sich – unabhängig von der Behinderung. Ab 2001 bietet die Aktion Mensch ihre Lose auch im Internet an und erreicht im Dezember des gleichen Jahres einen Rekordumsatz von 53 Millionen DM. Die Aktion Mensch fördert die Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung und den Umbau von großen Wohnheimen in kleine Wohngruppen-Einheiten, die ambulant versorgt werden.

Inklusion – die 2010er bisher

Inklusion ist nun das zentrale Thema der Aktion Mensch. Das Ziel: Ein selbstverständliches Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung. Um das zu verwirklichen, unterstützt die Organisation jeden Monat bis zu 1.000 Projekte. Sie ist zur größten privaten Förderorganisation Deutschlands im sozialen Bereich geworden. Seit der Gründung 1964 konnte die Lotterie 3,5 Milliarden Euro an gemeinnützige Vorhaben weitergeben. Botschafter der Aktion Mensch ist der Journalist und Moderator Rudi Cerne.

**Aktion
MENSCH**

Inklusion im Alltag

Von Christina Marx

Inklusion ist seit einiger Zeit in aller Munde. Mit der Ratifizierung der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Jahr 2009 hat die Bundesregierung sich verpflichtet, Inklusion in allen Lebensbereichen umzusetzen. Und tatsächlich sind wir seither schon ein gutes Stück weitergekommen auf unserem Weg zur inklusiven Gesellschaft. Allerdings bedeutet Inklusion keineswegs, eine Minderheit

in eine Mehrheitsgesellschaft aufzunehmen. Im Gegenteil soll jedem und allen die unmittelbare und volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Dafür ist das Ehrenamt eine sehr gute Plattform. Denn dass sich jeder Bürger aktiv einbringen kann, bildet die Grundlage für Solidarität und Chancengleichheit und ist somit ein Grundpfeiler für eine inklusive Gesellschaft.



Die Gründer der „Aktion Sorgenkind“ beisammen: Hans Mohl, Karl Holzamer, erster Intendant des ZDF, und Tom Mutters, Gründer der Lebenshilfe, anlässlich des 80. Geburtstages des ZDF-Intendanten 1986 in Mainz © Aktion Mensch e.V.

Eine aktuelle Umfrage der Aktion Mensch zeigt, dass sich Menschen mit und ohne Behinderung heute schon in vielen Bereichen gleichermaßen ehrenamtlich engagieren, etwa im Engagement für soziale Gerechtigkeit oder auch für Umwelt und Naturschutz. Um Inklusion im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements zu fördern, setzt sich die Aktion Mensch mit ihrer Arbeit dafür ein, dass Menschen mit und ohne Behinderung in der Gesellschaft auf Augenhöhe zusammen leben können. Um Vereinen oder Freiwilligenagenturen, aber auch Menschen mit Behinderung selbst zu zeigen, was im ehrenamtlichen Engagement alles möglich ist, muss noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Wir möchten sogar so weit gehen zu behaupten, dass ohne bürgerschaftliches Engagement echte Inklusion in Deutschland nicht möglich ist. Daher hat die Aktion Mensch eine Freiwilligendatenbank ins Leben gerufen, die mittlerweile mit mehr als 10.000 Angeboten deutschlandweit die größte ihrer Art ist. Ermöglicht wird das durch die Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden und die Vernetzung mit regionalen Freiwilligenagenturen. Menschen mit und ohne Behinderung können hier – im Internet oder per App – ein passendes Umfeld für ihr Engagement finden. Der Wille ist nämlich bei vielen da, auch das hat die Umfrage gezeigt. Was aber

oftmals fehlt, sind Informationen über Möglichkeiten des Engagements. Für alle, die noch nicht sicher sind, in welchem Bereich oder auch mit wie viel Zeiteinsatz sie sich engagieren möchten, gibt es neben der Freiwilligendatenbank den Engagement-O-Mat. Hier kann man durch einen Online-Fragebogen auf der Seite der Aktion Mensch herausfinden, was für ein Engagement-Typ man ist, und bekommt direkt geeignete Angebote. Die neue Datenbank trägt dazu bei, dies zu ermöglichen.

Welche Erwartungen und welche Möglichkeiten mit Inklusion im Bereich bürgerschaftlichen Engagements verbunden sind, wollen wir in den folgenden Beiträgen aufzeigen. Sie werden viele Beispiele dazu finden, wie Inklusion im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements gelingen kann, und wie Menschen mit Behinderung von Engagement-Empfängern selbst zu Engagierten werden. Aber auch am Beispiel von Ehrenamtlichen ohne Behinderung zeigt sich, dass Engagement Brücken zu Menschen mit Behinderung bauen kann und Menschen ohne Behinderung merken, wie sehr diese Begegnung auf Augenhöhe auch sie selbst bereichert.

Wir sind ein ganzes Stück weiter, wenn unsere Gesellschaft erkannt hat, dass Vielfalt ein Zugewinn für das Zusammenleben ist. Diese Erkenntnis kann



Hans Mohl mit geladenen Journalisten bei der Aufnahme der Aktion Sorgenkind-Sendung in Wiesbaden, 1968
© Aktion Mensch e. V.

jedoch nicht von außen kommen; sie muss erlebt werden, beispielsweise im Rahmen des eigenen Engagements.

Wenn die ca. 23 Millionen engagierten Bürger in Deutschland anfangen, Inklusion im Ehrenamt zu leben, wird das unsere Gesellschaft einen Quantensprung nach vorn bringen. Was es dazu braucht, sind veränderte Informationen, veränderte Rahmenbedingungen, gute Projektideen und guter Wille. Lassen Sie uns damit beginnen.

Christina Marx
© Aktion Mensch e. V.



Mit Behinderung selbstbestimmt und engagiert leben

Von Alexander Westheide

Wenn Engagement Engagement ermöglicht, dann ist das für alle Beteiligten eine gute Sache. Der Trierer Rechtsanwalt Andreas Conrad ist schwerst mehrfachbehindert und weiß sich zu helfen. Für das Magazin erzählt er, wie seine Assistenten sein Leben bereichern – und er das ihre.

Der Tag beginnt für Andreas Conrad mit einem guten Frühstück, das er auch gerne mit einem seiner zehn Assistenten teilt. Um selbstbestimmt wohnen und am öffentlichen Leben teilhaben zu können, hat er rund um die Uhr jemanden an seiner Seite. Einer der Assistenten arbeitet in Vollzeit, ein weiterer in Teilzeit, alle anderen sind Studenten auf 400-Euro-Basis. Das sogenannte Arbeitgebermodell versteht Andreas Conrad als Geben und Nehmen: „Zu den meisten der Assistenten pflege ich ein freundschaftliches Verhältnis. Sie haben ja auch ihre Sorgen und Nöte. Und ich finde es gut, wenn wir darüber sprechen können. Viele sagen, man sollte da eine Distanz wahren. Aber das finde ich Quatsch.“ Einer seiner Assistenten arbeitet schon über 20 Jahre bei ihm und ist mittlerweile zum besten Freund geworden.

Seit 2002 arbeitet Andreas Conrad als Anwalt. Meist geht es um Sozial- oder Behindertenrecht, manchmal darum, für jemanden einen Hartz-IV-Bezug zu erstreiten oder einen Zuschuss für

den behindertengerechten Umbau einer Wohnung. Und er hat Erfolg: „Ganz ehrlich? Die allermeisten Fälle habe ich bisher gewonnen“, sagt er und lächelt. Conrad sitzt selbst im Rollstuhl. So braucht er jemanden, der ihn zu Terminen fährt und den einen oder anderen Botengang erledigt. Von außen besehen scheint es ein beschwerlicher Alltag zu sein. Umso mehr erstaunt die positive Energie, die Andreas Conrad ausstrahlt. Eine Energie, die er auch in seine Freizeit einbringt.

„Einer seiner Assistenten arbeitet schon über 20 Jahre bei ihm und ist mittlerweile zum besten Freund geworden.“

Conrad engagiert sich ehrenamtlich im Vorstand des Bundesverbandes für

körper- und mehrfachbehinderte Menschen, im Deutschen Behindertenrat und im Behindertenrat der Stadt Trier. In den Gremien, die regelmäßig tagen, geht es zum Beispiel um Gesetzesentwürfe oder auch um die Frage, wie es mit der Eingliederungshilfe und der Pflegereform weitergehen soll. Wenn Wahlen bevorstehen, stellen Bundesverband und Behindertenrat Prüfsteine für die Politiker auf. Im Behindertenrat der Stadt Trier steht ganz zentral der Öffentliche Personennahverkehr auf der Tagesordnung, der noch immer

nicht an allen Stellen behindertengerecht ist. Aber auch die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum ist immer wieder Thema.

„Conrad engagiert sich ehrenamtlich im Vorstand des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen, im Deutschen Behindertenrat und im Behindertenrat der Stadt Trier.“

Für all diese Themen setzt sich Andreas Conrad ein, mit seinem Verstand und seinem fachlichen Wissen als Anwalt, zum Wohle der Allgemeinheit. „Für dieses Engagement brauche ich natürlich auch meine Assistenten. Ich erkläre ihnen das so, dass sie mir Arme und Beine ersetzen. Aber nicht den Kopf. Das verstehen Menschen ohne Behinderung eigentlich ganz gut“, sagt er.

Seit er sein Studium vor 25 Jahren aufgenommen hat, lebt er nun rund um die Uhr mit Assistenten. Lange Zeit funktionierte das in einem sogenannten ambulanten Modell: Der Verein Club Aktiv e.V. in Trier schickte ihm die Assistenten, koordinierte die Dienstpläne und verwaltete die Kosten. „Das hat immer



Mädchen mit Contergan-Schädigung, Annastift Hannover 1968 © Aktion Mensch e.V.

gut geklappt. Der Nachteil für mich war, dass die Assistenten mich nach diesem Modell nicht unterstützen konnten, wenn ich mal ins Krankenhaus musste oder nachher in der Reha war. Daher habe ich vor vier Jahren zum sogenannten Arbeitgebermodell gewechselt.“

Nun ist er der Chef. Er stellt die Assistenten ein, bezahlt sie und führt die anfallenden Abgaben ab. „Und ich habe mich sehr darüber gefreut, dass damals alle Assistenten ohne Ausnahme bei mir geblieben sind. Da bin ich auch ein bisschen stolz drauf. So schlecht kann's ja dann bei mir nicht sein“, sagt Conrad verschmitzt. Für die Buchhaltung steht ihm eine Casemanagerin zur Verfügung, die er ebenfalls aus seinem Budget bezahlt. Sie ist bei einem Verein für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe angestellt und unterstützt Andreas Conrad bei Bedarf zum Beispiel bei der Kostenplanung, der Personalsuche oder der Dienstorganisation. Die Finanzierung der Assistenten läuft in beiden Modellen über die Sozialhilfe. Wenn jeder auf die Bedürfnisse der anderen Rücksicht nimmt, gibt es keinen Grund für tiefergehende Konflikte. Und es gibt auch ausgesprochen nette Dinge, die Conrad mit seinen Assistenten erlebt. Er ist nämlich ein großer Fußballfan, reist mit dem Fanclub von Bayern München zu etlichen Spielen und hat eine Dauerkarte beim 1. FC Kaiserslautern. Das DFB-Pokalfinale ist seit 25 Jahren ein Muss, und

wenn WM oder EM in Deutschland oder England sind, versucht er auch dort das eine oder andere Ticket zu ergattern. Soziale Begleiter bekommen Freikarten, den Rest bezahlt er seinen Assistenten. Ganz nach seinem Motto: Geben und Nehmen.

„Meine Kindheit war toll und eigentlich habe ich auch jetzt das perfekte Leben.“

Bald wird Andreas Conrad 50 Jahre alt. Und wenn er zurückschaut, ist er sehr zufrieden mit seinem Leben. „Meine Kindheit war toll und eigentlich habe ich auch jetzt das perfekte Leben. Ich hatte immer das Glück zu wissen, wie ich etwas erreichen konnte. Natürlich wäre es noch toller ohne die Behinderung, aber ändern möchte ich nichts.“

Alexander Westheide
© Aktion Mensch e.V.



Behinderte Menschen mitten ins Leben!

Die Vorbereitungen für ein Bundesteilhabegesetz laufen auf Hochtouren

Interview mit Ottmar Miles-Paul

Die Vereinten Nationen haben 2006 mit dem „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ den Grundstein für etwas gelegt, das seither nicht so recht in Schwung gekommen ist: Zwar wird von Inklusion viel gesprochen, die meisten Menschen haben dabei aber eher Kindergärten und Schulen im Sinn als die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung ins alltägliche Leben.

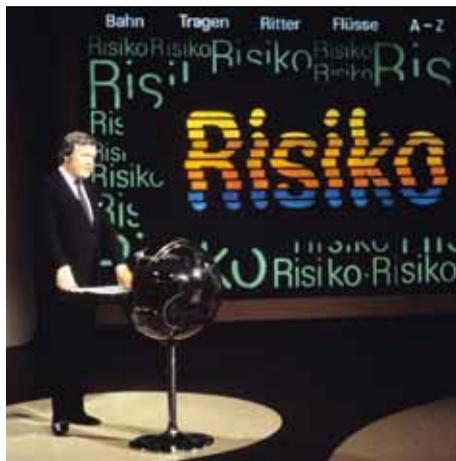
Das Bundesteilhabegesetz soll nun einer der wichtigsten Bausteine werden, um den Anspruch auf Inklusion auch im Bundesrecht zu verankern. Ottmar Miles-Paul hat dazu beigetragen, dass der Bundesregierung mittlerweile ein von behinderten Juristinnen und Juristen entwickelter erster Gesetzentwurf vorliegt.

Ottmar Miles-Paul arbeitet als freier Publizist in Kassel und engagiert sich seit mehr als 25 Jahren in der Behindertenbewegung. Der 50-Jährige ist selbst seh- und hörbehindert. Einige Jahre lang war er Behindertenbeauftragter in Rheinland-Pfalz und koordiniert seither die Kampagne für ein Bundesteilhabegesetz.

Welche zentralen Punkte umfasst das Bundesteilhabegesetz?

Ottmar Miles-Paul: Ganz wichtig ist allen Beteiligten, dass Menschen mit Behinderung nicht länger in so hohem Maße auf Leistungen des Sozialamtes

angewiesen sind. Viele brauchen Unterstützung im Alltag, für deren Finanzierung ihr Einkommen und Vermögen angerechnet wird. Das reicht von einer Assistenz bei einzelnen Terminen oder Ausflügen bis hin zu einer 24-Stunden-Unterstützung. Ein Mensch mit Behinderung, der im privaten Kontext Hilfen in Anspruch nimmt – beispielsweise um ein Ehrenamt auszuüben – darf nie mehr als 2.600 Euro auf dem Konto ha-



Wim Thoeke vor der bekannten Multivisionwand in der Sendung „Der Große Preis“ © Aktion Mensch e.V.

ben; wenn er einen Partner hat, dürfen beide zusammen höchstens 3.214 Euro haben. Sonst werden die Hilfen nicht finanziert bzw. mit dem vorhandenen Vermögen verrechnet. Mit dem Effekt, dass es sich für viele behinderte Menschen nicht lohnt, arbeiten zu gehen.

Die Arbeitsgruppe, die der Regierung nun einen ersten Gesetzesentwurf vorgelegt hat, fordert daher, dass die Unterstützung aus der Sozialhilfe herausgelöst wird. Sie muss unabhängig von Einkommen und Vermögen sein. So können wir verhindern, dass sich behinderte Menschen immer wieder als Bittsteller schämen müssen.

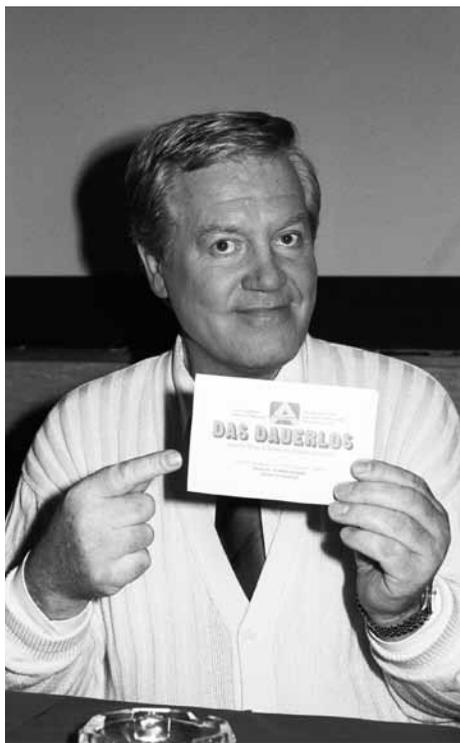
„Ein Mensch mit Behinderung, der im privaten Kontext Hilfen in Anspruch nimmt – beispielsweise um ein Ehrenamt auszuüben – darf nie mehr als 2.600 Euro auf dem Konto haben.“

Wenn zum Beispiel die ca. 300.000 Menschen mit Behinderung, die für durchschnittlich 180 Euro pro Monat in Werkstätten für behinderte Menschen arbeiten, zumindest zum großen Teil in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden könnten, wäre schon viel ge-

wonnen. Wo Unterstützung gebraucht wird, könnte der Staat einen Zuschuss an den Arbeitgeber zahlen. So kann Inklusion auf dem Arbeitsmarkt funktionieren. Teilhabe darf aber nicht auf das Arbeitsleben beschränkt bleiben. Auch für privates Engagement sollten behinderte Menschen die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Insgesamt geht es darum, dass sie nicht jede Kleinigkeit einzeln beim Sozialamt beantragen müssen. Statt vieler Einzelbewilligungen – oder auch Ablehnungen – sollte es einen monatlichen Nachteilsausgleich in Form eines Bundesteilhabegeldes geben. Für Seh- und Hörbehinderte gibt es das in einzelnen Bundesländern schon. Wichtig ist hier eine einheitliche Regelung.

Sehen Sie bei den Möglichkeiten zur Teilhabe auch Grenzen?

Ottmar Miles-Paul: Ehrlich gesagt kaum. Wenn wir unseren Blickwinkel weg von einer Leistungsgesellschaft und hin zu mehr Miteinander wenden, ist vieles möglich. Warum sollte jemand, der wegen einer körperlichen Beeinträchtigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen arbeitet, nicht in der Telefonzentrale einer Firma gut arbeiten können? Und warum sollte eine Frau mit hohem Unterstützungsbedarf nicht in einer Kindertagesstätte helfen? Sie wird sicher anders mit den Kindern umgehen und spielen als Erzieherinnen und Erzieher ohne Behinderung. Aber



Wim Thielke mit einem Dauerlos der Aktion Sorgenkind © Aktion Mensch e.V.

davon könnten alle profitieren. Voraussetzung ist natürlich, dass die Gebäude barrierefrei sind. Aber in dieser Hinsicht hat sich ja schon viel getan. Jetzt ist wichtig, dass wir das Neue denken und tun.

Das Bundesteilhabegesetz soll es Menschen mit Behinderung aber auch ermöglichen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Jeder Dritte in Deutschland hat ein Ehrenamt. Das erweitert nicht nur den persönlichen Horizont, sondern

bringt dem Engagierten auch Freude, Freunde und Anerkennung. Mehr Teilhabe für behinderte Menschen hieße, dass sie ganz selbstverständlich Zugang zu Ehrenämtern suchen – und auch bekommen. Sei es nun, dass ein tierliebender Mensch Hunde im Tierheim ausführt, dass jemand im Altenheim vorliest oder beim Motorradgottesdienst den Verkehrsfluss lenkt. Da kann und sollten die Teilhabe, sprich die Möglichkeiten zum Engagement, noch selbstverständlicher werden.

Wie soll das Bundesteilhabegeld für Menschen mit Behinderung finanziert werden?

Ottmar Miles-Paul: Im Rahmen des Fiskalpakts haben Bund und Länder im Juni 2012 verabredet, in der 18. Legislaturperiode ein neues Bundesteilhabegesetz zu erarbeiten und in Kraft zu setzen. In diesem Zusammenhang hat die Große Koalition schon zugesagt, dass der Bund die Kosten für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, insgesamt bis zu fünf Milliarden Euro, von den Kommunen übernehmen wird. Wenn nun ein Teil des frei werdenden Geldes für den Ausbau der Teilhabe von Menschen mit Behinderung verwendet würde, wären wir schon einen großen Schritt weiter. Die politische Debatte über die Einzelheiten der Finanzierung geht aber auf Bundes- und Länderebene

gerade erst los. Bis es hier zu einem Ergebnis kommt, kann es noch etwas dauern.

Teilhabe und Inklusion liegen nahe beieinander. Wie sollte das im täglichen Leben aussehen?

Ottmar Miles-Paul: Wir müssen in erster Linie Barrieren abbauen. Räumliche, aber auch die Barrieren in den Köpfen. Warum nehmen Vereine nicht einmal Kontakt zu umliegenden Selbsthilfeorganisationen und Einrichtungen der Behindertenhilfe auf und fragen, ob es Interesse an einer Mitgliedschaft oder einer Zusammenarbeit gibt? Das sollte natürlich auch umgekehrt passieren. Nachbarschaften sollten wieder lebendiger werden: Wenn nebenan alte oder behinderte Menschen wohnen, sollte man beim nächsten Einkauf einfach mal nachfragen, ob man etwas mitbringen kann.

Ausflüge könnten so geplant werden, dass sie auch für Menschen mit Behinderung geeignet sind. Es gibt immer mehr barrierefreie Wohnungen. Was fehlt, sind Vermieter, die diese auch explizit an Menschen mit Behinderung vermieten. Und ich könnte noch viele weitere Beispiele aufzählen.

Wir sollten im Sinn haben, dass die Definition „behindert“ sich auch immer nach dem richtet, was die Gesellschaft erwar-

tet. Eine individuelle Beeinträchtigung wird erst durch die „Umwelt“, die oft Barrieren aufweist, zur „Behinderung“.

„Warum nehmen Vereine nicht einmal Kontakt zu umliegenden Selbsthilfeorganisationen und Einrichtungen der Behindertenhilfe auf und fragen, ob es Interesse an einer Mitgliedschaft oder einer Zusammenarbeit gibt?“

Ein Entwurf für ein Bundesteilhabegesetz liegt der Bundesregierung mittlerweile vor. Was sind die nächsten Schritte?

Ottmar Miles-Paul: Unser Gesetzentwurf wird jetzt auf Bundes- und Länderebene diskutiert. Die Bundesregierung wird hoffentlich darauf aufbauend bald einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen. Dabei ist es ganz wichtig, dass wir weiter zu sehen und zu hören sind, und in unseren Forderungen nicht nachlassen. Jeder, der sich engagieren möchte, ist herzlich eingeladen und kann uns über unsere Homepage (www.teilhabe-gesetz.org) erreichen. Der offizielle Gesetzentwurf der Bundesregierung soll



Die Sendung „Der Große Preis“ mit Wim Thelke © Aktion Mensch e.V.

Mitte nächsten Jahres fertig sein und dann im Sommer 2016 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden.

Weitere Informationen zum Thema:
www.teilhabeGesetz.org
www.behindertenkongvention.info

Herr Miles-Paul, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Marion Theisen.

Marion Theisen
© Marion Theisen



Ottmar Miles-Paul
© Ottmar Miles-Paul



Ein Projekt der Diakonie Hamburg macht Schule: „Selbstverständlich Freiwillig“

Von Carolina Bontá

Menschen mit Behinderung wollen sich engagieren; und tatsächlich ist das gar nicht so schwierig. In Hamburg schlägt die Diakonie mit ihrem Projekt „Selbstverständlich Freiwillig“ schon seit vier Jahren Brücken – und gibt ihre Erfahrungen gern an andere weiter.

Wenn im Sommer etwa 30.000 Motorradfahrer zum Motorradgottesdienst nach Hamburg strömen, ist das für den 38-jährigen Thore Uphues der Höhepunkt des Jahres. Dreimal war er schon als Helfer dabei, zum Spenden sammeln. Ohne seine Assistentin wäre das für ihn anfangs schwer gewesen, denn er hat eine Lernbehinderung.

„Früher war es für mich schwierig, fremde Leute anzusprechen. Aber mittlerweile geht das gut. Die sind alle sehr nett. Letztes Jahr war eine 80-jährige Dame da, die hat von mir ganz viele Anstecker gekauft und gespendet. Mir gibt das ein gutes Gefühl, gebraucht zu werden“, sagt Thore Uphues. Und auch seine Assistentin Daniela Maro-



Peter Frankenfeld erklärt die Lotterie-Spielregeln © Aktion Mensch e.V.

to genießt die gemeinsamen Aktionen beim Motorradgottesdienst und freut sich über Uphues' tolle Fortschritte: „Thore braucht mich eigentlich gar nicht mehr, aber es macht mir Spaß, mit ihm dort zu sein.“ Sie hatte ihm vorgeschlagen, auch bei der Organisation eines Straßenfestes zu helfen. Das hat ihm aber nicht so viel Spaß gemacht und so blieb es bei diesem einen Mal.

Damit ehrenamtliche Mitarbeiter und ihre möglichen Einsatzorte zueinander finden, hat „Selbstverständlich Freiwillig“ in Hamburg mittlerweile viele verschiedene Möglichkeiten geschaffen: Info-Veranstaltungen für Menschen mit Behinderung auch in Leichter Sprache, Vorträge für Mitarbeiter der Behindertenhilfe und Workshops. Sehr wichtig war auch die Sensibilisierung der Freiwilligenagenturen. Den Mitarbeitern dort haben die Projektmitarbeiter in Fortbildungen, Beratungsangeboten und persönlichen Gesprächen deutlich gemacht, wie viel in Sachen Engagement auch für Menschen mit Behinderung möglich ist. Aktion Mensch hat das Projekt von 2010 bis 2013 gefördert, bis 2015 kommen die Gelder aus der Kollekte der Evangelischen Kirche Deutschlands. Danach soll „Selbstverständlich Freiwillig“ zum Selbstläufer werden.

Ziel der Macher ist es, sich selbst überflüssig zu machen. „Wir wollen keine neuen Strukturen aufbauen, sondern die bestehenden, gut funktionierenden

Strukturen in Hamburg zum Thema Inklusion beraten und qualifizieren. Wenn das getan ist, ist auch die Arbeit des Projekts getan“, sagt Britta Habenicht, Mitarbeiterin des Diakonischen Werks Hamburg und dort Leiterin des Projekts „Selbstverständlich Freiwillig“.

„Mitarbeitende in Freiwilligen-Agenturen benötigen für die Vermittlung von Menschen mit Behinderung zusätzliches Know-how.“

Interessiert sich jemand für ein freiwilliges Engagement, sind Freiwilligen-Agenturen die richtigen Anlaufstellen. Es gilt, für jeden Einzelnen die passende Einsatzstelle zu finden. „Warum sollte das für Menschen mit Behinderung anders sein?“, fragt Britta Habenicht. So wie alle Menschen haben auch sie individuelle Interessen, Fähigkeiten, Beschränkungen und Wünsche. Mitarbeitende in Freiwilligen-Agenturen benötigen aber für die Vermittlung von Menschen mit Behinderung ein bisschen zusätzliches Know-how. Das versucht das Projekt „Selbstverständlich Freiwillig“ den Freiwilligen-Agenturen in Form von Beratungsangeboten und Fortbildungen zur Verfügung zu stellen. Ein Stammtisch, der alle zwei Mona-



Der beliebte Schauspieler und Sänger Peter Frankenfild hatte die Idee für eine neue Spielshow, die sich an den 1962 eingeführten vierstelligen Postleitzahlen orientierte © Aktion Mensch e.V.

te stattfindet, bietet engagierten Menschen mit Behinderung eine Möglichkeit zum Austausch. Hier sprechen sie über ihre Erfahrungen, den Spaß, aber auch die Schwierigkeiten im Engagement. Ab und zu helfen Rollenspiele, Situationen beim nächsten Mal besser zu meistern, so Britta Habenicht.

Es kann natürlich auch mal sein, dass Freiwilliger und Einsatzort nicht zueinander passen. Tobias Pace zum Beispiel – 25 Jahre alt und blind – hatte eine Zeitlang im Altenheim aus Blindenbüchern vorgelesen. Zuerst hat ihn ein Mitarbeiter des Heims von der U-Bahn

abgeholt und nachher wieder zurückgebracht; das war plötzlich nicht mehr möglich. Daniela Maroto, die auch ihn unterstützt, ist daraufhin noch einmal mit ihm zur Freiwilligen-Agentur gegangen. „Jetzt mache ich mit beim Kulturschlüssel für Hamburg“, sagt Tobias Pace und strahlt. Es geht darum, bei Theatern und Museen dafür zu werben, dass sie für jeweils fünf Menschen mit Behinderung und ihre Begleiter kostenlose Karten zur Verfügung stellen. Gleichzeitig berät die Projektgruppe „Kulturschlüssel Hamburg“ die Veranstalter in Sachen Barrierefreiheit. Auch andere Städte sollen das Hamburger Kulturschlüssel-Projekt nachmachen können. In Saarbrücken gibt es so ein Angebot schon, Kiel will bald nachziehen, so Pace. „Der soziale Austausch, auch mit Leuten aus anderen Städten, tut sehr gut. Man kann sich mal wieder so richtig unterhalten. Toll, dass es so was gibt.“

Engagement bietet Menschen die Chance, Gesellschaft mitzugestalten und selber Verantwortung zu übernehmen. Gerade für Menschen mit Behinderung ist das ein interessanter Aspekt. Werden sie ansonsten häufig auf ihre „Nehmerrolle“ reduziert, bekommen sie im Engagement die Möglichkeit, zu „Gebenden“ zu werden. Das bedeutet auch gesellschaftlich einen Perspektivwechsel. Ob nun jemand beim Seniorencafé helfen möchte oder im Tierheim die Hunde ausführt; ob es um Hilfe bei der Kinderbetreuung oder um Unterstützung in der

Altenpflege geht: Gebraucht werden möchte jeder. Und der Austausch mit Gleichgesinnten wirkt sich auf den Alltag aus. „Schwierig ist nach wie vor die Finanzierung der nötigen Assistenz im Engagement“, so Projektleiterin Britta Habenicht. „Damit sich Menschen mit psychischen, geistigen oder körperlichen Behinderungen engagieren können, bedarf es oftmals besonderer Unterstützungsleistungen. Vielleicht muss der Weg zur Einsatzstelle eingeübt werden. Der eine oder andere muss daran erinnert werden, dass er pünktlich erscheinen oder im Krankheitsfall absagen muss. Vielleicht ist auch Hilfe in der Einarbeitungszeit oder eine dauerhafte Assistenz nötig. Diese Unterstützungsleistungen sollten im Rahmen der Eingliederungshilfe als zusätzliche Leistungen zur kulturellen Teilhabe zur Verfügung gestellt werden. Zum Beispiel in Form einer neuen „Engagement-Pauschale“, ähnlich der „Taxi-Pauschale“, fordert Britta Habenicht.“

„Schwierig ist nach wie vor die Finanzierung der nötigen Assistenz im Engagement.“

Damit möglichst viele Städte das Projekt „Selbstverständlich Freiwillig“ nachahmen können, hat die Diakonie

Hamburg einen Praxisleitfaden veröffentlicht, den sie auf Anfrage gern verschickt. Darin beschreiben die Macher, wie sie selbst vorgegangen sind. Es gibt Materialien in Leichter Sprache, Tipps für Mitarbeitende der Behindertenhilfe und Freiwilligen-Agenturen, sowie Anregungen für Workshops und Beratung. Über 700 solcher Leitfäden sind bereits verteilt worden, in Hamburg und bundesweit. Die Pionierarbeit der Diakonie Hamburg soll möglichst vielen Menschen mit Behinderung im ganzen Land ermöglichen, sich aktiv gesellschaftlich zu engagieren.

Der Praxisleitfaden ist als Download zu beziehen oder kann in Papierform angefordert werden unter:

www.selbstverstaendlich-freiwillig.de

Carolina Bontá
© Aktion Mensch e.V.



Mikroförderung von Aktion Mensch

„Noch viel mehr vor“: Engagement braucht Unterstützung

Von Erol Celik

Aktion Mensch unterstützt mit einer unbürokratischen Förderung Initiativen vor Ort. Sie tragen zur Inklusion bei, bauen Brücken zwischen Kulturen oder stärken die individuellen Fähigkeiten von behinderten Menschen oder von Kindern. Mit je bis zu 5.000 Euro wurden so schon viele Projekte ins Laufen gebracht.

An Ideen mangelt es ehrenamtlich Engagierten nicht. Allerdings brauchen sie für Sachmittel, Transporte oder Ähnliches finanzielle Mittel. Genau da springt die Aktion Mensch mit der Förderaktion „Noch viel mehr vor“ ein. „Oft sind es nur kleine Beträge, die eine riesige Welle von Engagement in Gang setzen können“, sagt Friedhelm Peiffer, Bereichsleiter Förderung der Aktion Mensch. „Wir sind sehr froh, dass sich die Möglichkeit dieser Förderung nun herumgesprochen hat, und dass die Engagierten sie so eifrig nutzen. 410 Projekte konnten wir seit dem 1. April 2014 schon fördern.“

„Oft sind es nur kleine Beträge, die eine riesige Welle von Engagement in Gang setzen können“, sagt Friedhelm Peiffer, Bereichsleiter Förderung der Aktion Mensch.“

Ein paar Voraussetzungen sind zu beachten: Der Antragsteller sollte eine freigeinnützige Organisation sein und sich mit seinen Projekten unmittelbar für Inklusion – das heißt für das selbstverständliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung – engagieren. Im Antrag, den man online stellen kann, muss das Projekt inhaltlich beschrieben werden. Eine Voraussetzung für eine Bewilligung ist, dass das Projekt insgesamt nicht länger als ein Jahr laufen darf. Die folgenden Beispiele machen deutlich, wie vielfältig die bisher geförderten Projekte sind:

Gemeinsam auf der Matte – Schüler und Erwachsene mit und ohne Behinderung erleben Inklusion beim Judo

Als ehrenamtlicher Judolehrer ist Wolfgang Ritter davon überzeugt, dass die Tugenden der Judoka auch im Alltag nützlich sind: Toleranz, Mut und Selbstbewusstsein. Da er beruflich Erzieher an einer integrativen Schule in Neustadt an der Orla (Saale-Orla-Kreis im Osten Thüringens) ist, wollte er diese Werte auch dort in einer gemeinsamen

„Hilfe direkt vor Ort – damit will Aktion Mensch einen direkten Beitrag zu mehr Inklusion in unserer Gesellschaft leisten.“

Hilfe direkt vor Ort – damit will Aktion Mensch einen direkten Beitrag zu mehr Inklusion in unserer Gesellschaft leisten. „In vielen Fällen ergeben sich aus den Anstößen durch die Projekte längerfristige Bindungen zwischen Engagierten und den verschiedensten Einrichtungen“, sagt Friedhelm Peiffer. „So kommt eine Menge in Bewegung. Und wir freuen uns jetzt schon auf viele weitere Ideen, die wir im Rahmen unserer Förderaktion „Noch viel mehr vor“ gerne unterstützen.“

Erol Celik
© Aktion Mensch e.V.



Einfach, schnell und individuell – die Freiwilligendatenbank der Aktion Mensch e.V.

Mit mehr als 14.000 Angeboten ist die Aktion-Mensch-Freiwilligendatenbank die größte und umfangreichste Datenbank für freiwilliges Engagement in Deutschland. Die Möglichkeiten, sich zu engagieren, sind vielfältig: im Kindergarten vorlesen, ein inklusives Umweltprojekt starten, beim Sanitätsdienst mit anpacken oder ältere Menschen beim Behördengang begleiten.

Interessierte können auf der Online-Plattform nach zahlreichen Kriterien selektieren und passende Engagement-Angebote in ihrer Region finden. Wer sich noch nicht sicher ist, wie er sich engagieren möchte, kann seinen individuellen Engagement-Typ mit einem Engagement-O-Mat erstellen und individuelle Präferenzen, Umfang der Verantwortung, Zeitbudget und körperliche Konstitution passgenau definieren.

Weitere Infos sowie Videos und lebensnahe Blogbeiträge finden Sie unter: www.freiwilligendatenbank.de

**Aktion
MENSCH**

Inklusion statt Exklusion – Plädoyer für klare Botschaften

Von Serge Embacher

Auch in deutschen Qualitätszeitungen liest man bisweilen davon, dass Inklusion ein neues „Modethema“ sei. Es gebe diese Sehnsucht Ungleiches gleich machen zu wollen. Da ist er wieder, der alte Vorwurf der Gleichmacherei! Immer schon unpassend, wird er auch diesmal wieder mit Heftigkeit vorgetragen. Die These lautet, dass Menschen nun einmal unterschiedlich seien und daher auch unterschiedlich behandelt werden müssten. Man könne nicht – um nur ein Beispiel zu nehmen – so tun, als gäbe es keine lernbehinderten oder lernverzögerten Kinder und alle unterschiedslos in eine Regelschule stecken. Damit würde man am Ende allen schaden.

Aus solchen Sätzen spricht Widerstand, sich mit dem Thema Inklusion ernsthaft auseinanderzusetzen. Aus solchen Sätzen spricht aber auch der Versuch, eingefahrene gesellschaftliche Strukturen zu zementieren und zu leugnen, dass unsere bunte, vielfältige Moderne per definitionem immer in dynamischer Bewegung ist. Eine dieser Bewegungen geht – ja, auch heute noch (!) – in Richtung einer Überwindung von Ungerechtigkeiten. Denn das ist der wahre Kern der Inklusionsdebatte: Es geht dabei um soziale Gerechtigkeit.

Natürlich kann man den Begriff „Inklusion“ kritisieren. Ähnlich wie früher schon „Integration“ haftet ihm etwas furchtbar Trockenes, Akademisches und Ungefähres an. Er erklärt sich nicht von selbst und wirkt (paradoxe Weise!) ausgrenzend gegenüber Menschen, die sich nicht täglich im Feld des Sozialen bewegen. Doch kann ja daraus nur folgen, genauer zu beschreiben, was mit Inklusion eigentlich gemeint ist: Inklusion drückt eine veränderte Haltung gegenüber Menschen oder Gruppen aus, die aufgrund bestimmter – von ihnen nicht zu verantwortender – Merkmale von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind. Dabei ist es zunächst zweitrangig, ob es sich um Menschen mit Behinderungen, Erwerbslose, Menschen aus Zuwandererfamilien oder Wohnungslose handelt. Am Beispiel der Geschlechterdebatte sieht man, dass es auch nicht entscheidend ist, wie groß die betroffene Gruppe ist. Seit 200 Jahren kämpfen Frauen, die über die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen, um gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und damit für eine inklusive Gesellschaft.

Jede der genannten Gruppen befindet sich in einer besonderen Situation, und daher ist es in der Tat nicht sinnvoll,

Inklusion so zu verstehen, dass man jeden Menschen gleich behandeln sollte. Worauf es vielmehr ankommt, ist eine Blickverschiebung. Wollen wir gesellschaftliche Bedingungen schaffen, die es jedem ermöglichen, sein Leben weitgehend selber in die Hand zu nehmen? Oder wollen wir so weitermachen wie bisher? Die bislang präferierten Alternativen zur inklusiven Gesellschaft bestehen darin, entweder den Einzelnen seinem Schicksal zu überlassen oder ihn zwar fürsorglich zu umhegen, ihn damit aber auch zu entmündigen.

Eine inklusive Gesellschaft wäre dagegen eine Gesellschaft, die „Eingliederungshilfe“ tatsächlich so leistet, dass die Betroffenen die Chance auf ein autonomes Leben haben. Menschen aus Zuwandererfamilien brauchen Bedingungen, die ihnen ein Leben ohne das Stigma der Herkunft ermöglichen; Wohnungslose brauchen die Chance, mit einer neuen Bleibe die Basis für ein Leben in und nicht außerhalb der Gesellschaft führen zu können; Erwerbslose brauchen eine repressionsfreie Arbeitsmarktpolitik, die (wieder) anerkennt, dass Erwerbslosigkeit in aller Regel nicht Schuld des Betroffe-



Anfang der 60er-Jahre bewegte der Contergan-Skandal die Menschen in Deutschland und brachte das Thema Behinderung, das vorher eher versteckt wurde, in die Öffentlichkeit © Aktion Mensch e.V.

nen ist; Menschen mit Behinderungen brauchen – von barrierefreien Städten bis zu einem Bundesteilhabegesetz – geeignete Rahmenbedingungen, um ihr Leben auch für die „Mehrheitsgesellschaft“ sichtbar anders, eben autonom führen zu können.

Das alles wird sehr viel Geld kosten, erfordert aber zunächst ein politisches Umdenken. Wenn wir zentrale Grundwerte unserer Gesellschaft – Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit der Lebensverhältnisse – ernst nehmen wollen, müssen wir uns bewegen. Rechthaberei, ideologische Verhärtungen, sophistische Abhandlungen über angeblich unüberbrückbare Unterschiede helfen uns dabei nicht weiter. Was wir für eine inklusive Gesellschaft brauchen, ist ein anderer Blick auf den Anderen, der – wie wir selbst – einfach nur dazugehören will.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich der folgende Heftschwerpunkt unter dem Motto „Inklusion braucht Engagement – Engagement braucht Inklusion“ mit dem Thema Inklusion. In der Welt des Engagements wirken dieselben Mechanismen wie in anderen Gesellschaftsbereichen. Es gibt viel Engagement für Menschen mit Behinderungen, aber wenig Engagement von Menschen mit Behinderungen. Nach wie vor gibt es Gruppen (sozial Benachteiligte, Menschen aus Zuwandererfamilien und andere), die vom Engagement weitgehend ausge-

schlossen sind. Die Spaltungstendenzen, die unsere Gesellschaft bedrohen, zeigen sich auch in Ehrenamt und Engagement. Vor dem Hintergrund der Überzeugung, dass Inklusion ohne bürgerschaftliches Engagement – also nur mit Hilfe staatlicher Maßnahmen – nicht zu erreichen wäre, aber auch mit Blick auf den Umstand, dass das Engagement selbst nicht frei von Exklusion ist, wollen wir „das Feld“ beleuchten. Die Debatte hat begonnen, und dies ist ein weiterer Beitrag dazu.

Serge Embacher
© David Ausserhofer



Zum Begriff der Inklusion: Eine menschenrechtliche Perspektive

Von Dr. Sandra Reitz

Im alltäglichen Sprachgebrauch ist der Inklusionsbegriff weit davon entfernt, einheitlich definiert zu sein – dies beweisen neue, paradoxe Wortschöpfungen wie „(nicht) inklusionsfähig“. Eine menschenrechtliche Perspektive auf den Begriff kann helfen, Leitlinien für ein gemeinsames Verständnis zu setzen, zu einem Kulturwandel weg von der Defizitorientierung beizutragen und Verantwortlichkeiten zu schärfen.

Menschenrechte stehen allen Menschen gleichermaßen aufgrund ihres Menschseins zu; sie sind unveräußerlich, unteilbar und universell. In erster Linie verpflichten sie die Staaten dazu, Menschenrechte zu achten, also nicht selbst Menschenrechte zu verletzen, sie zu schützen, also auch dafür zu sorgen, dass private Akteure Menschen-

rechte nicht verletzen, und schließlich, diese Rechte durch positive Maßnahmen zu gewährleisten. Zu einer „Kultur der Menschenrechte“, einer möglichst umfassenden Verwirklichung der Menschenrechte, kann es jedoch nur kommen, wenn sich auch Unternehmen, Individuen und Zivilgesellschaft entsprechend engagieren. Dement-



Bis 1985 konnte die Aktion Sorgenkind mehr als eine Milliarde DM für die Förderung zur Verfügung stellen. Der überwiegende Teil der Mittel floss in den Bau, die Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung von Heimen, Wohneinrichtungen, Sondereinrichtungen und Werkstätten. Darüber hinaus wurden Fahrzeuge beschafft, Therapieeinrichtungen, Spiel- und Sportplätze gefördert und Hilfsmittel finanziert. © Aktion Mensch e. V.

sprechend richten sich Aktivitäten der Menschenrechtsbildung sowohl an staatliche wie an private Akteure. Dabei geht es neben der Vermittlung von Wissen über Menschenrechte auch um die Reflexion der Werte, auf denen diese basieren, und um die Handlungsebene: Sowohl „Empowerment“, also das Bewusstsein und die Fähigkeit, sich für die eigenen Menschenrechte einzusetzen, soll gefördert werden, als auch der Einsatz für die Menschenrechte anderer im Sinne von Solidarität.

„Statt einer Defizitorientierung rückt die Wertschätzung von Vielfalt in den Fokus.“

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) von 2006 ist das erste UN-Übereinkommen, in dem der Begriff der Inklusion aufgegriffen wurde. Inhaltlich lässt sich ein Paradigmenwechsel feststellen: Statt eines medizinischen Ansatzes setzt sich eine menschenrechtliche Perspektive durch. Menschen mit Behinderungen werden nicht mehr als Objekte von Fürsorge oder Wohlfahrt gesehen, sondern als Subjekte, denen Teilhabe ermöglicht werden muss. Statt einer Defizitorientierung rückt

die Wertschätzung von Vielfalt in den Fokus, statt um Integration soll es um Inklusion gehen. Um dies erreichen zu können, ist der Abbau von Barrieren, die wirksame Teilhabe behindern, von zentraler Bedeutung.

Natürlich hat dieser Paradigmenwechsel nicht ausschließlich im Vertragstext stattgefunden. Symptomatisch lässt sich der gesellschaftliche Wandel z.B. am früheren Titel der „Aktion Mensch“ festmachen: „Aktion Sorgenkind“ – ein Titel, der in den 1980er-Jahren durch die Behindertenbewegung kritisiert wurde, bis dahin aber weitgehend unhinterfragt gebräuchlich war. Auch der Slogan vieler Selbstorganisationen „Nichts über uns ohne uns“ ist inzwischen geläufig und verdeutlicht, welchen Stellenwert Partizipation hat und wie diese – zu Recht – eingefordert wird.

Die menschenrechtliche Perspektive hilft auch, den Inklusionsbegriff auf einen größeren Personenkreis auszuweiten: Verstanden als allgemeines menschenrechtliches Prinzip ist Inklusion eng verbunden mit dem Diskriminierungsverbot, welches wiederum auch jedem Menschenrecht innewohnt. Inklusion und das Diskriminierungsverbot ergänzen einander. So können weitere wichtige Dimensionen in die Inklusionsdebatte einbezogen werden, etwa: Welche Exklusionsmechanismen, welche Barrieren für wirksame Teilhabe

bestehen für Menschen, die von Armut betroffen sind, welche für Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund, welche für Lesben, Schwule, Inter- oder Transsexuelle? All dies lässt sich mit einem erweiterten, aber menschenrechtlich orientierten Inklusionsverständnis reflektieren und analysieren, um schließlich zu einer Verbesserung der Situation zu kommen.

„Verstanden als allgemeines menschenrechtliches Prinzip ist Inklusion eng verbunden mit dem Diskriminierungsverbot, welches wiederum auch jedem Menschenrecht innewohnt.“

Hilfreich für das Verständnis von Inklusion ist des Weiteren die Abgrenzung zur Integration. Auch wenn die Übergänge fließend sind, schärft eine solche Abgrenzung die Definition von Inklusion. Bei der klassischen Integration – die im Alltagsverständnis häufig mit Assimilation, also Anpassung einer Minderheit an die Mehrheit gleichgesetzt wird – geht es darum, Ausgegrenztes wieder einzuschließen. Eine Gruppe wird in eine andere, größere Gruppe integriert. Dem-

entsprechend gibt es eine „normale“ Gruppe und „die Anderen“. Bei der Inklusion hingegen wird eine solche Zwei-Gruppen-Theorie bewusst abgelehnt. Die Gesamtgruppe wird als heterogen, aber untrennbar betrachtet, es geht um „alle“. Insofern kann es keine „Inklusionsfähigkeit“ geben, über die einzelne verfügen oder auch nicht, sondern es geht um den Abbau von Barrieren, damit sich alle als dazugehörig fühlen können. Exklusion muss vermieden, Strukturen und Mechanismen – nicht die Menschen – müssen angepasst werden.

Aus menschenrechtlicher Perspektive steht Inklusion in engem Verhältnis zu Partizipation. Vereinfacht gesagt: Inklusion bedeutet „Teil-Sein“, Partizipation „Teil-Habe“; die beiden Begriffe bedingen einander. Bei Inklusion geht es um die Akzeptanz des „Soseins“, darum, dass alle selbstverständlich dazu gehören. Dabei sollten auch die Partizipationsmöglichkeiten kritisch und unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten geprüft werden: Bestehen Barrieren für wirksame Partizipation? Handelt es sich um mehr als symbolische oder gar um Scheinpartizipation? Auch Organisationen, die bürgerschaftliches Engagement fördern, sollten sich diesen Fragen kritisch stellen. Hilfreich kann dafür der „Index für Inklusion“ sein, der zu Reflexion und Dialog anregt. Dort wird u.a. gefragt: „Sind Informationen über Angebote und Leistungen der Organisation/ Einrichtung für alle gut zugänglich und ver-

ständig?“; „Wird Inklusion von allen als kontinuierlicher Prozess verstanden?“

Inklusion unter menschenrechtlicher Perspektive ist zugleich Vision und Handlungsorientierung. Eine wirklich inklusive Gesellschaft wird vielleicht nie erreicht, ähnlich wie eine Kultur der Menschenrechte. Trotzdem gibt sie als Leitmotiv eine wichtige, verbindliche Handlungsorientierung.

Dr. Sandra Reitz
© Deutsches Institut
für Menschenrechte



Literatur:

- **Valentin Aichele (2013):**
Inklusion als menschenrechtliches Prinzip: der internationale Diskurs um die UN-Behindertenrechtskonvention. In: ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. 3/2013. S. 28-36.
- **Heiner Bielefeldt (2009):**
Essay No. 5: Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention. Berlin: DIMR.
- **Deutsches Institut für Menschenrechte (2011):**
Online-Handbuch Inklusion als Menschenrecht.
www.inklusion-als-menschenrecht.de
- **Deutsches Institut für Menschenrechte (2012):**
Was ist Inklusion? 16 persönliche Antworten. Berlin: DIMR.
- **„Index für Inklusion“ auf der Website Inklusionspädagogik:**
www.inklusionspaedagogik.de
- **Judy Gummich & Judith Feige (2013):**
Inklusion – ein menschenrechtlicher Auftrag. In: Betrifft Mädchen. 26. Jahrgang, Heft 4. S. 148-154.

Die Exkludierten und die Versprechen der Inklusion

Von Dr. Thorsten Hinz

*„Dann wohnt der Wolf beim Lamm, der Panther liegt beim Böcklein. Kalb und Löwe weiden zusammen, ein kleiner Knabe kann sie hüten. Kuh und Bärin freunden sich an, ihre Jungen liegen beieinander. Der Löwe frisst Stroh wie das Rind“
(Jesaja 11, 6-7 Einheitsübersetzung)*

Zählt man die Empfänger von Pflege- und Eingliederungsleistungen in Deutschland zusammen, kommt man auf über 3 Millionen Menschen, die von Exklusion besonders gefährdet sind. Dr. Hinz von der Caritas fordert Reformen der Behindertenhilfe, um der Exklusionstendenz entgegenzuwirken.

Es gibt viele Menschen, die weltweit unter Diskriminierung, Ausgrenzung und Marginalisierung leiden. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Oft stehen sie in einem engen Zusammenhang von Armut und fehlender Bildung, von Stigmatisierungen, die sich an Zuschreibungen von Geschlecht, Herkunft und Religion festmachen. Im Nachfolgenden soll es in einer knappen Perspektive um die Frage von Menschen mit Behinderung in Deutschland gehen, die aufgrund ihrer Behinderung ausgegrenzt werden. Exklusion ist der Gegenbegriff zum Modewort Inklusion, das nach Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention (in Deutschland seit 2009) das Ideal eines gesellschaftlichen Zusammenlebens skizziert, das zwar propagiert, aber selten gestaltet und entwickelt wird.

„820.000 Empfänger von Leistungen ... 2,25 Millionen pflegebedürftige Menschen ... all diese Menschen gelten als besonders von Exklusion Gefährdete.“

Die Bundesregierung unterscheidet in ihrem 2013 erstmals veröffentlichten „Teilhaberbericht über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigung“¹ zwischen Beeinträchtigung und Behinderung: „Liegt aufgrund von Besonderheiten von Körperfunktionen oder Körperstrukturen eine Einschränkung vor, z.B. beim Sehen, Hören oder Gehen, wird dies als Beeinträchtigung



Von 2005 bis 2014 moderierte Bettina Eistel „Menschen. das magazin“ © Aktion Mensch e.V.

bezeichnet. Erst wenn im Zusammenhang mit dieser Beeinträchtigung Teilhabe und Aktivitäten durch ungünstige Umweltfaktoren dauerhaft eingeschränkt werden, wird von Behinderung ausgegangen.“²

Aufgrund des im Sozialgesetzbuch XII verankerten Kriteriums der „wesentlichen Behinderung“ gibt es in Deutschland ca. 820.000 Empfänger (Durchschnittsalter 43 Jahre) von Leistungen der Eingliederungshilfe. Davon sind ca. 230.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. In stationären Einrichtungen leben rund 530.000 Personen. In ambulanten und sogenannten de-

zentralen Unterstützungsformen sind ca. 290.000 Menschen beheimatet.³ Dazu kommen in Deutschland rund 2,25 Millionen pflegebedürftige Menschen (Durchschnittsalter 82 Jahre), die Pflegeleistungen nach dem Sozialgesetzbuch XI erhalten. Unter den 2,25 Millionen sind 1,4 Millionen Pflegebedürftige, bei denen eine Demenzerkrankung diagnostiziert ist und die auf intensive Assistenz angewiesen sind.⁴ All diese Menschen gelten als besonders von Exklusion Gefährdete. Die Behindertenhilfe steht vor der Herausforderung, Menschen mit Behinderung ein größtmögliches Maß an selbstbestimmter Teilhabe zu ver-

wirklichen. Es ist sicherzustellen, dass Menschen selbst entscheiden können, wo, wie und mit wem sie leben. Dort, wo Menschen permanent auf fremde Hilfe, Pflege und Unterstützung angewiesen sind, ist das nicht immer leicht zu gewährleisten. Gerade in Gemeinschaftswohnformen, wie z.B. Wohnheimen oder Wohngemeinschaften, oder bei Gruppenwohnen kann es immer wieder zu Beschränkungen kommen. Es braucht Wege, wie auch in diesen Kontexten der Forderung von Artikel 19 der UN-BRK entsprochen wird, wonach „Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben.“

Die Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie als ein großer Akteur in der Behindertenhilfe hat hier bereits viel entwickelt. Über ein sogenanntes Umwandlungs- und Dezentralisierungs-

programm, das von der Aktion Mensch e. V. gefördert wurde⁵, konnten bei über 20 Komplexstandorten mehr als 3.000 Menschen aus stationären in dezentrale und ambulante Unterstützungssettings wechseln. Hinzu kommt, dass in den Caritas-Einrichtungen und -Diensten die UN-Behindertenrechtskonvention zur Leitorientierung geworden ist. Das Ideal eines christlichen Menschenbildes verbindet sich hier mit einer menschenrechtlich basierten Sozialarbeit und stellt so sicher, dass Menschen mit Behinderung in ihrer Eigenständigkeit unterstützt und gefördert werden.

„Die strukturelle und soziale Gewalt gegen Menschen mit Behinderung ist in Deutschland ein häufig unterschätztes und nicht thematisiertes Problem.“

Exklusion von Menschen mit Behinderung findet vor allem in der Gesellschaft statt, wo es noch zu wenig Sensibilität für das Anderssein von Menschen gibt, wo Anderssein eher befremdet und nicht als Chance für Vielfalt wahrgenommen wird. Die strukturelle und soziale Gewalt gegen Menschen mit Behinderung ist in Deutschland ein



1995 startete die Kampagne „Ich will kein Mitleid. Ich will Respekt.“, die den Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung auf den Punkt brachte © Aktion Mensch e. V.

häufig unterschätztes und nicht thematisiertes Problem. Daraus speist sich ein Rahmen, der immer wieder zu direkter personaler Gewalt führen kann. Eine 2012 vorgelegte Studie der Universität Bielefeld belegt beispielsweise, dass Mädchen und Frauen mit Behinderung ein zwei- bis dreimal höheres Risiko haben, von Gewalt und Missbrauch getroffen zu werden, als ihre Geschlechtsgenossinnen ohne Behinderung.⁶ Auch die Jugendsprache in Deutschland gibt zu Sorge Anlass, in der das Wort „behindert“ abwertend für jeden gebraucht wird, der von vermeintlichen Normen abweicht. „Behindert“ gilt in der Jugendsprache als ein Schimpfwort; die Gesellschaft hört in der Regel weg.

In der Politik wird derzeit vielfach das Ziel der Inklusion beschworen. Wie aber ein gesellschaftlicher Bewusstseinswandel gestaltet und entwickelt werden kann, ist kaum in Sicht. Das gerade anlaufende Gesetzesverfahren zur Reform der Eingliederungshilfe hat vor allem das Ziel, Fallzahlsteigerungen zu stoppen und die kommunalen Sozialhaushalte zu entlasten. Jegliche inhaltliche Reform soll sich aus dem bestehenden System selbst entwickeln. So kann weder eine Reform gelingen noch eine inklusive Gesellschaft gestaltet werden.

¹ Der Teilhabebericht der Bundesregierung findet sich online unter: <http://www.bmas.de>

² Teilhabebericht, S. 7.

³ Siehe hierzu die Statistiken der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger (BAGüS) unter <http://www.lwl.org> unter anderem der Kennzahlenbericht von 2012. Auch die Statistiken von Destatis unter: <https://www.destatis.de>

⁴ <http://www.bmg.bund.de/pflege/demenz/zukunftswerkstatt-demenz.html>

⁵ Siehe unter: <http://www.aktion-mensch.de/foerderung/foerderprogramme/menschenmit-behinderung/umwandlung.php>

⁶ Siehe die Studie „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in Deutschland“ unter: <http://www.uni-bielefeld.de/IFF/forschung/projekte/gewf/fmb.html>

Dr. Thorsten Hinz
© CBP e. V.



Resozialisierung der Gesellschaft durch Inklusion?

Von Dr. Franz Fink

Bei den Bestrebungen zur Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention geht es nicht einfach nur um eine zusätzliche Leistung zugunsten bestimmter Gruppen. Vielmehr offenbart sich hier die demokratische Qualität unserer Gesellschaft.

In einem demokratischen Rechtsstaat leben Menschen auf der Grundlage eines „Gesellschaftsvertrags“ zusammen, wie Rousseau diese Basis für die Verfassung eines Staates nennt. So können alle Bürgerinnen und Bürger ihre selbstbestimmte Teilhabe verwirklichen und unter demokratischen und fairen Spielregeln ihre Interessen mit denen der anderen ausgleichen, ohne dass es eine Instanz gibt, die absolutistisch bestimmt, was gut und richtig ist. Das ist die Idee! Die politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Strukturen sind daran ausgerichtet (oder sollen es sein). Aber wie das so oft, wenn nicht immer mit Ideen ist – in der Praxis kommen sie nur unzureichend an.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (Behindertenrechtskonvention, BRK) hat dieser Idee der selbstbestimmten Teilhabe und des fairen Interessenausgleichs einen neuen intensiven Anstoß gegeben. Die Vereinten Nationen beabsichtigen mit diesem Übereinkommen „den vollen und

gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern.“ (Art. 1 BRK).

„Der Begriff Inklusion ist eine politische Kategorie.“

Der Begriff „Inklusion“ kommt zwar in der deutschen Übersetzung der BRK nicht vor. Der englische Begriff „inclusion“ wird mit „Einbeziehung“ übersetzt.¹

Betrachtet man aber die Grundsätze des Übereinkommens, nämlich

- die Achtung der Würde des Menschen mit Behinderung, seiner individuellen Autonomie, Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit;
- die Nichtdiskriminierung;

- die volle und wirksame Teilhabe;
- die Achtung und Akzeptanz der Unterschiedlichkeit und Vielfalt;
- die Chancengleichheit;
- die Zugänglichkeit;
- die Gleichberechtigung von Mann und Frau;
- die Achtung vor der Entwicklung von Kindern mit Behinderungen und die Achtung ihres Rechts auf Wahrung ihrer Identität;

dann wird Folgendes deutlich: Der Begriff Inklusion ist eine politische Kategorie. Sie ist eine Aufforderung an alle Bürgerinnen und Bürger und alle politischen Akteure, in unserer Gesellschaft Rahmenbedingungen zu schaffen oder „angemessene Vorkehrungen“

zu treffen, unter denen alle Menschen selbstbestimmt und im fairen Interessenausgleich zusammenleben können. Die Verbesserung der Selbstbestimmung und des chancengerechten Zugangs aller Bürgerinnen und Bürger zu allen materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen und Prozessen unserer Gesellschaft ist das Ziel und gleichzeitig der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Die BRK bezieht sich auf Menschen, die aufgrund ihrer erheblichen Einschränkungen und Funktionsstörungen auf Unterstützung und Nachteilsausgleich angewiesen sind. Dennoch kann der Anspruch der BRK an Staat, Gesellschaft und jeden einzelnen Bürger nicht allein zugunsten ausschließlich einer Gruppe formuliert sein. Das Ziel und



Besonders erfolgreich war die Einführung des Superloses 1996. Dieter Thomas Heck moderierte von 1996 bis 2000 die Sendung „Das große Los“, mit der der Erfolg des Superloses unterstützt wurde © Aktion Mensch e.V.

die Wege zu diesem Ziel gelten für die ganze Gesellschaft. An vielen Stellen müssen sogar die bisherige fürsorgliche Unterstützung und ihre Struktur in den Hintergrund treten. Für den Einsatz des bürgerschaftlichen Engagements oder der ehrenamtlichen Tätigkeit bedeutet das zum Beispiel, dass man dort dringend danach Ausschau halten muss, wie Menschen mit Behinderung selbst freiwillig oder ehrenamtlich tätig sein können, ohne dass sie, wie gewohnt, wieder zum Objekt fürsorglicher Unterstützung werden.

„Es sind die demokratischen Strukturen, Regeln und Tugenden, die ermöglicht, gefördert und eingeübt werden müssen.“

Zu den Instrumenten der Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft gehören die frühzeitige Einübung demokratischer Spielregeln, die Befähigung, mit Vielfalt umzugehen, eigene Ressourcen wahrzunehmen und einzusetzen, Beteiligung zu ermöglichen und einzuüben, kurzum: Es sind die demokratischen Strukturen, Regeln und Tugenden, die ermöglicht, gefördert und eingeübt werden müssen. Menschen mit Behinderung sind nicht

die ersten, die das alles lernen müssen. An alle Menschen muss der Anspruch gerichtet werden, sich an die Umwelt anzupassen (Akkommodation) und immer auch die Umwelt an sich anzupassen (Assimilation). Mit diesen Begriffen hat der große Entwicklungspsychologe Jean Piaget die Entwicklung der Kinder beschrieben. Doch diese Aufgabe endet für alle Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft nicht mit dem Erwachsenenalter – schon gar nicht, wenn man friedlich zusammenleben will.

Insofern ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung ein Beitrag für alle demokratischen Gesellschaften und Staaten, ihre Grundlagen zu analysieren und im Sinne einer Resozialisierung alles zu tun, um dem Ideal einer inklusiven Gesellschaft näher zu kommen.

¹ Englische Version des Art. 3c: „Full and effective participation and inclusion in society“; deutsche Version: „Die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft“

Dr. Franz Fink
© Dr. Franz Fink



Jahresmotto der Diakonie 2013/2014: „Was willst Du, dass ich Dir tun soll? – Inklusion verwirklichen!“

Von Rainer Hub

Bei den Bestrebungen zur Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention geht es nicht einfach nur um eine zusätzliche Leistung zugunsten bestimmter Gruppen. Vielmehr offenbart sich hier die demokratische Qualität unserer Gesellschaft.

Inklusion in Leichter Sprache erklärt

Die Frage: „Was willst Du, dass ich Dir tun soll?“ stammt aus einer Geschichte der Bibel im Buch Markus, Kapitel 10, Vers 51. Die Diakonie Deutschland hat sie als Überschrift für ihr Jahresthema 2013/2014 gewählt. Dieser Frage folgt der Satz: „Inklusion verwirklichen!“

Mit diesem Jahresthema will die Diakonie etwas dafür tun, dass alle Menschen wirklich dabei sein können. Damit alle Menschen wirklich dazugehören. Das bedeutet das Wort Inklusion.

Damit unterstützt die Diakonie die Diskussion über eine Entwicklung zu einer inklusiven Gesellschaft. Besonders wichtig für die Diakonie ist: Menschen mit Behinderungen gehören genauso dazu wie Menschen ohne Behinderungen. Deswegen unterstützt die Diakonie den Vertrag der UN-Behindertenrechtskonvention. In dem steht: Menschen mit Behinderungen sollen die gleichen Rechte wie andere Menschen haben. Das ist ein Menschenrecht.



Nach der Einführung des Diskriminierungsverbotes von Menschen mit Behinderung in das Grundgesetz bildete die Sozialkampagne „Aktion Grundgesetz“ 1997 die Plattform, auf der zahlreiche Verbände, Vereine und Initiativen ihre Vorstellungen und Ziele zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung präsentieren konnten. © Aktion Mensch e.V.

In Deutschland müssen dafür vielleicht einige Gesetze geändert werden. Überall sollen Hindernisse für Menschen mit Behinderung abgebaut werden. Sie sollen ernst genommen werden. Dazu müssen alle Menschen anders über Behinderung nachdenken.

Deswegen hat die Diakonie Aufsätze geschrieben und Aktionen durchgeführt. Eine Freiwilligenaktion findet in der Aktionswoche am 20. Septem-

ber statt. Ende 2014 gibt es noch die Abschluss-Tagung. Manches hat die Diakonie zusammen mit Anderen gemacht, die das Thema wichtig finden. Einer dieser Partner ist das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, das Inklusion in einem Thementag im September hervorhebt.

Projekte hat es auch gegeben. Eines davon ist „Selbstverständlich Freiwillig“: Engagement von Menschen mit Behinderung. Wer mehr dazu wissen möchte, soll den Aufsatz auf Seite 78–81 lesen.

Lesen kann man auf Seite 60–63 auch den Aufsatz mit Bildern, der erklärt, was freiwilliges Engagement ist und wie man Möglichkeiten findet, sich zu engagieren.

Eine Internetseite gibt es auch. Auf der steht, was wir alles machen. Sie heißt: www.diakonie.de/jahresthema



„Die Gesellschaft der Behinderter“ – das Buch zur Kampagne „Aktion Grundgesetz“. 672 druckfrische Exemplare nimmt Antje Vollmer, Bundestagsvizepräsidentin, stellvertretend für die Mitglieder des Deutschen Bundestages im Oktober 1997 vor dem Bonner Kunstmuseum entgegen. Hier im Kreis der Autorinnen und Autoren des Buches. © Aktion Mensch e. V.

Rainer Hub
© Rainer Hub



Inklusion und Engagement aus Sicht der Selbsthilfe

Von Wolfgang Thiel

Selbsthilfe ist eine Engagementform, die längst aus dem Schatten der Kompensation von Defiziten öffentlicher oder karitativer Hilfeprogramme herausgetreten ist. Der Autor erläutert die besonderen Qualitäten organisierter Selbsthilfe im Feld der Verwirklichung von Inklusion.

Gemeinschaftliche Selbsthilfe richtet sich auf die solidarische Bewältigung von Lebensproblemen. Sie ist geprägt von einem doppelten Motiv: Wirkungen sollen nach innen und nach außen entfaltet werden: auf individueller Ebene und im persönlichen Nahbereich einerseits und im sozialen Umfeld, in der sozialen und gesundheitlichen Versorgung und der Gesellschaft andererseits. Prägend sind die Werte Selbstbestimmung, Selbstverantwortung, Hilfe und Solidarität.



Nach der Einführung des Diskriminierungsverbotes von Menschen mit Behinderung in das Grundgesetz bildete die Sozialkampagne „Aktion Grundgesetz“ 1997 die Plattform, auf der zahlreiche Verbände, Vereine und Initiativen ihre Vorstellungen und Ziele zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung präsentieren konnten. © Aktion Mensch e. V.

Im Zentrum der Aktivitäten stehen der Erfahrungsaustausch, die gegenseitige Unterstützung, die Aufklärung und Information über die Problemstellung und die Vertretung von gemeinsamen Interessen und Anliegen. Dabei spielt es ebenso eine Rolle, gegen Vorurteile, Diskriminierung und Ausgrenzung anzugehen wie Hilfebedarfe einzubringen und Ansprüche und Rechte, etwa in der sozialen und gesundheitlichen Versorgung, geltend zu machen.

Vieles kann Anlass oder Auslöser von Selbsthilfeaktivitäten sein, z.B. eine Behinderung oder eine Erkrankung. Die Menschen in der gemeinschaftlichen Selbsthilfe agieren und wirken lebens- und alltagsnah und sozial und gesellschaftlich. Damit geraten alle Lebensbereiche, die durch die Problemstellung oder das Anliegen berührt sind, in den Horizont der Engagementpraxis: Versorgungsfragen, soziale Sicherung, Familie, Arbeit, Freizeit, Mobilität, Schule, Ausbildung usw.

Zwei Seiten des Engagements: Mitmachen bei gemeinsamer Sache – gemeinschaftliches Handeln in eigener Sache

Im Feld der Selbsthilfeengagierten und -interessierten gibt es zwei unterschiedliche Engagementformen. Die erste Engagementform ist das „Mitmachen“ in den unterschiedlichsten Engagementfeldern, so wie dies auch Menschen ohne Behinderung, ohne chronische Erkrankung oder ohne besondere psychische oder soziale Problemlage anstreben und verwirklichen. Die zweite Engagementform ist das

Engagement aus eigener Betroffenheit in der gemeinschaftlichen Selbsthilfe: „Für sich und andere“, auch mit dem Ziel, die anderen dazu zu bewegen, in der Selbsthilfe und bei gemeinsamen Aktivitäten „mitzumachen“.

Diese beiden Engagementformen sollten immer miteinander bedacht und in Beziehung gebracht werden.

Selbsthilfegruppen: Impulsgeber und Engagementpartner vor Ort
Kooperation und Netzwerkbildung sind Wesenszüge von Selbsthilfegruppen.



Mit der Namensänderung im Jahr 2000 von Aktion Sorgenkind zu Aktion Mensch wurde ein wichtiger Kritikpunkt beseitigt © Aktion Mensch e.V.

Vor Ort treten diese Gruppen durchaus als eigenständige Akteure des bürgerschaftlichen Engagements auf.

*„Kooperation und Netzwerk-
bildung sind Wesenszüge von
Selbsthilfegruppen.“*

Die eigenen Anliegen sind dabei Motor für institutionelle Kontakte und gemeinsames Handeln mit anderen Akteuren des bürgerschaftlichen Engagements, und zwar im Hinblick auf Aktivitäten/Initiativen:

- in den Sektoren:
Gesundheit, Bildung, Sport, Kultur, Umwelt, Verkehr;
- in den Lebensbereichen:
Arbeit, Freizeit, Familie;
- in den Nah- und Fernbereichen im Gemeinwesen:
Nachbarschaft, Stadtteil, Landkreis.

Die jeweiligen Anliegen und Aktivitäten der Gruppen sind oft ein Initial für außenstehende BürgerInnen und andere Engagementakteure mitzumachen, mitzustreiten, zusammenzuarbeiten.

Selbsthilfeunterstützung und Engagementförderung: eine Kooperationsaufgabe

Selbsthilfeunterstützung und Engagementförderung sind keine Gegensätze. Daher ergeben sich für Akteure vor Ort zahlreiche Kooperationsmöglichkeiten und -aufgaben.

Das Spektrum der Akteure, die freiwilliges Engagement und gemeinschaftliche Selbsthilfe unterstützen, ist groß. Dies ist auch gut so. Dennoch ist ein Blick auf besondere Akteure hilfreich. Diese möchte ich als „geborene“ Akteure und Kooperationspartner für das freiwillige Engagement und die gemeinschaftliche Selbsthilfe vor Ort bezeichnen.

Solche Akteure und Partner sind:

1. Örtliche Selbsthilfegruppen sowie Ortsgruppen von bundesweit arbeitenden Selbsthilfevereinigungen;
2. Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements, wie
 - die örtlichen/regionalen Selbsthilfekontaktstellen;
 - die Freiwilligenagenturen und -zentren;
 - die Seniorenbüros.

Diese Einrichtungen arbeiten themen- und trägerübergreifend.

3. Einrichtungen wie Mehrgenerationenhäuser und Begegnungsstätten, Mütter-, Stadtteil-, Nachbarschafts- und Kulturzentren, die bürgerschaftlich engagierten oder interessierten BürgerInnen Infrastruktur und Handlungsmöglichkeiten anbieten.

Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen der gemeinschaftlichen Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements sind Brückenbauer vor Ort. Erleichterte Zugänge und Rahmenbedingungen für Engagement-Interessierte können geschaffen, zahlreiche Synergien zwischen den Infrastrukturbeiträgen einzelner Partner hergestellt und Chancen für neue Kooperationen eröffnet werden.

Worauf sollten Selbsthilfe und Engagement unterstützende Akteure achten?

UnterstützerInnen und MultiplikatorInnen des freiwilligen Engagements und der gemeinschaftlichen Selbsthilfe sollten vor allem auf vier Aspekte achten:

1. Menschen „abholen“, wo sie sind und wie sie sind: Auf die Menschen kommt es an. Dabei geht es immer um die Besonderheiten und die konkreten Lebensumstände der Menschen, die sie in die gemeinschaftliche Selbsthilfe und in ein freiwilliges Mittun in einem Engagementfeld der Wahl einbringen.

2. An bürgerschaftlichem Engagement interessierte Menschen mit einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung oder bei einer psychosozialen / sozialen Problemlage ermutigen und sie in ihren Absichten und Fähigkeiten bestärken.

3. Den Austausch von Engagierten organisieren und selbstbestimmte Gruppenbildungen ermöglichen – solche von Menschen mit und ohne Behinderung, mit und ohne chronische Erkrankung, in einer sozialen Problemlage oder nicht. Dies schafft Gemeinschaft und Solidarität, dient der Entwicklung der eigenen Ziele und öffnet Wege der Partizipation.

4. Hilfestellung bieten, um der Engagement-Aufgabe gewachsen zu sein. Das umfasst mehr als die bloße Übertragung einer Aufgabe, nämlich manchmal auch Schulung und Fortbildung. Dabei sollte es aber immer auch darum gehen, die Anregungen, Vorschläge und Wünsche der Engagierten aufzunehmen.

Der gemeinschaftlichen Selbsthilfe geht es um eine inklusive Gesellschaft

Das Handeln der gemeinschaftlichen Selbsthilfe richtet sich über den Gruppenrahmen hinaus auch auf andere Gleich- und Mitbetroffene, auf potenziell Betroffene sowie auf interessierte Bürgerinnen und Bürger, professionel-

le Helfer und auf Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung. Es zielt auf Selbstentfaltung und umfassende gesellschaftliche Teilhabe: auf Inklusion. „Es ist normal, verschieden zu sein.“

„Auch für Selbsthilfegruppen, die zu psychosozialen und sozialen Themenstellungen arbeiten, geht es um eine inklusive Gesellschaft.“

In der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist der Begriff der Behinderung nicht fest definiert, sondern offen beschrieben: „Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.“ (UN-BRK Artikel 1). Nicht unmittelbar sichtbare Beeinträchtigungen wie chronische körperliche und psychische Erkrankungen sind in diesem Verständnis also mit umfasst. Die öffnende Beschreibung kommt dem breiten Inklusionsverständnis in der Selbsthilfebewegung nahe. Inklusion ist eben

nicht nur für Menschen mit Behinderungen eine Handlungsorientierung von höchster Bedeutung, sondern auch für Menschen mit chronischen Erkrankungen. Mehr noch: Auch für Selbsthilfegruppen, -initiativen und -vereinigungen, die zu psychosozialen und sozialen Themenstellungen arbeiten, geht es um eine inklusive Gesellschaft.

Wolfgang Thiel
© NAKOS



Inklusion als Bestandteil des unternehmerischen Diversity Management

Von Brigitta Wortmann

Dass Inklusion gerade auch von Großunternehmen befördert werden kann, zeigt das Beispiel des Energieunternehmens BP, das mit reformierten Personalauswahlprozessen auf eine heterogene Belegschaft setzt.

Der Begriff der „Inklusion“ wird seit einigen Jahren zunehmend auch im unternehmerischen Kontext verwendet, und zwar in Verbindung mit einer Unternehmenskultur der „Diversity & Inclusion“, kurz D&I. In seiner amerikanischen Lesart liegt dem „Inklusion“-Begriff ein breites Verständnis zugrunde, das unterschiedliche Dimensionen wie Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft, Behinderungen, Religion und sexuelle Orientierung einbezieht.

Auch BP hat sich vor rund 15 Jahren auf den Weg gemacht, Diversity & Inclusion im Unternehmen umzusetzen und zu leben. Ausschlaggebend hierfür war die strategische Notwendigkeit, Veränderungen in der Gesellschaft und der Arbeitswelt durch den demografischen Wandel und zunehmende Internationalisierung gerecht zu werden. Dafür ist es wichtig, dass das Unternehmen mit seiner Belegschaft die Fähigkeit besitzt, die sich stets verändernden Bedürfnisse der Kundschaft zu erkennen, um diese mit innovativen Produkten und Serviceleistungen zu befriedigen. Ebenso wie

sich unsere Gesellschaft verändert, müssen sich auch die Unternehmen wandeln. Spiegelt sich in der Zusammensetzung der Belegschaft das gesellschaftliche Unternehmensumfeld wider, wird es einfacher, die Kundenwünsche zu erkennen und zu erfüllen. Die erfolgreiche Zusammenarbeit in heterogenen Teams ist dabei eine tagtägliche Herausforderung.

Der Diversity-Ansatz zielt auf das Management dieser Vielfalt ab und schätzt „Anderssein“ als positive Ressource und Chance. Doch Diversity allein ist bei Weitem noch nicht der Schlüssel zum Erfolg. Es ist auch notwendig, eine Kultur zu schaffen, in der mit dieser Vielfalt positiv und einbeziehend umgegangen werden kann. Bei BP gehen wir davon aus, dass wir erst durch die Wertschätzung füreinander – Inklusion –, in der Lage sind, die enorme Vielfalt und die Potenziale der Mitarbeitenden effektiv einzusetzen. Es ist daher Aufgabe des Unternehmens, eine offene Unternehmenskultur zu etablieren, die auf Inklusion und gegenseitigem Respekt basiert,

in der sich die Mitarbeitenden in ihrer Unterschiedlichkeit wertgeschätzt fühlen und sich mit ihrem vollen Potenzial einbringen können. Die Erfahrung zeigt, dass die Mitarbeitenden es in der Praxis erleben müssen, dass sie in ihrer Individualität verstanden und ihre Beiträge als Bereicherung empfunden werden. Erst dies führt zur gewünschten offenen und einbeziehenden Atmosphäre und dazu, dass sie ihre vielfältigen Sichtweisen und Perspektiven, die sich aus ihren verschiedenen persönlichen Hintergründen ergeben, nicht bei Arbeitsbeginn an der Pforte des Unternehmens quasi abgeben. Dieses Verständnis für Andersartig-

keit ist kein Selbstläufer. Es erfordert vor allem auch Arbeit an den Strukturen und Prozessen des Unternehmens und einen inklusiven Führungsstil, der einhergeht mit dem Hinterfragen des eigenen Verhaltens.

Konsequente Einhaltung der Prozesse

Um ein wertschätzendes und dennoch auf Leistung basierendes Umfeld zu schaffen, müssen Personalprozesse grundlegend verändert werden, und zwar so, dass sie Vielfalt zulassen und befördern. Es muss sichergestellt werden, dass Personalprozesse frei von Vorurteilen sind und auf Leistung und



Plakatinitiative „1000 Fragen“ © Aktion Mensch e.V.

Fairness basieren. Dies fängt bei der Personalauswahl an, geht über die Personalentwicklung bis hin zu Zielvereinbarungen und Gratifikationen. Die Arbeit an diversen Talente-Pipelines und mittelfristigen Nachfolgeplanungen spielt dabei ebenfalls eine wichtige Rolle.

„Um ein wertschätzendes und dennoch auf Leistung basierendes Umfeld zu schaffen, müssen Personalprozesse grundlegend verändert werden.“

Stellenbesetzungen sollten stets der Absicht folgen, den Bewerber auszuwählen, der aufgrund der fachlichen und persönlichen Fähigkeiten am besten geeignet ist – ohne Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung. Dies sollte über die konsequente Einhaltung der Prozesse geschehen. Wichtige Instrumente hierzu sind bei BP unter anderem der kompetenzbasierte Interviewleitfaden für Bewerbungsgespräche, divers besetzte Auswahlkommissionen und ein aktives Talent- und Nachfolgemanagement.

Jedoch kann man die besten formalen Bedingungen geschaffen haben – letzten Endes sind es immer Menschen, die die

Entscheidungen treffen. Daher müssen Führungskräfte und Belegschaft für das Thema sensibilisiert werden. Ein ganz entscheidender Schritt dorthin ist die Erkenntnis des Prinzips: „Wir sehen die Dinge nicht, wie sie sind, sondern wie wir sind“, das nämlich einer transparenten und fairen Auswahl entgegensteht.

Jeder Mensch hat bewusste und unbewusste Wahrnehmungs-Filter („unconscious bias“), die seine Entscheidungen beeinflussen. Das Erkennen dieser eigenen, persönlichen mentalen Filter ist die Voraussetzung, um die eigene Voreingenommenheit bei Entscheidungen und Handlungen zu überwinden. Deshalb ist es wichtig die Mitarbeitenden, die die Personalentscheidungen treffen, hinsichtlich ihrer mentalen Filter zu schulen. Hinzu kommen Trainings, die alle Mitarbeitenden nutzen können, zum Beispiel Gender Talks oder Cross Culture Schulungen.



Die Aktion Mensch startet zusammen mit ihren Mitgliedern die Aufklärungsinitiative Gesellschafter.de. Mit der Frage „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“ wird die Bevölkerung aufgefordert, sich als „aktive Gesellschafter“ zu begreifen © Aktion Mensch e.V.

Vieles hängt bei einem solchen Wandel von der Qualität der Führung ab. Dem Top-Management kommt bei der Realisierung von D&I-Zielen eine entscheidende Vorbildfunktion zu. Deshalb hat BP weltweit für alle Führungskräfte ein Training mit dem Titel „Inclusive Leadership“ eingeführt. Die Teilnehmer lernen, ihre persönlichen bewussten und unbewussten Wahrnehmungs-Filter sowie deren Auswirkung auf ihr Führungsverhalten zu erkennen. Neben diesem Bewusstmachen werden aktive Maßnahmen entwickelt, wie sie ganz konkret im Alltag ihrer Voreingenommenheit mit bewusstem Hinterfragen begegnen können, und so zu fairen und vorurteilsfreien Entscheidungen kommen. Dabei soll ein Führungsverhalten herausgearbeitet werden, das ein nachhaltig wertschätzendes Umfeld bei BP schafft und auf einer Speak-Up Kultur beruht, in der jeder seine Ansichten vertreten kann und soll. Ein einzelnes Training wird nicht ausreichen, um einen grundlegenden Wandel hervorzurufen, daher ist dieser Anspruch fest in den grundlegenden Unternehmenswerten verankert und findet sich in den jährlichen Zielvereinbarungen wieder, die alle Beschäftigten individuell mit ihren Vorgesetzten vereinbaren. Die Aktionsfelder einer inklusiven Unternehmenskultur umfassen ein breites Spektrum an Themen, etwa Gesundheitsmanagement oder auch flexible Arbeitsstrukturen, die es allen Mitarbeitenden in ihrer jeweiligen Lebensphase ermöglichen sollen, den Arbeitstag an

persönliche Bedürfnisse anzupassen (siehe hierzu auch: BBE-Newsletter vom 15. Mai 2014 auf www.b-b-e.de: Flexible Arbeitsstrukturen: Anpassung des Arbeitstages an persönliche Bedürfnisse).

„Ein einzelnes Training wird nicht ausreichen, um einen grundlegenden Wandel hervorzurufen.“

Das Entscheidende bei dem D&I-Ansatz ist aber, dass es nicht darum geht, nur einzelne Gruppen von Menschen in ein System zu integrieren, sondern die gesamte Belegschaft einer Organisation in diesen Prozess miteinzubeziehen und so dazu beizutragen, dass eine inklusive Unternehmenskultur verwirklicht werden kann.

Brigitta Wortmann
© Brigitta Wortmann



Wie Nebeneinander zum Miteinander wird. Inklusion durch Corporate Volunteering

Von Martina Schwebe-Eckstein

Hängebrücken installieren, Schaukeln einhängen, Rollrasen auslegen – Aufgaben, die eigentlich nicht zum typischen Arbeitsalltag bei der Deutschen Telekom gehören. An einem der „Social Days“ schon.

Dann engagieren sich Mitarbeiter einen Tag lang für eine Einrichtung der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. Ob Renovierungsarbeiten oder Gartenpflege – nachhaltig sind dabei nicht nur die geleistete handwerkliche Arbeit, sondern auch der Austausch zwischen unseren Mitarbeitern und den Kindern und Jugendlichen der Einrichtungen sowie die gemeinsamen Erinnerungen an diesen Tag.

2010 begann die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Telekom und der Lebenshilfe. Damals entschlossen wir uns, 250.000 Weihnachtskarten verschiedener Lebenshilfe-Künstler zu versenden – um so eine Viertelmillion Mal die Botschaft des Miteinanders zu transportieren und für unsere Kooperation zu werben. Seitdem haben wir die Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe kontinuierlich ausgebaut: So unterstützen unsere Auszubildenden den Verein regelmäßig bei Sportveranstaltungen oder Renovierungen von Wohnungen. In Detmold übernahm zudem eine Gruppe der Lebenshilfe die Bewirtung

unserer Kantine. Darüber hinaus unterstützen wir die Lebenshilfe mit verschiedenen Spendenaktionen.

„Kommunikation ist unsere Kernkompetenz – daher ist es uns ein ganz besonderes Anliegen, dazu beizutragen, dass alle daran teilhaben können.“

Menschen verbinden

Ein ganz besonderes Projekt sind die Handy- und Internetschulungen in Leichter Sprache. Gemeinsam mit der INTRA gGmbH, der gemeinnützigen Bonner Gesellschaft zur Förderung der gesellschaftlichen Integration und Rehabilitation behinderter Menschen, bieten wir Menschen der Lebenshilfe diese Schulungen an. So ermöglichen wir ihnen, moderne Kommunikationsmöglichkeiten zu nutzen. Und damit Teil der

Informationsgesellschaft zu sein. Auch den Internetauftritt der Lebenshilfe in Leichter Sprache haben wir unterstützt. Kommunikation ist unsere Kernkompetenz – daher ist es uns ein ganz besonderes Anliegen, dazu beizutragen, dass alle daran teilhaben können.

Eine Wertegemeinschaft aus Überzeugung

Wir wollen Maßstäbe für vernetztes Leben und Arbeiten setzen, beispielhaft in der Integration von Menschen in die Informationsgesellschaft sein und den Weg in eine klimafreundliche Gesellschaft aktiv mitgestalten. Diese Leitgedanken prägen die Strategie unserer unternehmerischen Verantwortung. Als erfolgreiches Wirtschaftsunternehmen wollen wir der Gesellschaft etwas zurückgeben.

Bereits seit vielen Jahren unterstützen wir gemeinnützige Initiativen und Organisationen – dabei spielen unsere Mitarbeiter eine wichtige Rolle. Sei es als telefonische Berater bei der „Nummer gegen Kummer“ oder als Helfer an Social Days. Orientierung, wo Unterstützung gefragt ist und Hilfe am besten ankommt, bietet unser Corporate Volunteering-Programm engagement@telekom. Zentraler Baustein ist die gleichnamige Internet-Plattform. Darüber können sich Mitarbeiter direkt mit gemeinnützigen Organisationen austauschen oder aber nach Unterstützern für ihr eigenes Projekt suchen.

engagement@telekom ist mittlerweile ein fester Bestandteil unserer Personalpolitik sowie in unsere Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen integriert.

„Ich bin der festen Überzeugung, dass wir als Unternehmen Teil unserer Gesellschaft sind und somit auch Verantwortung tragen, uns um die Belange der Menschen zu kümmern. Dabei sind es vor allem unsere Mitarbeiter, die dieser Verantwortung ein Gesicht geben. Soziales Engagement hat eine große Strahlkraft und das Potenzial, ein stabiles Fundament für eine moralisch-integere und offene Unternehmenskultur zu sein. Zudem profitieren alle Beteiligten davon.“

*Birgit Klesper
Deutsche Telekom*



Seit 2007 präsentieren die Aktion Mensch-Botschafter im ZDF immer sonntags um 19.28 Uhr die Gewinnzahlen der Aktion Mensch-Lotterie und informieren über Förderprojekte. Den Anfang machte Thomas Gottschalk, gefolgt von Jörg Pilawa. Seit 2014 ist Rudi Cerne der neue Aktion Mensch-Botschafter. © Aktion Mensch e.V.

Mit Engagement in eine erfolgreiche Zukunft

Unser Konzept zeigt bereits erste Erfolge: 2013 haben sich mehr als 17.000 Mitarbeiter ehrenamtlich engagiert.

Das gemeinschaftliche Engagement motiviert die Mitarbeiter zusätzlich und stärkt die Identifikation mit dem Unternehmen. Uns zeigt dies, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Martina Schwebe-Eckstein © Deutsche Telekom



Birgit Klesper © Deutsche Telekom



Drei Fragen an Martina Schwebe-Eckstein

Sie sind für das Corporate Volunteering-Programm der Telekom und damit unter anderem für die Plattform engagement@telekom verantwortlich. Was ist die Idee dahinter?

Die Plattform soll helfen, Angebot und Nachfrage für ehrenamtliches Engagement zusammenzubringen. Mitarbeiter können sich hier direkt mit gemeinnützigen Organisationen austauschen.

Was macht die Plattform so besonders?

Die Plattform bietet Mitarbeitern zum einen die Möglichkeit, ihre eigenen Projekte zu präsentieren und weitere Unterstützer zu finden. Zum anderen können sich Organisationen, die gemeinnützige oder wohltätige Zwecke verfolgen, hier vorstellen. Sie dient also in erster Linie dazu, engagierte Mitarbeiter und Organisationen zusammenzubringen.

Wie wird die Plattform aufgenommen?

Das Feedback ist durchweg positiv. Seit Einführung der Plattform haben sich hier viele Organisationen angemeldet, die von Mitarbeitern bundesweit unterstützt werden. Ehrenamtliches Engagement war schon immer ein wichtiger Bestandteil unserer Unternehmenskultur. Durch die Plattform hat sich das gemeinschaftliche Engagement noch stärker im Alltag verankert.

Verbarrikadierte Gesellschaft – Gedanken zur Inklusionsdebatte

Von Peter Kusterer

Und wieder ist sie voll entbrannt – die Inklusionsdebatte. Anstoß war diesmal ein Schüler, den seine Eltern auf das Gymnasium schicken wollen, obwohl sie wissen, dass er das Abitur nicht schaffen wird, da er am Ende des 4. Schuljahrs immer noch mit den Buchstaben hadert. Sowohl Gymnasium als auch Realschule des Ortes lehnten seine Aufnahme ab, weil sie sich außerstande sahen, ihn adäquat zu fördern.

Parallel dazu ist es die Topnachricht im Sport, dass der Weitspringer Markus Rehman aufgrund seiner Karbonprothese, die ihm einen unzulässigen Vorteil verschaffe, vom Deutschen Leichtathletik-Verband für die Europameisterschaften in Zürich nicht nominiert wurde, obwohl er Deutscher Meister ist und die Leistungsnorm erfüllt hat. „Wir leben die Inklusion. Die Grenze der Inklusion ist die Vergleichbarkeit der Leistung, die Chancengleichheit im Wettkampf“, erklärte DLV-Präsident Clemens Prokop.¹

Zwei Beispiele mit gänzlich unterschiedlicher Intonation von Inklusion. „Inklusion“ kommt mit einem Geburtsfehler daher: Sie definiert sich im Gegensatz zu Exklusion. Sie ist also schon im Ansatz defensiv. Es geht um die Verteidigung oder die Abschaffung eines ‚Status quo‘. Inklusion ist immer irgendwohin. Etwas wird in etwas anderes hinein inkludiert. Das Wesensfremde steht schon im Vordergrund und

so gibt es Abstoßungsreaktionen, die gleich moralisierend beantwortet werden. Die Schatten der Exklusion lassen sich nicht abschütteln. Barrikaden werden aufgebaut oder sollen abgerissen werden. „Barrierefreiheit auch im Kopf!“ kann derart missionarisch gepredigt werden, dass es so selbst zu Barrikaden im gegenseitigen Verstehen führt.

„Denn wo bitte ist jetzt genau der Unterschied zwischen Inklusion und Integration?“

Inklusion kommt mit einem normativen Gesellschaftsbild. Sie soll über die bloße Integration, die die Assimilation, die Selbstaufgabe der Integrierten fordere, hinausgehen. Dabei muss man sich fragen, ob diese Begrifflichkeit nicht doch

nur sehr konstruiert ist. Denn wo bitte ist jetzt genau der Unterschied zwischen Inklusion und Integration?²

Die Debatte tut aber Not und ist aktuell, da helfen neue Begriffe, sie in den Medien lebendig zu halten. Auch wenn sie besser sachlicher und gerne auch pragmatischer – brauchen wir die Weltformel oder reicht es nicht einfach, wenn den Menschen geholfen ist? – geführt werden könnte.

Während wir bei vermeintlichen Lernschwächen die individuelle „Sonderbetreuung“ mit Blick auf Inklusion sofort verdammen, ist die individuelle Förderung von Talenten in aller Regel keine Frage,

sondern explizit gewünscht. So betrachtet haben Lernschwächen und Talent plötzlich etwas Gemeinsames. Und wie oft haben wir nicht schon festgestellt, dass eine vermeintliche Lernschwäche tatsächlich einem unerkannten Talent geschuldet ist? Das individualisierte Lehren und Lernen gilt uns auch als höchste Qualität eines Schulsystems – sind wir nicht also alle eigentlich Sonderschüler, eben in unserer Individualität etwas Besonderes, das es zu entdecken, zu schätzen und zu nutzen gilt?

Interessanterweise kommt der Begriff der Inklusion ursprünglich aus den USA. Dort wird Vielfalt nicht als problembehaftet, sondern einfach als



Die Aktion Sorgenkind wurde 1964 gegründet, um die Lebensbedingungen behinderter Kinder zu verbessern. Die Altersbegrenzung wurde später aufgehoben und es wurden auch Projekte für ältere Erwachsene gefördert. Heute ist die Aktion Mensch die größte private Förderorganisation im sozialen Bereich in Deutschland und unterstützt jeden Monat bis zu 1.000 Projekte. © Aktion Mensch e.V.

Normalität gesehen. In der Wirtschaft stand schon immer Vielfalt – „Diversity“ – in vorwärts denkenden Unternehmen auf dem Programm. „Inklusionsbeauftragte“ und „Diversitybeauftragte“ machen den Job in Personalunion. Wirtschaft floriert schon immer am besten, wenn Barrikaden abgerissen werden³; Schumpeters Begriff der „kreativen Zerstörung“ gilt immer noch als ein Merkmal erfolgreichen Unternehmertums. Dieses Bewusstsein setzt sich nicht nur in ständiger Anpassung und Neuerfinden von Geschäftsmodellen um, sondern wird in erfolgreichen Unternehmen auch nach innen gepflegt. Ständige Transformation ist das Mantra und es braucht eben die Vielfalt, ja sogar die chaotische Vielfalt, um genug Anstöße auch von innen zu bekommen. So zündet der geniale Gedanke bestenfalls eben im „eigenen“ Unternehmen und es sieht sich diesem nicht erst in Form eines potenten Konkurrenten plötzlich gegenüber.

Den Unternehmen tut die Inklusionsdebatte – wird sie denn nicht moralisierend, sondern konstruktiv geführt – gut: Denn natürlich ist auch hier bei „uns“ nicht alles im Reinen. So wird Burn-out heute immer noch weitgehend totgeschwiegen. Es verträgt sich halt so gar nicht mit einer auf Leistung und „high performance culture“ getrimmten Wirtschaft. Der (Top-)Manager, der sich outet, dass er eine Auszeit braucht, läuft Gefahr, damit seine Karri-

ere zu beenden. Gerade wir Deutschen hadern gerne damit.



Die Inklusionskampagne „So viel ...“ 2011
© Aktion Mensch e. V.

Versagen ist Stigma. Obwohl darin immer auch ein wichtiger Lerneffekt liegt. „Erfahrung“ wächst eben gerade auch mit Fehlschlägen. Wenn alles nur läuft – was kennt und erfährt man dann eigentlich? Könnten nicht Menschen, die einen Burn-out bewältigt haben oder einen Weg gefunden haben, mit Erwartungen an sich und an ihr Leistungsvermögen umzugehen, ein Talent entwickelt haben, das wir nur noch nicht verstehen? Und wer hätte vor zehn Jahren gedacht, dass die Fähigkeiten von Autisten einmal gesucht sind?

„Versagen ist Stigma. Obwohl darin immer auch ein wichtiger Lerneffekt liegt. „Erfahrung“ wächst eben gerade auch mit Fehlschlägen. Wenn alles nur läuft – was kennt und erfährt man dann eigentlich?“

Mir selbst hat sich hier das Bild des kriegsversehrten Vaters eines Schulfreundes eingebrannt. „Trotz“ seiner Beinprothese spielte er mit uns Tennis, indem er gekonnt den Schläger einfach von der linken in die rechte Hand warf und so mit beiden Armen spielte. Eine Koordinationsleistung, mit der wir Kinder uns sehr schwer taten, sie nachzuahmen, ja jämmerlich dabei versagten. Es gibt keine Behinderung. Es gibt nur oft Unverständnis. Reißen wir die Barrikaden ein.

¹ Zitiert nach <http://www.stern.de/sport/sportwelt/wegen-bein-prothese-weitsprung-meister-rehm-nicht-fuer-ernominiert-2127602.html>, Abruf am 1.8.2014.

² Hier sei auch auf den Artikel von Christian Liesen und Franziska Felder „Bemerkungen zur Inklusionsdebatte“ in Heilpädagogik online 03/04, S. 3-29, 2004, abrufbar unter http://www.heilpaedagogik-online.com/2004/heilpaedagogik_online_0304.pdf, verwiesen, wo die Autoren nach ausführlicher Darstellung der Hintergründe, Historie und Literatur zum Inklusionsbegriff zum

Fazit kommen: „Weder der Vergleich von IDEA mit den KMK-Empfehlungen noch die Unterscheidung nach Integration¹, Integration² und Inklusion kann erklären, was „Integration“ konzeptuell von „Inklusion“ unterscheidet.“ (ibid, S. 23).

³ Ohne jetzt in eine ebenfalls meist primär ideologisch geprägte Diskussion des „Neoliberalismus“ zu verfallen, ist freier Austausch von Waren, Dienstleistungen und Informationen einfach förderlich (und ja, Fehlentwicklungen und Sozialisierung von Risiken und Gefahren muss ggf. auch durch Regeln Einhalt geboten werden).

Peter Kusterer
© Peter Kusterer



Vermeintliche Schwächen als Stärken sehen

Von Tilman Höffken

Die auticon GmbH ist das erste Unternehmen in Deutschland, das ausschließlich Autisten in der IT-Qualitätssicherung einsetzt. Schöner CSR-Ansatz oder erfolgreiches Business-Modell? Beides, erklärt Tilman Höffken von auticon.

Gegründet im Dezember 2011, beschäftigt auticon als erstes Unternehmen in Deutschland ausschließlich Menschen im Autismus-Spektrum als IT-Consultants. Die auticon-Idee ent-

wickelte sich aus dem persönlichen Hintergrund von Unternehmensgründer Dirk Müller-Remus. Als Vater eines Sohnes im Autismus-Spektrum erkannte er auf der einen Seite die Schwierigkeiten, die sein Sohn im Berufsleben haben würde – aber auch die Stärken, die er mitbrachte. Die Frage, wie diese Stärken sinnvoll genutzt werden können, beschäftigte ihn. Der Besuch einer Selbsthilfegruppe für Menschen im Autismus-Spektrum brachte ihn auf die Idee, auticon zu gründen. Dort saßen gut ausgebildete, teilweise hochbegabte Menschen, die zwei Dinge gemeinsam hatten: Sie waren Autisten und sie waren arbeitslos. Um Letzteres zu ändern, und die Potenziale von Menschen im Autismus-Spektrum am ersten Arbeitsmarkt einzusetzen, gründete Müller-Remus auticon.

Das auticon-Konzept zeigt, dass die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durchaus ein Alleinstellungsmerkmal und sogar ein Mechanismus zur Effizienzsteigerung sein kann. Aus diesem Grund entschied sich Dirk Müller-Remus bewusst für eine gewinn-



Das Thema Inklusion steht seit 2010 im Mittelpunkt des Engagements der Aktion Mensch. Ziel ist, das selbstverständliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung in der Gesellschaft voranzubringen. Mit öffentlichkeitswirksamen Kampagnen wirbt die Aktion Mensch daher für Inklusion. © Aktion Mensch e.V.

orientierte Rechtsform. Die auticon GmbH präsentiert sich damit selbstbewusst auf dem Markt der IT-Qualitätssicherung und ist mit ihren vier Standorten Berlin, München, Düsseldorf und Frankfurt mittlerweile ein akzeptierter Wettbewerber, der u.a. Vodafone und die Bayerische Landesbank zu seinen Kunden zählen kann. Gleichzeitig verfolgen wir das Ziel, mehr Menschen im Autismus-Spektrum eine sinnvolle Beschäftigung zu ermöglichen. Die soziale Zielsetzung, die mehr als eine herkömmliche CSR-Maßnahme ist, stellt bei auticon die Voraussetzung

für die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele dar. Denn erst die Beschäftigung eines unserer autistischen Consultants in einem Unternehmen am freien Markt macht es möglich, von ihren herausragenden Fähigkeiten zu profitieren – und schafft so nachhaltig Arbeitsplätze für Menschen im Autismus-Spektrum.

Die Potenziale von Menschen im Autismus-Spektrum ergeben sich daraus, dass sie meist Spezialinteressen haben. Auf diesen Gebieten besitzen sie tiefgehendes Expertenwissen. Viele haben ein ausgeprägtes Interesse



Ulla Schmidt (ganz links), Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., und Aktion Mensch-Vorstand Armin v. Buttler (ganz rechts) heften ihre Forderungen nach mehr Teilhabe gemeinsam mit Akteuren der Berliner Behindertenverbände an eine überdimensionale „Inklusionswand“ auf dem Pariser Platz. © Aktion Mensch e.V.

an Informatik, Physik, Mathematik und Technik. Zudem bringen Menschen im Autismus-Spektrum gewissermaßen eine „Qualitätssicherungs-Disposition“ mit: Kleinste Abweichungen von der Norm oder in einem Muster fallen ihnen sofort auf. Diese Disposition wird ergänzt durch oftmals erstaunliche Fähigkeiten in der Analyse, der Konzentrationsfähigkeit, der Detailgenauigkeit und der Mustererkennung. Trotz ihrer hohen fachlichen Kompetenz sind in Deutschland nur ca. fünf bis zehn Prozent aller Autisten auf dem ersten Arbeitsmarkt beschäftigt. So waren vor ihrer Anstellung bei auticon auch fast alle unserer 33 Mitarbeiter im Autismus-Spektrum arbeitssuchend oder frühverrentet. Denn trotz ihrer hohen fachlichen Kompetenz scheitern viele an den kommunikativen Anforderungen der heutigen Arbeitswelt. Dies führt bei autistischen Menschen oft zu abgebrochenen Beschäftigungsverhältnissen oder Ausbildungen. „Ungerade“ Lebensläufe oder soziale Abstürze sind aus diesem Grund leider keine Seltenheit.

Damit unsere Consultants ihr volles Potenzial ausschöpfen und den Anforderungen der auticon-Kunden kompetent begegnen können, stellt auticon ihnen qualifizierte Job Coaches zur Seite. Sie bilden die Schnittstelle zwischen auticon-Mitarbeitern und Kunden, beispielsweise in Fragen der Arbeitsplatzgestaltung oder der Kom-

„Trotz ihrer hohen fachlichen Kompetenz sind in Deutschland nur ca. fünf bis zehn Prozent aller Autisten auf dem ersten Arbeitsmarkt beschäftigt.“

munikation. Dabei agieren sie stets im Hintergrund und sind nur nach Bedarf bei unseren Kunden vor Ort. Diese Handlungsweise ist die Voraussetzung für Inklusion als Empowerment für unsere Mitarbeiter. So verbindet auticon soziale und wirtschaftliche Ziele: Unsere autistischen Consultants erhalten – oft zum ersten Mal – einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt; unsere Kunden herausragende Qualitätsarbeit.

Die Firma auticon GmbH ist ein wettbewerbsfähiges Beratungsunternehmen, das die Beschäftigung von Menschen unter der Berücksichtigung ihrer speziellen Bedürfnisse ermöglicht. Der Einsatz von Job Coaches garantiert die erfolgreiche Inklusion von Menschen im Autismus-Spektrum.

Mit Hilfe unserer Job Coaches wird ein reibungsloser Projektlauf garantiert und ermöglicht, dass unsere Mitarbeiter ihren Autismus erstmals nicht



Protestaktion am 5. Mai 2014
© Aktion Mensch e.V.

als Schwäche, sondern als Stärke sehen. Ihre herausragende Fähigkeit zum Querdenken bedeutet für unsere Kunden, dass ihnen unkonventionelle, bisher unerkannte Lösungen aufgezeigt werden. Auch durchbricht die Einbindung von auticon-Mitarbeitern das Vorurteil, die Beschäftigung von Menschen im Autismus-Spektrum sei gleichzusetzen mit einer intensiven, zeitraubenden Betreuung und Einarbeitung sowie einer Mehrarbeit für die Kollegen. Vielmehr werden heterogen zusammengesetzte Teams etabliert, die gemeinsam einen höheren Output erzielen. Der Effizienzgewinn ergibt sich daraus, dass auticon-Consultants die Dinge mit einem anderen Blick betrachten, neutral mit analytischer Zielstrebigkeit vorgehen und konzentriert, detailgenau und sorgfältig arbeiten. Doch nicht nur Mitarbeiter im Autismus-Spektrum profitieren von der Mischung der Teams. Typische Eigenschaften von Menschen im Autismus-Spektrum wie Wahrheitsliebe und Loyalität stellen eine Bereicherung für

Nicht-Autisten dar. Auch begünstigen klare Formulierungen und eine weniger bildhafte Sprache den Projektlauf. Demnach sollte die Einbindung von Menschen im Autismus-Spektrum in Zukunft weiter vorangetrieben werden.

Tilman Höffken
© Björn Wiedenroth/
auticon



Engagement inklusiv gestalten: Das Forum Inklusive Gesellschaft

Von Tobias Quednau

Im BBE wird mit Unterstützung des Bundesarbeitsministeriums das Projekt eines Forums entwickelt, in dem die Themenfelder Teilhabe und Inklusion praktisch miteinander verschränkt und reflektiert werden sollen. Tobias Quednau stellt das Projekt, seine Zielsetzungen und den operativen Ansatz vor.

Auf Menschen mit Behinderung wird noch immer oft eher fürsorglich geblickt, auch im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement. Nicht selten geht es bei einem freiwilligen Engagement darum, sich – eben fürsorglich – um Menschen mit Behinderung zu kümmern. Mit der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) wird die Rolle von Menschen mit Behinderung zum ersten Mal in eine andere Perspektive gerückt. Im Zentrum steht die „volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft“ (Art. 3c). Der behinderte Mensch wird nicht mehr als Objekt der Fürsorge betrachtet, sondern als Individuum mit Rechten. Es geht also um einen Paradigmenwechsel: von der Fürsorge zur Ermöglichung von Teilhabe!

Die deutsche Bundesregierung hat 2008 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. 2011 folgten die Verabschiedung eines nationalen Aktionsplans und ein erster Bericht durch die Bundesregierung. Darüber hinaus gibt es einen „Schattenbericht“, in dem eine

Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen aufzeigt, in welchen Punkten das bisher Erreichte und die politischen Absichtserklärungen nicht weit genug gehen. Das Thema Inklusion steht seit ca. fünf Jahren auf der Agenda. In dieser Zeit ist bereits einiges geschehen, um die UN-BRK umzusetzen und zugleich liegen Ideen, Argumente und Vorschläge vor, um die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung weiter zu verbessern.

Engagementmöglichkeiten – für Menschen mit Behinderung verbessern – und mit ihnen

Auf diesem Stand möchte das BBE mit seiner Veranstaltungsreihe „Forum Inklusive Gesellschaft“ aufbauen und das Motto „Nichts ohne uns über uns“, unter dem die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention steht, weiter mit Leben füllen. Und das in zweierlei Hinsicht: Zum einen, indem es sich darauf konzentriert, Handlungsempfehlungen für den Bereich „Bürgerschaftliches Engagement“ zu entwickeln, ein Thema, bei dem dezidiert



Mit einem der weltgrößten Fesselballons setzte die Aktion Mensch vom 7. April bis 5. Mai 2014 in Berlin ein sichtbares Zeichen für eine inklusive Gesellschaft. © Aktion Mensch e.V.

Demokratie, Teilhabe und Mitgestaltung im Mittelpunkt stehen. Und zum anderen, indem es diese Empfehlungen im Rahmen einer Reihe von Dialogforen entwickelt, in denen auch die Betroffenen zu Wort kommen. Selbstverständlich wird es dabei auch Raum für Kritik am aktuellen Status quo und das Formulieren von Idealvorstellungen geben. Aber das Hauptaugenmerk soll darauf liegen, konkrete Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Behinderung verbessert werden können.

Diese Aufgabe erfordert nicht nur, dass sich alle gesellschaftlichen Akteure einbringen: Gesetzgeber und Verwaltung sind ebenso gefordert wie Organisationen der Zivilgesellschaft sowie Unternehmen, und werden dementsprechend auch in die Dialogforen einbezogen. Die Aufgabe ist auch vielschichtig: Es geht sowohl darum, dass stärker für Formen des Engagements sensibilisiert wird, die Menschen mit Behinderung ausüben, aber nicht unbedingt im Fokus des konventionellen Blicks auf bürgerschaftliches Engagement liegen. Aber auch darum, wie die

anderen bestehenden Formen des Engagements so gestaltet werden können, dass sie auch durch Menschen mit Behinderung ausgeübt werden können. Und nicht zuletzt geht es auch darum, wie die verschiedenen Formen des bürgerschaftlichen Engagements dazu beitragen können, die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und damit die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu verbessern.

„Ziel ist es also, diesen gesellschaftlichen Gruppen – in diesem Falle den Menschen mit Behinderung – die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Mitgestaltung zu ermöglichen, wie dem Rest der Bevölkerung auch.“

Teilhabe ermöglichen: durch passgenaue Lösungen

Manch einer mag zwar Bedenken haben, dass mit Inklusion nun das nächste Modethema an der Reihe ist, auf das sich die von Fördergeldern abhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen stürzen. Und dass nach Migranten, sozial Benachteiligten und Alten nun die nächste gesellschaftli-

che Gruppe im Scheinwerferlicht der Engagementpolitik steht, deren Potenziale bisher unterschätzt wurden. Man kann diese politische Aufmerksamkeits- und Förderlogik beklagen: Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass nicht nur Potenziale unberücksichtigt, sondern auch legitime Teilhabeansprüche ignoriert wurden. Insoweit wird mit der Fokussierung auf bestimmte Bevölkerungsgruppen immer auch das tatsächlich bestehende Risiko ernst genommen, dass sich soziale Ungleichheiten im Engagement reproduzieren. Sie gilt es abzubauen. Ziel ist es also, diesen gesellschaftlichen Gruppen – den Menschen mit Behinderung – die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Mitgestaltung zu ermöglichen, wie dem Rest der Bevölkerung auch. Dementsprechend sollten sie auch wie alle anderen behandelt werden. Das bedeutet nicht, ihre besondere Situation zu ignorieren. Aber sie dürfen nicht auf diese Besonderheiten reduziert werden. Die Kunst ist es also – wie so oft in der Engagementpolitik – passgenaue Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. Diesem Ziel tragen die Dialogforen des „Forums Inklusive Gesellschaft“ Rechnung. Neben den Dialogforen, die thematisch einen engeren Bezug zum Alltag von Menschen mit Behinderung haben – wie z.B. Mobilität oder Antidiskriminierung – stehen daher auch Themen des „klassischen“ Repertoires der Engagementpolitik auf der Agen-



Der Fesselballon zur Jubiläumsaktion
© Aktion Mensch e.V.

da, wie z.B. Bildung, Auslandsengagement oder Gesundheit und Pflege: Abgerundet wird die Veranstaltungsreihe von einem Dialogforum, das der Identifizierung von Beispielen Guter Praxis gewidmet ist. Wir freuen uns auf die Erarbeitung der Empfehlungen und sind zuversichtlich, dass wir dadurch die Sensibilität für die Belange sowie das Engagement von Menschen mit Behinderung erhöhen und einen Beitrag zu verbesserten Rahmenbedingungen für ihr Engagement leisten, die ihnen mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Tobias Quednau
© Tobias Quednau



AUTORINNEN UND AUTOREN

DR. JOHANNES BOHNEN | Gründer und Sprecher des Vorstandes Respublica e.V., Berlin

CAROLINA BONTÁ | Projektleiterin, Aktion Mensch e.V., Bonn

EROL CELIK | Leiter Mikroförderung, Aktion Mensch e.V., Bonn

DR. SERGE EMBACHER | Projektleiter, Forum Inklusive Gesellschaft, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin

DR. FRANZ FINK | Referatsleiter, Alter, Pflege, Behinderung im Deutschen Caritasverband e.V., Freiburg

JÖRG HAAS | Pressesprecher, Campact e.V., Verden/Aller

BRITTA HABENICHT | Projektleiterin, „Selbstverständlich Freiwillig“, Diakonisches Werk, Hamburg

DR. THORSTEN HINZ | Geschäftsführer, Caritas Bundesverband Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V., Freiburg

TILMAN HÖFFKEN | Pressesprecher, auticon GmbH, Berlin

RAINER HUB | Freiwilliges soziales Engagement und Freiwilligendienste – Zentrum Familie, Bildung und Engagement der Diakonie Deutschland, Berlin

PD DR. ANSGAR KLEIN | Geschäftsführer, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin

BIRGIT KLESPPER | Leiterin, Kommunikation Deutschland und Corporate Social Responsibility, Deutsche Telekom AG, Bonn

THOMAS KRÜGER | Präsident, Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn/Berlin

PETER KUSTERER | Corporate Citizenship und Corporate Affairs, IBM Deutschland, Ehingen

PROF. DR. THOMAS LEIF | Publizist, Frankfurt/Main

CLAUDIA LEITZMANN | Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern, Nürnberg

ALEXANDER LENDERS | Verlagsleiter, Weiss-Verlag GmbH & Co. KG, Monschau sowie Präsident, Bundesverband Deutscher Anzeigenblätter (BVDA), Berlin

CHRISTINA MARX | Bereichsleiterin, Aufklärung, Aktion Mensch e.V., Bonn

DR. GÜNTER METZGES | Geschäftsführender Vorstand, Campact e.V., Verden/Aller

PROF. DR. THOMAS MEYER | Archiv für Soziale Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin

OTTMAR MILES-PAUL | Publizist, kobinet Nachrichtenagentur, Kassel

DANIEL MONTUA | Social Media Community Manager, Engagement Global, Bonn

PROF. DR. THOMAS OLK | Vorsitzender des Sprecherrates, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin

TOBIAS QUEDNAU | Projektreferent, Forum Inklusive Gesellschaft, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin

DIETER REHWINKEL | Kampagnenleiter, Woche des bürgerschaftlichen Engagements, Berlin

DR. SANDRA REITZ | Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin

CAROLA SCHAAF-DERICHS | Geschäftsführerin, Landesfreiwilligenagentur Berlin – Treffpunkt Hilfsbereitschaft und Mitglied des Sprecherrates des BBE, Berlin

MARTINA SCHWEBE-ECKSTEIN | Group Corporate Responsibility, Deutsche Telekom AG, Bonn

DR. RUDOLF SPETH | Privatdozent, Freie Universität Berlin

MARION THEISEN | Publizistin, Bonn

WOLFGANG THIEL | Stellvertretender Geschäftsführer, Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS), Berlin

ALEXANDER WESTHEIDE | Grundsatz und Strategie, Aktion Mensch e.V., Bonn

BRIGITTA WORTMANN | Senior Political Advisor, BP Europa SE, und Mitglied des Sprecherrates des BBE, Berlin

IMPRESSUM

Herausgeber

BBE Geschäftsstelle gGmbH
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin
Tel.: 030 62980-120
Fax: 030 62980-9183
E-Mail: aktionswoche@b-b-e.de
www.engagement-macht-stark.de | www.b-b-e.de



Diese Ausgabe des Magazins wird im Rahmen
der Woche des bürgerschaftlichen Engagements gefördert durch:



**Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend**

**Aktion
MENSCH**

Redaktion: Dieter Rehwinkel, Henning Fülle, Redaktionsassistentz: Julia Solinski
Schlusslektorat: Hannah Melder

Auf die Durchsetzung von geschlechtsneutralen Schreibweisen haben wir verzichtet.

Die Textrechte liegen bei den Autoren. Bildrechte – sofern nicht anders angegeben – S. 4-57:
BBE; S. 1, 64-125: Aktion Mensch e.V. Nachdruck und Übernahme in elektronische Daten-
banken nur mit schriftlicher Genehmigung durch den Herausgeber.

Gestaltung: eye-solution GmbH, Anita Bonack

Druck: Das Druckteam Berlin

V.i.S.d.P.: PD Dr. Ansgar Klein

ISSN 2193-0570